

**Karl Jaspers**

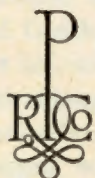
**Wohin  
treibt die  
Bundes  
republik  
?**

**Piper**

KARL JASPERS

WOHIN TREIBT  
DIE  
BUNDESREPUBLIK?

Tatsachen · Gefahren · Chancen



R. PIPER & CO VERLAG  
MÜNCHEN

# INHALTSÜBERSICHT

## ERSTES STÜCK

|   |    |
|---|----|
| Gespräch mit Rudolf Augstein: »Für Völkermord gibt es keine Verjährung« . . . . . | 17 |
|---|----|

## ZWEITES STÜCK

|  |    |
|--|----|
| Die Bundestagsdebatten vom 10. und 25. März 1965 über die Verjährung von Morden des NS-Staates . . . . . | 47 |
|--|----|

|   |           |
|---|-----------|
| <i>I Vorläufiges äußeres Gesamtbild . . . . .</i>                   | <i>51</i> |
| 1. Die reale Situation . . . . .                                    | 51        |
| 2. Was vorgeschlagen und was beschlossen wurde . . . . .            | 53        |
| 3. Die Rolle von Parlament und Regierung . . . . .                  | 55        |
| <i>II Voraussetzungen unserer Analyse und Beurteilung . . . . .</i> | <i>58</i> |
| 1. Die grundsätzlich neue Art des Verbrechens . . . . .             | 58        |
| 2. Der neue Staat . . . . .   | 67        |
| <i>III In den Debatten vorgebrachte Motive . . . . .</i>            | <i>71</i> |
| 1. Rechtsfragen . . . . .   | 71        |
| 2. Bewußtsein der Geschichte . . . . .                              | 73        |
| 3. Die Frage, was nachher kommt . . . . .                           | 74        |
| 4. Druck der deutschen öffentlichen Meinung . . . . .               | 75        |
| 5. Furcht vor einer neuen Entnazifizierung . . . . .                | 76        |
| 6. Verjährung und Amnestie . . . . .                                | 78        |
| 7. »Schaden vom deutschen Volk abwenden« . . . . .                  | 80        |
| 8. Die Berufung zur Führung . . . . .                               | 81        |

|   |     |
|---|-----|
| IV Der Wille zur Einmütigkeit . . . . .                             | 83  |
| V Das betonte »Ringens mit sich« und das Gewissen . . . . .         | 91  |
| VI Der Anspruch, offen zu sein, keine Motive zu verbergen . . . . . | 95  |
| VII Durchbrüche durch die erstrebte Einmütigkeit . . . . .          | 97  |
| 1. Jahn . . . . .   | 97  |
| 2. Die Bekenntnisse . . . . .                                       | 104 |
| 3. Die »National- und Soldatenzeitung« . . . . .                    | 108 |
| 4. Dehler . . . . .   | 110 |
| VIII Die Parlamentarier . . . . .                                   | 112 |
| IX Mein Telegramm . . . . .   | 121 |

Aspekte der Bundesrepublik . . . . . 125

|   |     |
|---|-----|
| I Der Strukturwandel der Bundesrepublik: Von der Demokratie zur Parteienoligarchie . . . . .                                      | 128 |
| 1. Ursprung und Ziel der Bundesrepublik . . . . .   | 128 |
| 2. Die Frage nach der Struktur der Bundesrepublik . . . . .   | 129 |
| 3. Ist die Bundesrepublik eine Demokratie und in welchem Sinn? . . . . .  | 129 |
| 4. Die Parteien . . . . .   | 130 |
| 5. Aufgabe, Situation und Wirklichkeit der Parlamentarier . . . . .   | 131 |
| 6. Wandlungsprozeß der Parteien . . . . .   | 133 |
| 7. Institutionelle Förderung der Wandlung . . . . .   | 133 |
| Konstruktives Mißtrauensvotum . . . . .   | 134 |
| 5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub> -Klausel . . . . .  | 134 |
| Der Bundespräsident nicht vom Volke gewählt . . . . .   | 134 |
| 8. Das erste Symptom der grundsätzlichen Wandlung: die Finanzierung der Parteien aus der Staatskasse . . . . .                    | 135 |
| 9. Die Rolle des Parlaments . . . . .   | 136 |
| Seine zweideutige Rolle . . . . .   | 136 |
| Keine Kraft der Kontrolle . . . . .   | 136 |
| Kein gemeinsamer Boden . . . . .  | 137 |
| Keine Opposition . . . . .  | 137 |
| 10. Die Tendenzen zur Großen Koalition und zur Allparteien-Regierung und deren Folgen . . . . .                                   | 138 |
| 11. Charakteristik der Parteienoligarchie . . . . .   | 139 |
| II Der drohende zweite Schritt: Von der Parteienoligarchie zur Diktatur . . . . .   | 141 |
| Die Sicherheit: . . . . .   | 141 |
| 1. Die Sicherheit im Grundgesetz . . . . .  | 141 |
| 2. Sicherheit für wen und wofür? Reihenfolge der Sicherheiten . . . . .   | 143 |
| 3. Grenze der Sicherheit in der Demokratie: Mehrheitsprinzip und Gewalt. Die Gesinnung des absoluten Sicherheitswillens . . . . . | 144 |

|   |     |
|---|-----|
| V Die Bundeswehr . . . . .  | 209 |
| Einleitung: Innen- und außenpolitisch die wichtigste Frage.<br>- Die Bundeswehr muß sein. - Das große Problem ist nicht<br>gelöst . . . . . | 209 |
| 1. Die neuen Situationen . . . . .  | 210 |
| a) Die Waffen des technischen Zeitalters wandeln das<br>Wesen des Soldaten . . . . .  | 210 |
| b) Die schnelle Weiterentwicklung der Waffen . . . . .  | 210 |
| c) Weltstrategie . . . . .  | 211 |
| d) Weltkrieg und lokaler Krieg . . . . .  | 211 |
| e) Notwendigkeit des Friedens . . . . .   | 212 |
| 2. Der notwendige Wandel in der militärischen Gesinnung   | 213 |
| a) Gehorsam und Lebensform . . . . .  | 213 |
| b) Freiheit in der Armee . . . . .  | 214 |
| c) Offiziere keine bevorzugte Klasse . . . . .  | 214 |
| 3. Die Gefahren . . . . .   | 215 |
| a) Die »Tradition« . . . . .  | 215 |
| b) Die Ansprüche eines wiederkehrenden falschen Stolzes   | 217 |
| c) Der Schutz der bestehenden Regierung gegen das Volk  | 218 |
| 4. Das Wissen von den Problemen und die Kontrolle der<br>Bundeswehr . . . . .   | 219 |

|   |     |
|---|-----|
| VI Außenpolitik . . . . .   | 221 |
| Einleitung . . . . .  | 221 |
| A. Die Weltlage . . . . .   | 223 |
| Friede und Freiheit . . . . .   | 223 |
| 1. Die Fragen an jede politische Handlung . . . . .   | 223 |
| 2. Nichts zu erreichen durch unmittelbare Forderung an<br>die Menschheit. Die Realitäten der Völker und Staaten | 224 |
| 3. Wodurch halten Völker zusammen und stoßen sich ab?   | 225 |
| 4. China . . . . .  | 226 |
| 5. Noch gibt es keine Politik auf gleicher Ebene über die<br>Welt hin. Verwandlung der Diplomatie . . . . .     | 227 |
| 6. Das Endziel . . . . .  | 228 |
| 7. Vorläufige Ziele . . . . .   | 229 |
| Zusammenschluß der freien Staaten . . . . .   | 229 |
| Verbot der Atomwaffen seitens der zwei Atomgroß-<br>mächte . . . . .  | 230 |
| 8. Welche Außenpolitik der Kleinen entspricht dem Frei-<br>heits- und Friedenswillen? . . . . .                 | 231 |
| B. Die Außenpolitik der Bundesrepublik . . . . .  | 232 |
| Einleitung . . . . .  | 232 |
| 1. Endgültigkeit der territorialen Grenzen . . . . .  | 233 |
| 2. »Rechtsansprüche« . . . . .  | 234 |
| 3. Das Prinzip der Selbstbestimmung . . . . .   | 236 |
| 4. »Bewältigung der Vergangenheit« durch Anerkennung<br>der neuen Ausgangspunkte . . . . .                      | 238 |
| 5. Die Oder-Neiße-Linie . . . . .   | 239 |
| 6. Die Wiedervereinigung . . . . .  | 239 |
| 7. Die Berliner Mauer . . . . .   | 243 |
| 8. Die Friedenspolitik . . . . .  | 243 |
| 9. Handeln unter Druck oder aus freiem Entschluß . . . . .  | 245 |
| 10. »Sicherheit« . . . . .  | 246 |
| 11. Schutz allein durch die USA . . . . .   | 246 |
| 12. Was Amerika und Frankreich für die Bundesrepublik<br>bedeuten . . . . .                                     | 247 |
| 13. USA und die freien Staaten . . . . .  | 248 |
| 14. Die beiden Atomkräfte und die anderen . . . . .   | 252 |
| 15. Ergebnis . . . . .  | 253 |

*Anhang:*

|  |     |
|--|-----|
| Nach den Septemberwahlen 1965 . . . . .                  | 261 |
| 1. Wie der Wahlkampf geführt wurde . . . . .             | 261 |
| 2. Was man vor den Wahlen denken konnte . . . . .        | 262 |
| 3. Warum das Wahlresultat? . . . . .                     | 264 |
| 4. Die Bildung der neuen Regierung . . . . .             | 266 |
| 5. Was wird mit der neuen Regierung geschehen? . . . . . | 267 |
| a) Möglichkeiten der Regierung . . . . .                 | 267 |
| b) Die großen Probleme . . . . .                         | 274 |
| c) Die sittlich-politische Vorbildlichkeit . . . . .     | 277 |
| d) Die Regeneration der Parteien . . . . .               | 278 |
| e) Blick in die Zukunft . . . . .                        | 279 |

# I. Vorläufiges äußeres Gesamtbild

## 1 Die reale Situation

*Erstens:* Eine sehr große Zahl der Namen der Verbrecher und der Dokumente ist bereits gefunden. Für Jahre stehen unabsehbare Prozesse bevor. Die Schwierigkeiten sind enorm: zunächst die lange seit den Verbrechen vergangene Zeit, die mangelnde und unzuverlässige Erinnerung der Täter und der Zeugen, - dann vor allem: keine klare strafrechtliche Bestimmung der Verbrechen. Diese Schwierigkeiten werden nicht im mindesten geringer, wenn die Verjährung für die bisher Unbekannten einsetzt. Es kann sich nur darum handeln, die Zahl der Prozesse nicht noch zu vermehren. (Bucher 8535) In den Prozessen selber wird es keine Änderung geben. »Verfallen wir nicht der Illusion, daß wir uns durch die Anerkennung der Verjährungsfrist Ruhe verschaffen werden.« (Friedensburg GDU 8555)

*Zweitens:* Wie groß die Zahl der Verbrecher ist, von deren Namen man nichts weiß, ist unbekannt. Diese »Dunkelziffer« wird sehr verschieden hoch eingeschätzt. Jedenfalls ist sie nur ein kleiner Bruchteil derer, die schon gefunden sind und deren Verjährung unterbrochen ist. Insofern hat die ganze Sache materiell wenig Gewicht.

*Drittens:* Es gibt die Dokumente im Osten, die man dort noch zurückhält. Sollte die Verjährungsfrist ablaufen, so würden diese ohne Zweifel von Zeit zu Zeit tropfenweise publiziert werden. Die Betroffenen können dann ruhig sein und erhobenen Hauptes sich bewegen und, wer weiß wie, sich benehmen. »Glauben Sie wirklich, daß die Leute, die dann gegen Strafverfolgung gesichert sind, sich bescheiden und taktvoll zurückhalten werden?« (Friedensburg 8555) Die Bundesrepublik aber geriete als Staat in die peinlichste Lage.

*Viertens:* Es ist die Weltmeinung, daß die Verjährung für die entsetzlichen Verbrechen nicht eintreten darf. Der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, »warnte in immer alarmierenderen Telegrammen das Auswärtige Amt vor einer Verjährung der NS-Verbre-

chen«. (Der Spiegel 10. März 1965) Daß dieses Faktum für die Parlamentarier eine Rolle gespielt habe, wird jedoch ausdrücklich geleugnet. Was sie beschließen, wird nicht »unter dem Druck der Weltmeinung« und nicht »als ein mit Opportunismus belasteter politischer Akt geschehen«. »Wir haben in dieser Frage unter einem Druck gestanden und stehen heute noch unter diesem Druck, keinem Druck des Auslandes, sondern unter dem Druck der eigenen Überzeugung.« (Benda CDU 8520) Arndt (SPD) aber hatte früher gesagt: »Unser internationales Gesamtrenomme steht auf dem Spiel.« (Der Spiegel 10. März 1965, Seite 44)

Diese vier Punkte sind in den Debatten dargelegt. Ein fünfter Punkt wird, soviel ich sehe, nirgends ausdrücklich erwähnt. Ich kenne ihn nur aus privaten Unterhaltungen, in denen etwa ein deutscher Jurist meinte, die Unruhe bei Aufhebung der normalerweise jetzt ablaufenden Verjährungsfrist sei doch den Leuten nicht mehr zuzumuten. Man weiß nicht, wieviele Deutsche im öffentlichen Dienst, in gehobenen und in führenden Stellungen von solchen Anklagen getroffen werden könnten. Sie sind auch in den Dunkelziffern enthalten. Sie alle sind heute in Unruhe, mit ihnen ihre Freunde. Auch wenn sie kriminell am Ende mit Recht freigesprochen würden, sind sie doch durch das, was sie getan haben, stigmatisiert. Die bloße Untersuchung ist für sie gefährlich, kann sie ihre Stellung kosten. Bei Festhalten an der jetzt gültigen Verjährung brauchen sie nichts mehr zu fürchten. Denn dann darf, wenn sie genannt und belastet sind, nicht einmal eine Untersuchung gegen sie eingeleitet werden.

In gleicher Richtung wirkt die Stimmung auch vieler Nichtbedrohten. Man will Ruhe in dem neuen Staat, so wie er ist. Man verwirft die Spannung, mag sich auch nicht erinnern. Die Menschen, die im Tiefsten immer unentschieden, nie sie selbst sind, wollen ihre Behaglichkeit. Daß etwas in den Fundamenten des Staates nicht in Ordnung sein sollte, ist ihnen ein fremder Gedanke der subversiven Kritiker, der »Negativen«.



sondern es wird ein weiterer Schritt getan. Der Ausschuß beschließt keine Verlängerung der Verjährungsfrist, sondern eine Änderung der Berechnung der Frist: »Die Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1949 bleibt bei der Berechnung der Verjährungsfrist außer Ansatz.« So wird das Ziel erreicht, daß am 8. Mai die Verjährung noch nicht eintritt, sondern erst nach etwa vier Jahren und zugleich das Problem der Verjährung selber in seiner Grundsätzlichkeit außer Spiel bleibt. Es ist, als ob das Wesentliche erreicht sei, wenn nur die Verjährungsfrist am 8. Mai noch nicht abläuft, sei es aus welchem Grunde. Davon wird jedoch nicht gesprochen. Vielmehr ist die immer wiederholte Begründung für die Änderungen, für die Reduktion auf immer weniger: Wir wollen und müssen in dieser Frage Einmütigkeit erreichen (d. h. einen Beschluß mit möglichst großer Majorität).

Nun aber schlägt der Ausschuß darüber hinaus überraschend etwas ganz Anderes und Neues vor, das mit der Verjährungsfrage nichts zu tun hat. Für alle NS-Verbrechen, auch bei der großen Zahl der noch laufenden Verfahren, soll eine »Lockerung der Legalität« stattfinden. Die Einleitung der Untersuchung und die Verhandlung sollen im Falle eines »nicht dringenden Tatverdachts« auf Grund des Beschlusses einer hohen richterlichen Instanz nicht mehr stattfinden. Etwas viel Eingreifenderes als Verjährung oder Nichtverjährung wäre erreicht, die Erschwerung der Einleitung des Verfahrens in allen Fällen von NS-Morden und die faktische Niederschlagung auch einer großen Zahl der jetzt schon in Vorbereitung befindlichen Prozesse. Diese Sache ist jedoch in den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Wie sie von diesem, dann vom Parlament entschieden wird, steht noch aus.

Man darf sagen: Das Ziel der Vorschläge zur Aufhebung oder Verlängerung der Verjährung ist auf ein Minimum reduziert und als solches erreicht: nämlich daß am 8. Mai 1965 die Verjährung noch nicht eintritt und die Welt sich nicht empört. Dieses geschieht aber nicht auf Grund eines grundsätzlichen Beschlusses über die Verjährung, sondern durch einen Trick: die Verschiebung des Berechnungstermins. Zugleich aber wird ein Maximum zugunsten der Verbrecher in Aussicht genommen: eine Möglichkeit, die Verfahren in weitestem Umfange einzustellen.

Daß eine Verjährung 1965 noch nicht, sondern erst 1969 eintritt, hat kein Gewicht. Denn dieser Beschluß war nicht Ausdruck eines politisch grundsätzlichen Willens. Daher ist der Beschluß so gleichgültig, wie er in der Tat in der Öffentlichkeit empfunden worden ist.

### 3 Die Rolle von Regierung und Parlament

In einer Frage, die nach Aussage der Redner von so außerordentlicher, das Wesen unseres Staates berührender Bedeutung ist, faßt die Regierung keinen Beschluß. Der Bundeskanzler, der leiblich dabei sitzt, schweigt. Die Minister schweigen. Nur der eine, der Justizminister Bucher (FDP), der zugleich die Meinung seiner Partei vertritt, aber nicht als Vertreter eines Kabinettsbeschlusses redet, entwickelt rationale Argumente doktrinär und in dieser Art gründlich, aber doch so, daß der Abgeordnete Würmeling (CDU) ihm zurufen kann: Mehr Niveau, Herr Minister!

Bei einer an die Fundamente des Staates rührenden Frage sollte man ferner erwarten, daß die prominenten Politiker das Wort ergreifen. Es handelt sich nicht um eine Ressortfrage. Die höchst unangenehme Prozedur läßt man jedoch vornehmen durch Politiker zweiten Ranges. Unter den Sprechenden gehören nur Erler und Barzel zu den Spitzen. Im übrigen ist die Sache einem zufälligen Kreis zweiter Garnitur überlassen. Die mächtigen Verantwortlichen sagen kein Wort: Adenauer, Erhard, Brandt, Strauß, Wehner, Mende, auch nicht die Minister im Amt, auch nicht die bei geistigen Fragen nie Fehlenden wie Carlo Schmid.

Warum? Es war ein Vorgang, der alle in Verlegenheit brachte. Die Prominenten scheinen zu spüren: Wie sie auch reden würden, sie würden schlechte Figur machen. Sie könnten zu leicht etwas sagen, woran man sie behaften würde. Viele von ihnen saßen im Raum. Am liebsten wären sie wohl abwesend geblieben. Der Minister Bucher, so las man früher (ich hoffe, daß meine Erinnerung nicht täuscht), hätte es vorgezogen, daß die Sache überhaupt nicht vor den Bundestag gekommen wäre. Gerade das, was die tiefsten politischen Motive im Volk klären könnte, sollte für die Öffentlichkeit unmerklich erledigt werden.

Maßgebend war in diesen Debatten ein homo novus, der Abgeordnete Benda (CDU) aus der jüngeren Generation, der sich im Sturm die Sympathie des Hauses eroberte. Er zeigte den Ratlosen den Weg. Er hat den entscheidenden Antrag eingebracht. Er sprach sehr klar, sehr kultiviert, zeigte sich in der Debatte geistesgegenwärtig. Er fand einfache Formulierungen. Er war immer nachgiebig bis auf den einen Punkt, in dem alle eigentlich wußten, daß man nicht nachgiebig sein durfte: In welcher Weise auch immer, am 8. Mai 1965 durfte die

## 2 Der neue Staat

Seit 1945 war die Frage: Wird jetzt ein deutscher Staat geboren aus einer Umkehr des politischen Bewußtseins der Staatsmänner und der Bevölkerung? Oder wird er ein äußerlich gefügtes Ordnungsgebilde sein ohne Ursprung in den Herzen und Köpfen des Volkes, ohne eine neue politische Gesinnung?

Diese Entscheidungsnotwendigkeit mußte am Anfang, muß heute und immer wieder grundsätzlich durchdacht und praktisch vollzogen werden. Alles »Glück« durch die Situation, daß der freie Westen uns gegen den Osten brauchte, alle Geschicklichkeit, diese Situation auszunutzen, alle Tüchtigkeit bei der schnellen Erzeugung des »Wirtschaftswunders« konnten als solche diese Entscheidung nicht bringen. In ihnen lagen vielmehr Tendenzen, die Grundentscheidung beiseitezuschieben. Die Aufgabe der Neugründung konnte vergessen werden. Die Folge war ein Fortdauern traditioneller Gedanken und Gefühle, ein Konglomerat von Denkklišees, im ganzen ein Treibenlassen.

Aber unsere Zukunft ist in dieser Entscheidung gegründet. Seit 1945 bis heute ist es unverändert notwendig, sie zu erkennen, sie zum klaren Bewußtsein zu bringen und ihr nicht auszuweichen. Wir vollziehen sie aktiv zu einem Staat wachsender Freiheit hin, in dem uns ein politisches Ethos verbindet, oder wir lassen sie passiv, unbemerkt über uns sich vollziehen durch den Gang der Dinge dorthin, wo wir nur noch Spielball und selber nichtig sind.

Ein Moment der Entscheidung ist das radikale Abstandnehmen vom Dritten Reich und von allem, was es ermöglicht hat. Hier darf es keine Kontinuität geben, denn Kontinuität bedeutet hier Weiterwirken des Giftes, Vorbereitung neuen Unheils. Notwendig ist Abbruch der Kontinuität, Distanz, der Sprung zum neuen Anfang. Wir müssen eine für uns neue freie Staatlichkeit finden, in die wir hineinwachsen durch Wandel unseres politischen Ethos. Dagegen steht die These: Das sei unmöglich; in solcher Entscheidung würde der Deutsche sich selbst zerschneiden; er würde sich preisgeben und nicht leben können. Aber dieses Sichklammern an eine falsche Kontinuität bringt unausweichlich eine Unwahrhaftigkeit in das neue, doch auf Wahrheit und Freiheit gehende Leben.

Die große, schwere, alles verwandelnde Forderung ist bisher nicht zur gemeinsamen öffentlichen Klarheit gelangt, aber sie spricht, oft verborgen, in einzelnen Deutschen und deutschen Politikern.

Der Abgeordnete Jaeger (CSU 8768): »Dieses unser Volk hat sich einen neuen Staat geschaffen. Seine sittliche Existenz beruht nicht zum wenigsten auf dem Opfer der Männer, die am 20. Juli und bei anderer Gelegenheit ihr Leben für die Freiheit unseres Volkes in die Schanze geschlagen haben.« So gesagt halte ich das nicht für wahr. In der Tat ist der neue Staat in seiner sittlichen Substanz noch nicht geschaffen, sondern muß noch geschaffen werden. Die Selbstzufriedenheit löscht seine Chancen aus. Das Opfer der Männer vom 20. Juli ist dem politischen Gehalt nach keineswegs die Begründung eines neuen Staates, seinem Sinn nach vieldeutig. Gewiß ist nur, daß einige Männer unter ihnen persönlich Helden waren. (Übrigens soll man das schlimme Symptom nicht vergessen, daß die Hinterbliebenen der Opfer vom 20. Juli in der Bundesrepublik jahrelang ohne Hilfe, die Witwen ohne Pension blieben, daß die Anerkennung dieser Männer vom 20. Juli erst durch einen späten Tagesbefehl General Heusingers gegen die starken widerstrebenden Kräfte in der Bundeswehr errungen wurde. Die Männer des Attentats wurden aus der Mottenkiste geholt, als die Politik der Bundesregierung wegen der Leerheit ihres sittlichen Grundes es für zweckmäßig hielt.)

Es ist unser Schicksal, daß wir unseren politischen Ursprung nicht in einem Gründungsereignis oder einer Folge solcher Ereignisse haben. Nur auf die Geschichte unserer Freiheit in tausend und mehr Jahren, eine zerstreute, zum Teil großartige Geschichte, können wir uns gründen. Wer sie zu schreiben vermöchte als ein Ganzes, dessen Tatsachen im einzelnen bekannt sind, würde sich um alle Deutschen und um die Bundesrepublik ein großes Verdienst erwerben. Glieder dieser Geschichte wären die Freiheitskämpfe, von denen in ihren Folgen nur Holland und die Schweiz in die Gegenwart reichen, dazu gehören aber auch die Freiheiten der Städte im Mittelalter, der Landstände, noch bis zu den partikularen Freiheiten der Verwaltung in den deutschen Staaten des 18. und 19. Jahrhunderts, gehört das große freiheitliche politische Denken, das in Kant seinen Gipfel hat.

Der Abgeordnete Arndt (SPD 8548) machte eine für einen freien Staat wahrhaft bedrohliche Feststellung. Er spricht von einem Denken, das »bei der Bundesregierung zehn Jahre hindurch zu einer Minimalisierung der Grundrechte führte, weil die Grundrechte als gefährlich erscheinen. Seit zehn Jahren stehe ich beim Bundesverfassungsgericht im Kampf mit der Bundesregierung, die immer das rechtliche Gehör, den gesetzlichen Richter, die Gemeindefreiheit, die Gewissens-

die aus dem Alten Testament unser abendländisches Dasein durchdrungen hat, von bodenlosen Modernen nicht mehr verstanden und ausgelöscht wird zugunsten eines platten Rationalismus und einer oberflächlichen Psychologie. Der »volkstherapeutische« Rat ist die Aufforderung zum Preisgeben der existentiellen Möglichkeit, durch Umkehr die sittlich-politische Substanz zurückzugewinnen. Es handelt sich nicht um Therapie, sondern um die Freiheit, aus der immer von neuem von den Staatsbürgern die Umkehr vollzogen werden muß. Ich bin erinnert an das Wort eines hochangesehenen Psychoanalytikers zu mir im Sommer 1933: Hitlers Tat ist der größte psychotherapeutische Akt der Geschichte. Dieser falsche Gebrauch von Psychologie, Psychoanalyse, Psychotherapie und die mit ihm verbundene Denkungsart sind eine Seuche der westlichen Welt, durch die ungezählte Menschen als Menschen existentiell zu Grunde zu gehen scheinen.

### 5 Furcht vor einer neuen Entnazifizierung

Merkwürdig ist die häufige Abwehr einer neuen »Entnazifizierung«. Das weist darauf hin, daß durch diese Debatten und Beschlüsse über die Verjährung Leute sich bedroht fühlen. Sie gegen diese Bedrohung zu schützen, wird zu einem, wie mir scheint, starken Motiv. Hören wir zunächst die Formulierungen:

Bucher (FDP 8534): »Ich kann dem Herrn Kollegen Unertl nicht so ganz unrecht geben, wenn er sagt, daß die Befürchtung bestehe, daß wir wieder eine Art Entnazifizierung betrieben. Sicherlich, das heutige Thema hat mit Entnazifizierung selbstverständlich nichts zu tun. Aber was hat es denn für einen Sinn, wenn ... erwähnt ist, daß der als Bundesrichter vorgeschlagene Herr Loesdau SA-Mann war?« Oder wenn man sich unterhielt, »ob Herr Schüle als Leiter der Ludwigsburger Stelle weiterhin tragbar sei, weil er einfacher Parteigenosse und SA-Mann gewesen sei«.

Barzel (CDU 8531): »Keiner von uns will eine neue Entnazifizierung; keiner will Gesinnung bestrafen. Es geht um Schwerverbrecher.«

Jaeger (CSU 8766) bekräftigt es: »Was wir hier tun, hat gar nichts zu tun mit dem, was man Entnazifizierung genannt hat. Diese Entnazifizierung, die uns die Besatzungsmächte verordnet haben, war ein kläglicher Versuch, politische Verantwortung zu bestrafen. Wir

sind der Meinung, ... daß der politische Irrtum straffrei sein soll. Wir haben ... immer gesagt: Laßt den politischen Irrtum straffrei, aber bestraft diejenigen, die Verbrechen begangen haben ... , wir würden alle miteinander unglaubwürdig, wenn wir nun nicht auch das Unsere täten, daß die Verbrecher wirklich vor die Gerichte gestellt werden.«

Hirsch (SPD 8527): »Wir alle sind gegen eine neue Entnazifizierung. Worum es geht, ist lediglich die Frage, ob die Verjährungsfrist für Mörder verlängert werden soll.«

Anders, unklar etwas Wesentliches spürend, wieder Jahn (SPD 8537): »Ich bin in Sorge darüber, daß manches von dem, was hier an sogenannten rechtspolitischen Gründen ausgeführt worden ist, die gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist sprächen ... uns doch sehr nahe in den gefährlichen Bereich jener Überlegungen bringt, von denen bisher alle hier gesagt haben, daß das nicht die Grundlage unserer Entscheidung sein soll, nämlich das Bemühen, etwa eine zweite Entnazifizierung einzuführen.«

Warum die Furcht vor neuer Entnazifizierung? Weil die Untersuchung der Verbrechen auf zahlreiche Menschen stößt, die dann sich zwar als kriminell nicht schuldig, aber doch als belastet erweisen. Und weil die Frage nach der persönlichen Qualifikation für öffentliche und für höhere Stellungen im Blick auf das Verhalten dieser Menschen in der NS-Zeit mit größter Schärfe gestellt wird oder werden sollte. Ihnen gilt nicht Strafe, aber der Ausschluß von öffentlichen Funktionen. Diese drohte früher den Nicht-Entnazifizierten und könnte heute wiederum drohen. Beides ist für den Aufbau des neuen Staates nicht nur angemessen, sondern notwendig.

Niemand im Bundestag sprach von dem, oder ließ es auch nur in Andeutungen fühlbar werden, was man privat, wie ich schon berichtete, in der Argumentation hören konnte: Es ist doch nicht zuzumuten, daß die vielen Beamten, Richter oder Prominenten, die zwar keine kriminellen Handlungen begangen haben, aber doch allzu nazistisch beteiligt waren, ständig in der Sorge leben müssen, in Verfahren verwickelt zu werden, die sie bloßstellen. Die bloße Untersuchung gefährdet sie. Die berechtigte Verfolgung der Kriminellen hat praktisch zur Folge eine den Leuten nicht erträgliche Diffamierung aller nicht-kriminellen Nationalsozialisten.

eine Chance haben. Die großen Parteien sind selbständige Mächte geworden.

»Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.« Das ist der Fall. Die Forderung geht gegen die totalitären Einheitsparteien. Innerhalb der Parteien gilt das Mehrheitsprinzip im Unterschied von den nach dem Führerprinzip im Gehorsam geordneten Parteien.

»Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.« Ob sie das konkret ohne Einschränkung in aller Deutlichkeit tun, ist mehr als zweifelhaft.

»Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sind verfassungswidrig.« Wir werden zu fragen haben, ob und wo das faktische Verhalten der Parteien heute die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigt und die Bundesrepublik gefährdet.

(5) *Aufgabe, Situation und Wirklichkeit der Parlamentarier.* Das Volk kann nicht selber mitregieren. Es regieren die von ihm beauftragten Vertreter, die Parlamentarier, die ihrerseits den Kanzler wählen. Die Frage ist erstens, welche Wirkung überhaupt vom Volke ausgeht. Sie ist ungemein gering. Selbst die Wahlen sind keine eigentlichen Wahlen, sondern Akklamation zur Parteienoligarchie. Zweitens ist die Frage, welche Qualitäten die Parlamentarier als Politiker haben sollten und wirklich haben. Das ist von schicksalhafter Bedeutung. Denn sie stellen die Regierung. Sie fassen die entscheidenden Beschlüsse. Sie arbeiten mit durch die Ausschüsse.

Eschenburg hat eine hervorragende Schilderung der Situation des Parlamentariers gegeben. Übermenschliches wird von ihm verlangt. Von überall her kommen an ihn die Forderungen und die Bitten. Er hat die Aufgaben der Propaganda, der Beziehung zu seinen Wählern. Er bedarf der Sachkunde und der Besinnung auf die großen einfachen Linien einer zielbewußten Politik. Aber der Parlamentarier ist keiner Weisung unterworfen. Er ist völlig frei in der Wahl seiner Tätigkeit, in dem, was er jeweils für das Wesentliche hält. Ein herrlicher Beruf für den, der ihm gewachsen ist, ein zerstörender für den, der ihm nicht Genüge leistet!

Ich kenne nur einen Beruf, einen völlig andern, der in der Frei-

heit, ohne Weisungen, sich selbst die Aufgabe zu wählen und sich zu bewähren hat, den Beruf des Professors. Ähnlich sind die Ausreden, wenn der Professor in dem versagt, worauf es ankommt, nämlich in der Förderung der Wahrheit durch produktive Arbeit: die vielen Ablenkungen, die nicht zu bewältigenden Ansprüche von Amt und Umwelt, der verzehrende Betrieb, der ihm keine Zeit läßt. Ähnlich sind die Gründe des Versagens von Parlamentarier und Professor: der Mangel an Sinn für das Wesentliche, für die Rangordnung und die Proportion der Dinge (ein Mangel nicht der Begabung, sondern des sittlichen Charakters des Geistes); die Faulheit in der Betriebsamkeit selber; die Eitelkeit und das Bedürfnis zu genießen. Der große Unterschied ist: Das Versagen des Professors ist in der Hauptsache sein eigenes moralisches Verderben und dann auch ein Moment im Schicksal der Universität. Das Versagen des Parlamentariers wird zum Schicksal von Staat und Volk.

Parlamentarier und Professor wählen ihren Beruf in einem anderen Sinn als dem der Arbeit für einen bestimmten, übersehbaren Zweck. Sie müssen ihrem Ursprung vertrauen und dem Gehalt der Kraft, die ihr Leben trägt. Sie riskieren eine Laufbahn, auf der sie scheitern können. Ihr Versagen zeigt sich schon darin, daß sie solches Scheitern ausschließen möchten zugunsten einer gesicherten, beamtenähnlichen Karriere. Beide kennen keine begrenzten Arbeitszeiten, nicht Arbeitszeit und nicht Freizeit. Sie verzehren sich in ihrer Tätigkeit aber nicht durch Überarbeitung, gedankenlosen Fleiß, borniertes Abarbeiten und Weiterarbeiten. Sie gewinnen die überlegene Ruhe, in der sie das Wesentliche finden und dies allein tun. Sie scheinen wie Menschen, die immer Zeit haben.

Ein radikaler Unterschied ist. Die Freiheit des Professors kennt keine Termine. Er kann, was er falsch gemacht hat, korrigieren. Er kann warten. Der Staatsmann aber muß immer geistesgegenwärtig sein. Was er getan hat, ist nicht rückgängig zu machen. Der Augenblick, die Situation drängt.

Staatsmänner verwirklichen den Gipfel menschlicher Möglichkeiten im Ethos freier miteinander handelnder Menschen. In allem anderen Ethos, so wahr und tief es sein mag, wird der Mensch als Gemeinschaftswesen in der Welt beschränkt, weil er von der Wirklichkeit ausläßt, was ihn nicht angeht. Er wird insofern im weltlichen Sinn unwahr. Religiöse Geborgenheit und religiöses Märtyrertum hat Erstaunliches hervorgebracht, die Werke schöpferischen Geistes sind herr-

lich wie die natürlichen Schöpfungen des lebendigen Daseins. Staatsmänner aber, die es wirklich sind, erfahren das Menschsein unerbittlich in seinen Grenzen. Sie sind beschwingt von den höchsten Möglichkeiten des Miteinanderlebens im Ganzen. Ihr Tun ist keiner Vollendung fähig, wie Kunst und Dichtung und Spekulation. Es ist in dem ständig sich vollziehenden Wandel der Dinge die Verwirklichung der Menschenwelt in der Zeit.

Wenn so vom Staatsmann gesprochen wird, ist es nur der Entwurf eines Maßstabes. An ihm mißt sich der Mensch. Er selber ist nicht das Maß. Daher ist jeder, und sei er der beste, nur auf dem Wege.

Eschenburg bringt Zitate aus Max Webers Rede »Politik als Beruf« zustimmend und bewundernd. Jeder Politiker sollte immer von neuem diese Rede lesen und sich besinnen und nicht allzu schnell meinen, er habe sie schon verstanden. Diese Rede ist nicht klassisch vollendet, sondern voller Hintergründe, für die man offen werden muß, um zu verstehen. Wie im Vorübergehen, bei einem zufälligen Anlaß, hat dieser Denker aus intimer Erfahrung politische Wahrheit gesagt.

(6) *Die Parteien wandeln ihren Sinn.* Die Richtung der Wandlung ist diese: Sie waren gemeint als Organe des Volkes, das durch sie seinen Willen kundtut und umgekehrt wieder von ihnen politisch erzogen wird. Aber sie werden zu Organen des Staates, der nunmehr wieder als Obrigkeitsstaat die Untertanen beherrscht. Die Parteien, die keineswegs der Staat sein sollten, machen sich, entzogen dem Volksleben, selber zum Staat. Ursprünglich vielfach autonome Bildungen aus der unbegrenzten Freiheit des Volkes, werden sie in ihrem Bewußtsein zu den Machtträgern selber. Der Staat, das sind die Parteien. Die Staatsführung liegt in den Händen der Parteienoligarchie. Sie usurpiert den Staat.

(7) *Diese Wandlung wird institutionell ohne Absicht befördert.* Bei der Begründung der Bundesrepublik ging der Wille auf die Stabilität der Regierung. Die aktive Teilnahme des gefährlichen Volkes sollte möglichst gering werden. Man konnte es nicht ausschalten, weil man behauptete, eine Demokratie zu wollen. Aber man reduzierte seine Wirkung auf die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen. Und man behandelte es bei den Wahlen mit den Propagandamitteln als Stimmvieh, das nur über das Maß der Beteiligung der einzelnen Parteien an der Regierung entscheidet.

Initiative dazu aus dem Volke ist vergeblich. Das Leben durch neue Parteien, das den Bürgern zur Klärung ihres Willens und ihrer Anschauungen im Kampfe dient, hört auf. Die allein herrschenden Parteien werden zur Autorität der »richtigen« politischen Anschauungen. Auch wenn sie wegen ihrer politischen und geistigen Verwirrung und wegen des Niveaus ihrer Vertreter immer mehr veraltet werden, haben sie doch die Macht.

Einen Schritt weiter gehen Regierungsparteien, die für ihre Minister und den Bundeskanzler aus Staatsgeldern Propaganda finanzieren. Sie benutzen dazu Fonds, die etwa für Aufklärung und Unter- richtung global bewilligt wurden. Sie identifizieren Aufklärung mit Werbung. Eschenburg spricht von einer Wiedergeburt des »Lehenswesens«. Was heißt das? Im Mittelalter erhielt ein Lehensträger ein Gebiet zugleich zur Verwaltung und zur Nutzung. Moderne Monarchen aber trennten Staatskasse und Hofkasse. »Heute neigen die Parteien, manche ihrer Minister, viele ihrer Abgeordneten, ihrer Bosse, Werber und Klienten dazu, in den hohen Ämtern der Politik ihre Lehen zu sehen.« Es ließe sich ein Lehenswesen demokratisch konstruieren, aber es entspräche nicht unserer Verfassung.

(9) Die *Rolle des Parlaments* als maßgebende Macht wird zweideutig. Einmal maßt es sich etwa Mitwirkung bei Personalfragen an. Dann wieder verzichtet es, wie es scheint, immer mehr auf Kontrolle.

Der Kanzler ernennt seine Minister nach dem Grundgesetz aus eigenem freien Entschluß, in Wirklichkeit nach Beratung mit seiner Partei und der Koalitionspartei, vielleicht sogar so, daß er vor der Kanzlerwahl Verpflichtungen für seine Ministerwahl eingeht. Er könnte nach dem Grundgesetz auch Männer ernennen, die keiner Partei oder gar solche, die der Oppositionspartei angehören, wenn er allein auf Qualifikation sehen würde. Aber das kann er faktisch nicht. Denn die Parteien wollen durch ihre eigenen Leute die Plätze besetzen. Das ist der Lohn für die Parteiarbeit, die Beute des Siegers nach der Wahlschlacht.

Die Kontrolle seitens des Parlaments ist gering. Expertenausschüsse mit Vernehmungsrecht sind nicht wirksam. Schäden, Skandale, sachliche Grundfragen werden nicht auf diesem Wege behandelt, auf dem die Regierung ständig unter Aufsicht stünde oder sich belehren lassen könnte. Wo sie stattfinden, kommen sie eher als Schutzmaßnahmen zur Deckung von Fehlern der Regierung zur Geltung.

## A. Motive auf dem Wege über den autoritären Staat zur Diktatur

Es besteht, soweit man sieht, kein Plan zur Errichtung einer Diktatur. Es gibt keine zielbewußte Lenkung dorthin, keine Organisation, keinen Hitler. Aber es koinzidieren Kräfte, Gesinnungen, Wege, die dorthin führen können.

(1) Aus dem Jahrhunderte währenden Obrigkeitsstaat sind, ohne helles Bewußtsein, Gesinnungen geblieben, die heute noch mächtig sind: Respekt vor der Regierung als solcher, wie und woher sie auch sei, - Bedürfnis nach Verehrung des Staates in Gestalt repräsentativer Politiker als Ersatz für Kaiser und König, - die Gefühle der Untertanen gegenüber der Obrigkeit in allen ihren Gestalten bis zum letzten Amt am Schalter der staatlichen Büros, - Bereitschaft zum blinden Gehorsam, - das Vertrauen, die Regierung werde es schon recht machen. Die Untertanen denken: Wir brauchen uns um die Regierung nicht zu kümmern; sie sorgt für unseren Wohlstand und für unsere Sicherheit in der Welt; sie gibt uns unseren Stolz, einem mächtigen Staate anzugehören, gerechte und wirksame Forderungen gegenüber dem Ausland haben zu dürfen. Für Untertanen haben die faktisch Regierenden einen Glanz. Mögen sie sich noch so toll gebärden, sie sind kraft ihres Amtes gleichsam geheiligt und sie selber fühlen sich so. Sie dürfen sich alles erlauben, untereinander in persönlichen Feindschaften liegen, denen sie das Staatsinteresse opfern, intrigieren und ihre Niedrigkeit noch in politischen Reden zeigen. Immer noch bleiben sie Gegenstand der Verehrung. Kurz: Staatsgesinnung ist bei uns vielfach noch Untertanengesinnung, nicht demokratische Gesinnung des freien Bürgers. Zwar schimpft der Untertan, wo es für ihn ohne Gefahr ist und folgenlos bleibt, aber er gehorcht und hat Respekt und handelt nicht.

Ein Symptom dieser Gesinnung ist es, daß von Politikern ein besonderer Rechtsschutz gegen Beleidigung und Verleumdung von



Adenauer fand zwar sogleich heftigen Widerspruch (ausführlich von Döring, FDP). Aber man ließ seine Reden durch. Es entstand kein Aufschrei. Daß Adenauer völlig unberührt blieb von den sogleich treffenden Zurufen und Gegenreden, war zwar für einen Staatsbürger schwer erträglich, der im Staat seine eigene Würde anschauen möchte, aber man ließ es zu.

Kein stolzer deutscher Bundesrepublikaner erhob einen der Sache angemessenen Einspruch. Niemand erwog, ob hier nicht eine »verleumderische Beleidigung« vorliege. Diese wäre ein Grund (Eschenburg, S. 305), die Immunität durch Parlamentsbeschluß aufzuheben. Niemand erwog, ob das Verhalten des Bundeskanzlers den berechtigten Ansprüchen eines Volkes genüge, das in seinem Regierenden sich selbst anschauen und in ihm ein sittlich-politisches Vorbild haben will. Die Konsequenz wäre gewesen, einen anderen Kanzler zu wählen.

Eine Zwischenbemerkung sei mir gestattet. In dieser Schrift fallen schwere Schatten auf Adenauer. Das hindert nicht, daß wir diesem Mann zu großem Dank verpflichtet sind. Nie können wir vergessen, was wir seit 1945 erlebt haben. Es begann mit dem uns unbegreiflichen Rückzug der Amerikaner aus Thüringen. Sprachen wir unsere Sorge Amerikanern aus, dann war die Antwort: Sie stehen noch unter dem Einfluß der Goebbels-Propaganda. Mit den Russen sind wir gute Freunde, auf deren Wort wir rechnen können. - Ein später politisch prominenter Engländer, ein Kenner Platons, der früher in Heidelberg studiert hatte, besuchte mich. Er zuckte die Achseln: Wir wissen selber nicht, was da eigentlich geschieht und was gewollt wird! In der Folge hörte diese Grundstimmung keineswegs schnell auf. Als Adenauer mit den Amerikanern und den anderen Westalliierten ins Gespräch kam, suchte er ihnen die Augen zu öffnen mit nie versagender Geduld. In der Tat kamen ihm die faktischen Interessen und der gute Wille der Amerikaner entgegen, je klarer der Gang der Dinge sich zeigte. Aber Adenauer hat damals die große Gefahr, daß ganz Deutschland unter den arglosen Augen der Amerikaner kommunistisch werden könnte, wirklich erkannt und die Folgerung gezogen: Bedingungslos mit dem Westen! In jeder Situation hat er den Alliierten die konkreten Möglichkeiten gezeigt, Schritt für Schritt von ihnen Zugeständnisse erhalten, die hilfreich für beide Teile waren. Vielleicht haben die selber irgendwann auch ungewissen Alliierten bei ihm Rat erhalten. Seine deutschen Mitarbeiter haben bei der damals allgemeinen deutschen Ratlosigkeit in ihm eine einzige Stütze gehabt, einen Mann, der im

Vertrauen auf sich es wagte und dabei, was das Endziel anging, in jedem Augenblick auch optimistisch blieb. Er hat in keiner Situation sich verloren gegeben.

Ob er tatsächlich wenigstens Westdeutschland vor dem Kommunismus gerettet hat und es ohne ihn anders verlaufen wäre, wird niemand entscheiden können. Mir schien es damals so, und ich meine es noch heute. Wenn man damals die sozialdemokratischen Programme las, lief es einem kalt über den Rücken: Es könnte in dem von Stalin anerkannten einen Deutschland etwas geschehen wie in Prag. Die den Amerikanern damals noch unbekanntes Geschicklichkeit der Russen hätte in Berlin für ganz Deutschland erreichen können, was die Amerikaner damals als Ausdruck deutschen Willens ahnungslos geduldet hätten. Adenauers Erinnerungen bestätigen manches dokumentarisch. Kein anderer bekannt gewordener deutscher Politiker hätte es gekonnt. Er übernahm stellvertretend für alle Deutschen (wie anderswo andere in kleineren Bereichen) die Demütigungen, die einem ohnmächtigen, mit Mißtrauen angesehenen und verachteten, besiegt Volkes zugefügt wurden. Er tat es mit Würde, die den Feinden Eindruck machte, mit Klugheit und mit vielen Einfällen, die ihnen imponierten, und mit der Biagsamkeit eines Beraters, der das Wesentliche sieht und es in den jeweiligen besonderen Ereignissen aufzeigt.

Man hat Adenauer mit Bismarck verglichen. Aber - ganz abgesehen von dem geistigen Rang - ist fast alles unvergleichbar. Bismarck setzte gegen eine Welt von Feinden durch einzigartige politische Geschicklichkeit in einer nicht wiederkehrenden Lage europäischer Diplomatie die Macht Preußens und Kleindeutschlands in den Sattel. Adenauer rettete das Dasein eines ohnmächtigen Restdeutschlands als einen Teil des freien Abendlandes mit Hilfe der selber daran interessierten Sieger.

Aber der Preis war hoch. Adenauer dachte nur außenpolitisch. Die Innenpolitik interessierte ihn als Mittel, um sich an der Macht zu halten, damit er diese Außenpolitik verwirklichen könne. Hier liegt vielleicht der einzige Punkt, der ihn Bismarck vergleichen läßt. Beide förderten unabsichtlich die Tendenzen zur sittlich-politischen Korruption im deutschen Volk. Beide wirkten mit, dem Charakter dieses Volkes immer wieder das Rückgrat zu brechen. Innenpolitisch war Adenauer wie Bismarck ein schlimmes Verhängnis.

Schließlich hat der ältere Adenauer, als der erste Schritt erreicht war, eine, wie mir scheint, nun für die Bundesrepublik und für das

Stützung der Parteienoligarchie als zur restlosen Aufdeckung von Tatsachen für das Volk dienen. Ein Kontrollrecht, das das Parlament durch die Beauftragten für die Bundeswehr ausübt, wird, wie der Fall Heye zeigte, nicht ernst genommen. Echte Kontrolle scheint nur noch aus der Freiheit des Geistes zu kommen, die auf Regierung und Parteien keinen Eindruck macht und gelegentlich verachtungsvoll abgewiesen wird. Bei der Schwierigkeit der Information kann sie oft nur unzureichend sein. Noch ist diese Kontrolle da. Ihr größtes Beispiel ist der »Spiegel«, der es versteht, durch planmäßige Arbeit erstaunliche Informationen zu gewinnen. Der Rest von Kontrollen, die doch keine sind, erfolgt aus der Eifersucht der »Ressorts« und der »Zuständigkeiten«.

(6) Es steigert sich der Drang zur *Geheimhaltung*, damit zur Verminderung des Wahrheitswillens, sogar der Zuverlässigkeit des Rechts. Der Machtwille kann unbeschränkt wachsen hinter dem Schleier des Geheimnisses. Willkürliche Herrschaftsakte werden häufiger. Das der Freiheit feindliche Intrigieren gewinnt Spielraum.

Ein Beispiel ist der Fall Pätch. (Bericht in »Die Zeit« 20. 8. 65) Ein Beamter grade beim Bundesamt für Verfassungsschutz machte Angaben über die handgreifliche Verfassungswidrigkeit des »Abhörens«. Sein Referatsleiter hatte ihm über die Zusammenarbeit mit den Alliierten bei der Post- und Telefonüberwachung gesagt: »Das ist ziemlich das Geheimste, was es im Amte gibt«, und »Eigentlich dürfen wir es nicht.« Pätch wurde unter Anklage gestellt. Obwohl er seine Pflicht getan hat, indem er Verfassungswidrigkeiten bekannt machte, wird er nicht gerühmt, sondern in ein Kriminalverfahren verwickelt. In einer Demokratie freier Menschen würde es gehörig sein, daß alle Beamten verpflichtet würden, Verfassungswidrigkeiten öffentlich bekannt zu machen, wenn sie nicht sofort abgestellt werden, und daß solche Beamten keinen Schaden leiden.

Immerfort liest man, wie Aussagen von Behörden verweigert werden. Ich greife heraus, was ich heute lese (»Basler Nationalzeitung« 7. 10. 65): Die zahlreichen Abstürze eines neuen Flugzeugs der Luftwaffe, des Starfighter, beunruhigen. Der Inspektor der Luftwaffe weist energisch deutsche Presseberichte zurück, wonach allein in diesem Jahre 22 dieser Maschinen abgestürzt seien, lehnt es aber ab, die tatsächliche Unfallziffer bekannt zu geben.

(7) Auf dem Wege zur Diktatur wächst die Tendenz zur »*Minimalisierung der Grundrechte*« (ein Wort des Abgeordneten Arndt SPD). Statt daß diese nicht nur unantastbar sind, sondern in ihrer Geltung unbeschränkt und maximal verwirklicht werden, werden sie gleichgültig behandelt oder verletzt.

(8) Auf eine kommende Diktatur weisen die Ansätze zur Abwertung des freien Geistes. Es ist die Frage, ob Erziehung, Unterricht, Forschung, geistiges Leben heute überhaupt schon erlahmen, die Initiative überall geringer wird. Es herrschen Konventionen, die den Mangel an Schöpferkraft verbergen. Man kommt in seinen Positionen voran nicht so sehr durch Geistigkeit und Ethos als durch Beziehungen, durch die Solidaritäten verschiedenster Art und durch fachlich-technische Leistung. Man ruft nach Persönlichkeiten und tut alles, daß sie nicht entstehen und zur Geltung kommen können. Daher die Lahmheit und Schwunglosigkeit des Lebens, dessen vitale Energien einerseits in die bloße Arbeit gehen oder in die Leere des Redens, Forderns, Scheltens, Beschwichtigens verpuffen. Die Funktionen in den Betrieben und vorübergehende, schnell vergessene Erregungen geschehen ohne Ethos und ohne Glauben. Die so entstehenden Menschenmassen sind vorgeformt für diktatorische Herrschaft, ja drängen zu ihr.

Die Abwertung des Geistes wird verschleiert mit seiner nur scheinbaren Bejahung unter dem Titel »Bildung«.

Die Tendenz, eine Zensur auszuüben im Interesse der autoritären politischen Herrschaft, nimmt zu. Sie zeigt sich heute durch indirekte Maßnahmen.

(9) Mit dem Aufstieg der Bundesrepublik zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt und mit der Entwicklung der Bundeswehr zur stärksten der europäischen Armeen ist der Wille zu absoluter Souveränität schnell gewachsen. Dem widersteht unmittelbar ein Faktum: Im Generalvertrag haben sich die Westmächte, die auf deutschem Boden zum Schutze der Bundesrepublik mit ihren Divisionen stehen, vorbehalten, bei Aufstandsversuchen oder Putschen in der Bundesrepublik einzugreifen.

Dieser Souveränitätswille scheint absurd. Die Gegenwart der amerikanischen Truppen ist der entscheidende Schutz gegenüber dem Osten. Ohne sie wären wir längst verloren. Wären sie nicht in Westberlin, längst wäre ganz Berlin von Russen besetzt.

Was auf dem Wege zur Diktatur geschieht, aber noch verhindert werden kann, das würde durch die Notstandsgesetzgebung mit dem Instrument dieser Gesetze eines Tages vollendet werden. Wie Hitler zur Erkenntnis kam, in Deutschland könne er nur auf dem Wege der Legalität zur Macht gelangen, mit der er, nachdem sie gewonnen war, alle Legalität aufhob, so würde die Diktatur mit Hilfe der Notstandsgesetze dasselbe tun.

Es geht ein tiefer Riß durch die Denkungsart des deutschen Volkes. Er war längst da, als er im Ersten Weltkrieg so deutlich und erschreckend zum Ausdruck kam. In diesem Riß kann der Deutsche nur auf der einen Seite stehen, entweder auf der politischen Freiheit oder auf der unpolitischen Brutalität des sturen, maßlosen Eigenwillens, unbereit zum Hören auf Gründe und zum Denken, verkleidet in vermeintlich »patriotische« absolute Machtinteressen. Wer in diesem Entweder-Oder unklar bleibt, hier einen Kompromiß zu finden glaubt und nicht für den äußersten Fall auch zum Bürgerkrieg bereit ist, hat sich in der Tat schon der unpolitischen Gedankenlosigkeit der »Vaterlandspartei« unterworfen, ohne es zu wissen und zu wollen.

Der Gegensatz läßt sich idealtypisch entwerfen:

Die Stärke *des inhumanen freiheitswidrigen Machtwillens* liegt in dem Fanatismus und in der Magie des Extrems, in der Neigung, alles auf eine Karte zu setzen, daher unverantwortlich zu sein in der Übrumpelung durch Massenstimmung, in der Siegesgewißheit, in der Simplifikation, in der Atemlosigkeit der Bewegung als solcher, in dem Mangel an Besinnung und Besinnlichkeit, in der Methode der Erpressung, dem Sinn für jede Schwäche des Gegners, dem Haß gegen alles Liberale, Humane, Freie, gegen den Menschen als Menschen.

Die *Schwäche der Liberalität* liegt im Vertrauen auf den Gang der Dinge, auf die Vernunft, die sich schon durchsetzen werde, im Abwarten, in der Neigung zum Kompromiß auch dort noch, wo kein Kompromiß mehr möglich ist, im Zögern und Nachhinken, in der Abneigung, die volle Energie im Einsatz zur Geltung zu bringen, bis der Augenblick ihn erzwingt und dann der Umschlag in die gewaltige Energie des Freiheitswillens erfolgt, wenn es nicht schon zu spät ist. Es fehlt der ständige Enthusiasmus für die jederzeit in Gefahr stehende Freiheit, die politische und die persönliche. Die Gewohnheit der alltäglich gegebenen Freiheit, die sich als solche nicht mehr bewußt ist, verführt zur Passivität, zum Versagen der Verantwortung der

Freiheit für die Freiheit selber, zugunsten eines bequemen Genusses der bestehenden, vermeintlich dauernden Freiheit. Das Bewußtsein der Gefahr schläft ein. Man sieht nicht mehr die nie aufhörende Drohung der Gewalttätigkeit des Machtwillens.

Wo der Raum der Freiheit konstituiert ist, erfüllt er sich, bei Vergessenheit der Gefahr, mit einer unverantwortlichen Kritik, die nichts will als Nein sagen und sich an beliebige, für den Fall grade herbeigezogene Maßstäbe hält, ohne Sinn für Freiheit. Diese Kritik kommt nicht aus dem Willen zur besseren Freiheit, sondern aus dem Willen, selber Geltung zu gewinnen. Sie ist bereit, selber Gewalt anzuwenden, um zur Macht zu kommen, wie wir es bei Literaten zur Zeit von Revolutionen erlebt haben. Es gibt nicht nur den Drang zu Abenteuern, sondern den blinden Willen zum Anderswerden in einer Aktivität als solcher. Es sind Menschen, die im Raum von politischer Freiheit und persönlicher Liberalität sich im Stich gelassen und leer fühlen und dies Vakuum auszufüllen drängen.

Die Schuld für solche Entwicklungen liegt zum Teil in der Demokratie, deren Bürger sich selbst verraten, weil sie den Sinn der republikanischen Freiheit nicht verstehen, keine Opferbereitschaft haben und nicht den Wagemut, für die Freiheit und nur für sie auch alles einzusetzen. Daher siegen die, die alles oder nichts wollen, fanatisch wollen und zu sterben wagen.

## B. Der Plan der Notstandsgesetze

Der Plan der Notstandsgesetzgebung ist innenpolitisch die bei weitem wichtigste Sache der nächsten Jahre. Durch sie kann das Instrument geschaffen werden, mit dem in einem verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur errichtet, das Grundgesetz abgeschafft, ein nicht reversibler Zustand der politischen Unfreiheit herbeigeführt werden kann. Mehr noch: es kann die größte Gefahr für den Frieden entstehen und das neue und endgültige Unheil über Deutschland, nunmehr vernichtend, heraufbeschworen werden.

(1) Ich kann die *Pläne über die Notstandsgesetzgebung*, die Versuche, sie zu verändern, den möglichen Mißbrauch zu verhindern, die jahrelangen Beratungen, die Initiative der Regierung, das Entgegenkommen der SPD nicht darstellen. Die Pläne und die Einwände gegen

sie sind öffentlich bekannt (man sehe z. B. den ausgezeichneten Aufsatz von Karl Dietrich Bracher, Parlamentarische Demokratie und Notstand. »Frankfurter Hefte« Oktober 1965, ferner die Schriften: Kogon, Abendroth, Ridder, Hannover, Seifert: Der totale Notstandsstaat. Stimmen-Verlag Frankfurt a/M. - H. H. Holz, Paul Neuhöffer: Griff nach der Diktatur? Pahl-Rugenstein Verlag Köln. - In beiden Schriften ist weitere Literatur angegeben). Alle Gefahren sind erörtert, die wesentlichen Einwände ausgesprochen, zuerst wohl von dem hessischen Ministerpräsidenten Zinn. Aber es ist erstaunlich: Obgleich im Schrifttum die Gefahren öffentlich gezeigt worden sind, sind sie in der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Sie werden in den Zeitungen selten berührt und auch von der großen Presse nicht ernst genug genommen.

Man ist geneigt, die bloß negative Kritik als unfruchtbar zu verwerfen. Die bisher schon erlassenen Notstandsgesetze scheinen in der Tat noch nicht gefährlich. Die Beanspruchung der Zivilbevölkerung im Luftschutzdienst ist begrenzt. Die Erfahrungen bei der Flutkatastrophe in Hamburg lassen vielleicht gewisse Gesetze für solchen, immer lokalen Fall als zweckmäßig erscheinen.

Wenn man aber meint, daß die Gefahr des Kommunismus bestehe, und daß für diesen Fall vorgebaut werden müsse, dann wird die Sache bedenklich. Diese Gefahr war nach 1945 einmal da. Der Schutz lag bei den westlichen Alliierten. Jetzt dagegen ist diese Gefahr ein Phantom.

Man sollte erwarten, daß im Volk ein Aufschrei des Entsetzens erfolge vor der Möglichkeit, daß man es seiner Freiheit und seiner Möglichkeiten berauben könnte, und daß Politiker, selber verkehrt durch ihren bloßen Betrieb, sich ahnungslos den Gewaltmenschen anschließen, um das Werkzeug zu schaffen für den Freiheitsmord. Niemand wird sagen dürfen, man habe die Folgen nicht gewußt oder nicht wissen können.

Die Regierung aber und die Parteien beraten mehr oder weniger geheim. Sie sorgen nicht im geringsten dafür, daß die ungeheuren Probleme und Gefahren öffentlich erörtert werden. Sie behandeln sie, als ob es wie in anderen Fällen um eine spezielle Sache für Fachleute gehe.

Das alles kann ich nicht berichten. Aber ich möchte auf einige sittlich-politische Motive hinweisen, die eine Rolle spielen, und auf Täuschungen, durch die man sich dúpieren läßt.

## (2) Man unterscheidet den äußeren und den inneren Notstand.

Der äußere Notstand ist im Falle des Krieges da. Man will Gesetze schaffen, die es ermöglichen, in solcher Situation die Nahrungsmittelsversorgung, die geordnete Einheitlichkeit der dann für notwendig gehaltenen Aktionen zu sichern durch die Verfügung über Arbeit und Bewegung der Bevölkerung. Dazu hält man die Aufhebung von Grundrechten für nötig, so des Streikrechts, der Informationsfreiheit und Meinungsäußerung.

Die Vorstellungen, die dabei lenken, sind die aus vergangenen Kriegen. Nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß ein lokaler europäischer Krieg (wie in Korea oder Vietnam) entstünde und dann ohne Atomwaffen geführt würde (aber der Unterliegende würde in jedem Fall Atomwaffen, wenn er sie hat, anwenden) hätten diese Vorstellungen vielleicht noch eine gewisse Berechtigung. Wenn aber, wie zu erwarten, ein europäischer Krieg sogleich Weltkrieg würde, so ist die Situation unvergleichbar. Krieg ist im Atomzeitalter gegenseitige totale Vernichtung. Der Notstand dieses Kriegs ist in der Tat garnicht zu bekämpfen. Dieser Notstand darf nicht eintreten. Daher muß man bedingungslos alles tun, um den Frieden zu retten, darf man nichts tun, was zum Krieg treiben könnte. Der äußere Notstand ist allein durch ehrliche, bedingungslose Friedenspolitik zu bekämpfen (darüber später). Was es heißt und welche Folgen es hat, daß der Krieg nicht mehr die ultima ratio, nicht »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« sein kann und nicht sein soll, das ist trotz der Protestmärsche noch nicht genügend in das Bewußtsein der Bevölkerung, der Politiker, der Militärs der Bundesrepublik getreten, jedenfalls nicht wirksam geworden.

Die Notstandsgesetzgebung für solchen Krieg erzeugt die falsche Stimmung, als ob in diesem Fall überhaupt Hilfe noch möglich sei. Diese Beruhigung schwächt die Antriebe, alles zu tun, damit diese Situation nicht eintritt. In einem anderen Sinn als je vorher gilt der Satz: Nie wieder Krieg.

Die alten militärischen Notstandsmaßnahmen gewinnen unter den neuen Bedingungen einen ganz anderen Sinn. Sie retten nicht mehr das Vaterland und nicht die Heimat und nicht die Bevölkerung. Im Augenblick, aber auch nur für eine Weile, kann sich eine kleine Gruppe der Politiker und Offiziere retten.

Eine der Vorbereitungen für den äußeren Notstand sind die geplanten Schutzbauten für die Zivilbevölkerung. Darüber informiert

völkerung jener kleinen Gruppe ausgeliefert. Die Bevölkerung selber ist in der Tat dem Verderben preisgegeben.

Es tritt in neuer Form wieder die Situation ein: Das Volk und die Politik in den Händen des Militärs. So war es 1914. Wenn es jetzt wiederum so wäre, so hätte es aber eine radikalere Bedeutung. Denn es handelt sich heute nicht mehr um einen Krieg im Sinne früherer Zeiten, sondern um ein Handeln und ein Ereignis, das stattfindet in unserem Zeitalter des Umbruchs des Menschen zu neuen unvorhersagbaren Möglichkeiten oder zum Untergang.

Was unter den Regeln traditioneller militärischer Auffassungen steht, ist als Anspruch nicht mehr zu verantworten. Es entspricht dem Eigenwillen eines Berufes, der sein inneres Wesen noch nicht der neuen Situation und den neuen Aufgaben entsprechend gewandelt hat. Wohin er sich wandeln muß, das ist heute noch keineswegs klar (darüber im Abschnitt über die Bundeswehr).

Mit aller Radikalität müssen die Lenkung der Politik, die Entscheidung über die militärisch erarbeiteten Pläne der militärischen Operationen im Ganzen den Militärs entzogen werden. Es ist Sache der Staatsmänner, die gesamte Lage zu übersehen. Das hätte schon früher geschehen müssen (vgl. das Werk von G. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk). Die Entstehung des Ersten Weltkriegs und unsere Niederlage haben im Vorrang des Militärischen einen ihrer Gründe. Symbolisch ist: Clémenceau ging in Zivil an die Front, als eine Meuterei ausgebrochen war, und brachte sie zum Verschwinden. Bethmann-Hollweg ging sogar zum Reichstag in Uniform und redete, während allein das Militär handelte und führte.

Wollen wir durch die Notstandsgesetze die Revolte der Bevölkerung gegen den Krieg unmöglich machen? Wollen wir die Chance, daß vielleicht im äußeren Notstand die Völker überall sich sträuben, durch einen terroristischen Herrschaftsmechanismus ausschließen?

Diese Revolte wäre großartig und ist möglich. Als von dem Plan des Legens von Atomminen an der Ostgrenze geredet wurde - er wurde dementiert, ohne daß dem Dementi geglaubt wurde -, da erfuhr man, wie an Orten dieser Grenzgegend Bauern und Polizei sich einig waren: Geschieht das, so graben wir die Minen sofort wieder aus. Gegen die Verantwortungslosigkeit von Militär und Regierung kann Kopf und Herz eines vernünftigen Volkes sich auflehnen, die Polizei gegen die Regierung, die Soldaten gegen die Generäle.

Es gibt ein großes Beispiel. Am 28. 10. 1918, als der Krieg schon

endgültig verloren war, sollte die Flotte mit 80 000 Mann die »Ehre der Nation durch eine »Entscheidungsschlacht« retten. Auf hoher See wurde das Signal zur Gefechtsbereitschaft gegeben. Was geschah? Die Heizer löschten das Feuer unter dem Kessel und erzwangen dadurch die Rückkehr in die Häfen. Die Offiziere hatten durch ihren Wahnsinn eines absoluten Militarismus ihre Autorität verloren. An Land gelangt, wollten sie ihre mit Recht verlorene Autorität wiederherstellen. 600 Matrosen wurden verhaftet. Durch diesen zweiten Wahnsinnsakt lösten sie die sogenannte Revolution aus, die sich schnell über ganz Deutschland verbreitete. Das Beispiel zeigt einen Akt der Verwirklichung der Vernunft durch Gehorsamsverweigerung. Für den zukünftigen Augenblick des Wahnsinns ist dieser Akt auf beiden Seiten der in den Krieg getriebenen Völker zu erhoffen. Wenn es auch unwahrscheinlich ist, darf es nicht ausgeschlossen werden.

Wollen wir in dem äußersten Fall unsere Zukunft, vielmehr Nichtzukunft dem militärischen Apparat und einer ihm dienenden Zivilregierung anvertrauen?

Wollen wir von vornherein uns Vorstellungen und Gedanken und Gesetze gedankenlos einprägen lassen, die wegen ihrer völligen Unangemessenheit an die neuen Realitäten uns erst recht und ganz verderben?

Wollen wir nicht vielmehr in dieser äußersten Situation, wenn sie trotz allem politischen Bemühen um den Frieden über uns kommen sollte, uns die Freiheit der Bewegung offen halten und die Freiheit, wenn wir sterben müssen, zu sterben, wie wir wollen?

Wenn die geplanten Notstandsgesetze im Kriegsfall verwirklicht werden, so verwandeln sie das Volk in eine zur Schlachtbank getriebene Schafherde, geführt von den letzten Politikern der nationalen, absolutistischen Denkungsart, ebenso machtwillig wie dumm. Sie haben bei dem von ihnen selbst herbeigeführten Unheil das Bewußtsein der Zwangslage, des Nichtanderskönnens und gehorchen, eigentlich führungslos, den wie immer entstandenen Befehlen, terrorisieren und sind terrorisiert.

Sollen die Folgen der Katastrophe anders sein für die Mächtigen als für die Kleinen? Oder sollen alle, gleicherweise noch freie Staatsbürger und Menschen, jeder für sich unter den Bedingungen des Untergangs ihre eigenen Entschlüsse fassen?

Wenn es sich um das Schicksal in der Katastrophe handelt, dann darf das Recht aller Menschen im Volk auf eigene Entscheidung nicht

mehr an eine gewählte Regierung abgegeben werden, am wenigsten, wenn diese Regierung die ganze Bevölkerung in militärartige Fesseln schlagen will.

Wenn das Volk nicht Krieg führen will — in dieser Situation unserer Zeit —, muß es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nicht helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen. Vielleicht will das Volk lieber überleben und sich unterwerfen, vielleicht mit Folgen, die gleicher Art sind, wie das, wogegen es sich gewehrt hat. Aber es will die Chance der Rettung. Diese liegt nicht in der Vergewaltigung, sondern vorher in der Politik einer Regierung, die keinen fremden Staat bedroht, und die so handelt, daß kein fremder Staat sich bedroht fühlen muß, und nachher in der Chance der gemeinsamen Gehorsamsverweigerung der aufeinander gehetzten Soldaten und Völker.

Der äußere Notstand kann heute nicht mehr behandelt werden als eine Möglichkeit, mit der man im Falle, daß er eintritt, durch irgendwelche real wirksamen Mittel fertig werden könnte.

Es gibt eine militärische Grundgesinnung, die, wäre sie offen und redlich, so sprechen würde: Wenn das totale Unheil von außen kommt, dann soll der Untergang noch in Ordnung erfolgen. Panik, das natürlich Menschliche, soll bei militärischer Gesinnung aufgehoben werden nicht durch die Kraft der Einzelnen, die es nicht gibt, sondern durch Glauben an Führung. Nach Regeln werden die Menschen sterben, dann wird die Angst gelindert durch vorgeschriebene Illusionen. Solches militärische Denken bedeutet: Der Mensch selbst wird zerrieben zwischen dem Terror von außen und dem Terror von innen. Ihm wird verweigert, seinen eigenen Tod zu sterben, sein Grauen und seine Ruhe zu erfahren, sein Schicksal in Helligkeit zu vollziehen.

In der terroristischen Ordnung vor dem Untergang ist die Unmenschlichkeit nur gesteigert. Diese Ordnung läßt ausweichen vor dem Ernst; sie macht unfrei; sie zerstört das Selbstsein des Menschen. Sie ist widervernünftig und in aller Rationalität zugleich dumm. Mit Empörung muß ein Volk, das Würde kennt, sich gegen die Leute und die Maßnahmen wehren, die sie ihm aufzwingen möchten, und gegen die Ahnungslosen, die das tun und nicht merken.

Die totale Militarisierung des Volkes raubt ihm die Seele. Der Mensch als Mensch will sein Schicksal wissen, ihm ins Auge blicken und es ertragen, will so sterben, wie es im Verhängnis ihm gemäß ist.

(3) Einen inneren Notstand, der Gesetze erforderte, die die Grundrechte suspendieren, kann es in der Bundesrepublik nicht geben. Das Volk, die Verbände einer Partei haben keine Waffen. Es gibt keine Privatarmeen und keinen Staat im Staate, wie beide von den Nationalsozialisten aufgebaut wurden. Jeder Gewalt aus der Bevölkerung ist die Polizei gewachsen, solange diese selber einig ist mit der Regierung. Wenn sie es nicht ist, dann ist der Unsinn der Regierung schuld.

Der innere Notstand existiert nur in der Fiktion derer, die entweder ihn benutzen wollen zur Konstituierung absoluter Macht, zur Beseitigung des Streikrechts im Interesse der Unternehmer, oder die Angst haben vor Auseinandersetzungen, die notwendig sind, um in der ständigen Unsicherheit die Freiheit zu behaupten gegen die Maßnahmen einer vernunftwidrigen, die Grundrechte und die Legalität nicht achtenden Regierung. Eine solche Regierung übt Gewalt, die ein Volk nicht dulden kann. Daher muß das Volk Mittel haben, sich zu wehren, Mittel, die ohne militärische Waffen der Gewalt widerstehen können.

Daher muß es den politischen Streik geben dürfen. Der Kapp-Putsch wurde seinerzeit durch politischen Streik besiegt, während das Militär zunächst abseits stand, zum Teil gar den Putsch förderte (auf Deutsche wurde geschossen) oder den Gehorsam gegen die legale Regierung versagte (»Deutsche schießen nicht auf Deutsche«).

Da das Volk durch das Grundgesetz bisher in seiner unmittelbaren Mitwirkung an politischen Entscheidungen und an Kontrolle auf das äußerste eingeschränkt ist, so bedarf es ganz besonders der ihm verbliebenen Rechte, vor allem des Streikrechts, das ihm das Grundgesetz nicht versagt, sondern garantiert.

Denkwürdig ist der Fall Schlüter in Göttingen. Die Parteien hatten sich auf keinen Kandidaten für das Kultusministerium geeinigt. Dieser mußte Parteimitglied sein. In ihrer Gottverlassenheit wählten sie, da offenbar bei den Parteileuten kein Mann von Rang war, eine Person, die für dieses Amt, die Verwaltung von Schulen und Universitäten, disqualifiziert war. Der Fall war extrem. In Göttingen streikten die Professoren, die zu dergleichen Akten so wenig geneigt sind. Es war zuviel, sich von einem solchen Minister verwalten lassen zu sollen. Die Parteien waren empört. Das sei illegal, sagten sie. Die Regierung sei vom Volke gewählt und vertrete das Volk. Sie allein habe im Auftrag des Volkes die Minister zu ernennen. Dagegen gebe es keinen rechtlich fundierten Einspruch. Die Professoren maßten sich

solchen Einspruch an, der mit Energie zurückgewiesen werden mußte. Aber es zeigte sich, daß der Minister zur Verwaltung der Universität in so hohem Maße ungeeignet war, daß die gebildete Welt Deutschlands den Göttingern zustimmte. Die Regierungsparteien ließen ihren Minister fallen, mußten ihn fallen lassen. Dann ernannten sie wieder einen Parteigenossen, der zwar persönlich ein trefflicher Mann, für Probleme der Universität jedoch aller Erfahrung und der Weite des geistigen Horizontes entbehrte. Jedenfalls trat er seinerseits schnell zurück.

Das Volk muß die Freiheit behalten, in direkter Aktion seinen Willen und seinen Widerstand kund zu tun. Das Notstandsgesetz raubt dem Volke die ihm verbliebenen legitimen, dann aber nicht mehr legalen Mittel des Widerstandes. Es ist ein Instrument der Versklavung. Statt eines Notstandsgesetzes brauchten wir die Entwicklung von gesetzlichen Mitteln, durch die das Volk innerhalb der vier Jahre, für die es nach den Wahlen jeweils abgedankt hat, zu aktiver Mitwirkung gebracht werden kann, um den gegenwärtigen Notstand, der faktisch an Regierungslosigkeit grenzt, zu mindern.

Das Notstandsgesetz sichert nicht das Volk, sondern die Regierenden. Vorsorgliche Gesetze für die Erklärung des inneren Notstands und für die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung sind in der Tat Sicherungen einer Parteienoligarchie, ihrer Regierungsmacht und der ihnen verbundenen mächtigen Interessen, auch dann, wenn diese nur eigensüchtig und vernunftwidrig sind.

Aber die Regierung und die Parteienoligarchie darf nicht in jedem Falle gegen das Volk gesichert werden. Das Volk ist nicht nur in ihnen da, sondern auch in seinen gewählten Vertretern in Gewerkschaften, in Vereinigungen der Unternehmer, in der Bauernschaft und in anderen Verbänden. Und es ist darüber hinaus auch unmittelbar da, aber als solches nicht aktionsfähig außer in Augenblicken überwältigender Entscheidungsnotwendigkeit und Einmütigkeit.

Wenn aber die Regierung auf Grund von Notstandsgesetzen Gewalt gegen gewaltlose Massen, die nur passiven Widerstand leisten, anwendet, so ist Gewalt gegen die Regierung zwar nicht gesetzlich, aber sittlich-politisch berechtigt. Sie wäre zwar ohnmächtig, es sei denn daß Polizei und Soldat, beide aus dem Volke kommend, dem Volk, wenn die Führung wahnsinnig wird, zu Hilfe kommen. Am wenigsten Verlaß wäre auf die Offiziere, die aus traditionellem Korpsgeist und der in jedem Beruf als solchem liegenden Beschränktheit kein Ohr

haben für existentielle Wirklichkeiten, sondern nur für Befehle und wirksame Gewalt.

Wo ein innerer Notstand, wenn man Unruhen und Streiks so nennen will, eintritt, da muß die Regierung sich fragen, was sie falsch gemacht hat. Gewaltakte sind polizeilich solange ohne Schwierigkeit zu beseitigen und zu bestrafen, als keine Armee aus dem Volke sich gebildet hat. Dagegen sind Streiks, Massenaufmärsche, Reden und Schriften, Äußerungen der Empörung die legalen und legitimen Mittel, wenn der Mißbrauch der Macht oder das Versäumen des Minimums von möglicher Gerechtigkeit Zustände bewirken, die auf dem Wege über die Bundestagswahlen vom Volke nicht zu bekämpfen sind.

(4) Man spricht von einem möglichen *Mißbrauch* der vermeintlich an sich guten Notstandsgesetze. Herrschende Mächte könnten den Notstand selber bewirken und dann als solchen erklären, um den Zustand der neuen Staatsstruktur herbeizuführen, der die Grundrechte und damit das Grundgesetz aufhebt. Die Konstruktion dieser Möglichkeit wird zwar den Vorgang, wie er dann konkret sein würde, nicht voraussagen können, wohl aber, so denkt man, könnten genügend Sicherungen gegen den Mißbrauch eingebaut werden. Aber es gibt keine Möglichkeit, einen Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verhüten. Denn in ihrem Prinzip liegt die Ausschließung der Kontrolle. Das Prinzip der totalen Gewalt kommt am Ende hinter allen Einschränkungen und Klauseln doch wieder zum Vorschein. Ohne dieses Prinzip sind diktatorische Vollmachten nicht möglich.

Die deutsche Bevölkerung, so darf man nach den Erfahrungen erwarten, wird immer, wenn etwas von Regierungsseite in legalen Formen getan wird, auch dann, wenn diese Legalität die Legalität selber aufhebt (das Ermächtigungsgesetz 1933 ist das größte Beispiel), es sich gefallen lassen, solange sie nicht merkt, was geschieht. Bei Mißbrauch der Notstandsgesetze ist zunächst kein Widerstand zu erwarten. Der Terror der gegebenen Vollmachten ist übermächtig.

Der Mißbrauch aber ist sogar mit Sicherheit zu erwarten, falls Politiker eine Rolle spielen, die sittlich-politisch nicht zuverlässige freie Demokraten sind, wie heute leider viele. Erst recht ist die Gefahr groß, wenn Politiker an der Macht sind, die die Wahrhaftigkeit nicht für notwendig halten, Illegalität leicht nehmen, intrigierende Manipulationen für Politik halten, treulos und ungläubwürdig sind, daher kein Vertrauen verdienen. Wird ein Notstandsgesetz gegeben, so muß

mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß solche Politiker an entscheidenden Stellen sein können. Dann fügt man sich, wehrt sich nicht mehr. Die Angst, wenn das Gewaltsame im Gange ist, läßt den Einzelnen, Isolierten nicht vergeblich und selbstmörderisch sich aussetzen. Alle tun, was man tut, oder schweigen. Das haben wir 1933 erlebt in unserer Umwelt und an uns selber. Ist der Augenblick da, so ist es zu spät.

Daß der Mißbrauch nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, darüber belehren uns Ereignisse unserer jüngsten Geschichte. Wenn Leute wie Strauß, Adenauer, Hopf bei der Spiegelaffäre imstande waren, bei den verfolgenden Beamten eine Panik zu erzeugen, als ob der Staat in Gefahr sei, wenn der Justizminister nicht eingeweiht wurde, wenn damals Dinge geschahen »etwas außerhalb der Legalität«, dann muß man fragen: Hätten denn diese Leute damals nicht, wenn es das Gesetz gegeben hätte, den Notstand erklären können und dann getan, was sie wollten? Nie darf das Bundesvolk jene Ereignisse vergessen. Die Bundesrepublik erfuhr einen Knacks, der noch nicht wieder behoben ist, erhielt eine Wunde, die noch nicht vernarbt ist. Bei allen Beratungen des Notstandsgesetzes müssen diese Realitäten gegenwärtig sein. Die Verhinderung des Mißbrauchs verlangt den Verzicht auf Notstandsgesetze.

Man hat auf die großartige Erscheinung des gewählten Diktators auf Zeit in der Römischen Republik verwiesen. Dieser Diktator war segensreich in Notzeiten der Kriege. Die politische Kraft der frühen römischen Staatsmänner - der Senat eine »Versammlung von Königen« - war so groß, daß der Diktator damals nicht gefährlich wurde. Später, bei Sinken der Uneigennützigkeit der patriotischen römischen Staatsmänner, wurde die Form der Diktatur der Weg, auf dem zuerst die Bürgerkriege, dann die militärisch fundierte Monarchie des Römischen Imperiums entstand und die politische Freiheit verloren ging.

(5) Unsere Staatsstruktur beruht auf der Angst vor dem Volk, dem Mißtrauen gegen das Volk. Das Mißtrauen, zu dem umgekehrt vorläufig noch das Volk gegenüber Parteien, Regierung und Politikern verpflichtet wäre, gibt sich nicht genügend und nicht wirksam kund. Wieder scheint der Untertanengeist zu siegen als Vertrauen, die Regierung werde es schon gut machen. Das ist Verantwortung und Schuld jedes Einzelnen im Volk. Das war vor 1914 und 1933 der Grund unseres Unheils.



Es ist ein verborgener Gegensatz, der, weil er sich nicht ausspricht, wie nicht existent scheint. Das Volk, dem mißtraut wird, hat seinerseits nur gelegentlich ein unwirksames Mißtrauen gegen die Parteienoligarchie. Aber es reagiert nicht grundsätzlich und mit dem Willen zur Kontrolle. Der Untertan ist der Obrigkeit verfallen, aber schimpft. Beide Seiten des Mißtrauens gestehen sich durchweg nicht ein, was sie denken. Sie behaupten, wenn befragt, das Gegenteil. Sie fordern das Vertrauen als das Selbstverständliche, Anständige, Moralische.

Wieviel Vertrauen kann man einem Staat und den ihn vertretenden Männern schenken, solange Handlungen stattfinden, die das schärfste Mißtrauen erzeugen, wenn auch erstaunlich schnell vergessen werden!

(6) Das Notstandsgesetz würde zum Instrument der Militärdiktatur. Heute geht auf der Erde die Tendenz zur Militärdiktatur überall dort, wo weder die Völker die Fähigkeit zur Freiheit der Demokratie besitzen, noch die Macht totaler Herrschaft ist. Es gibt nicht den reinen Typus der Militärdiktatur. Gemeinsam ist nur die Gründung des Machterwerbs und der Machterhaltung nach innen auf die Armee.

So auch de Gaulle zu Beginn. Durch die Armee in Algier kam er zur Macht, gab ihr falsche Versprechen. Voraussetzung war die Widerstandslosigkeit der parlamentarischen Demokratie und ihrer Parteipolitiker in ihrem Zustand der Verwahrlosung, korrumpiert, sinnlos zersplittert, bei aller Intelligenz der Einzelnen politisch beschränkt. Die wenigen Einzelnen, die durch Einsicht imponieren, unterliegen im entscheidenden Augenblick der Macht der Interessen der Parteipolitiker, den engen Gesichtspunkten, denen diese Geltung verschaffen wollen, den Zufällen. Nachdem aber de Gaulle die Macht legalisiert hatte und als er dann, seine Versprechungen brechend, in Algier das Vernünftige gegen die Armee tat und diese ihm zum Todfeind wurde, hat sie doch nichts mehr tun können, außer daß sie in jener berühmten Nacht de Gaulle Angst einjagte durch die Erwartung ihrer Flugzeuglandung bei Paris, um die Hauptstadt zu besetzen, de Gaulle abzusetzen und selber die Macht zu ergreifen, - als damals er und Debré die unvergeßlichen Reden in der Not hielten. Durch Herkunft ist sein Regime eine legalisierte Militärdiktatur, die sich nun ohne Rückgriff auf Militärmacht eine Weile zu halten vermag, zumal de Gaulle die Humanität nicht verletzt, die Freiheit des öffentlichen Geistes

nicht aufhebt, selber durch hohe Bildung, Würde des Auftretens, glanzvolle Rede anzieht als Verkörperung eines großen Franzosen.

Als der politischen Freiheit verpflichtete Republikaner (im Kantischen Sinn) verwerfen wir auch Militärdiktaturen wie die von Franco und Salazar. Diese sind allerdings grundsätzlich verschieden von den totalitären Diktaturen. Sie erheben keinen Herrschaftsanspruch über ihre Grenzen hinaus, weder militärisch noch ideologisch. Die Totalitären (ob Kommunisten oder Nationalsozialisten) erheben den Anspruch, daß ihre Lebensform dem Menschsein entspricht, drängen zu Welteroberung und wollen diese Lebensform allen aufzwingen. Die Menschen, die ihr nicht entsprechen, sind nichts wert und müssen ausgerottet werden.

Wieder anders die Militärdiktaturen in Asien, Südamerika, Afrika. Völker, die noch nie erfahren haben und nicht wissen, was politische Freiheit ist, und die sie darum gar nicht begehren, können mit ihr, wenn man sie ihnen mit der Aufoktroierung zu geben meint, nichts anfangen. Daher finden sie ihre Ordnungsform in der Militärdiktatur, für deren Entstehung und Ausgestaltung die Gründe außerordentlich verschieden sind.

Es ist fast ein Wunder, wenn es anders sein kann. Denn Gewalt ist überall für das Bestehen der Staaten in irgendeinem Punkt unerläßlich. Daß diese Gewalt auf ein Minimum reduziert und in rechtlich gelenkten Formen gebändigt wird, das ist das Wunder, ist die Ausnahme, die der Kraft des politischen Freiheitswillens eines Volkes verdankt wird. Wo die politische Freiheit der Menschen, die immer auch die Freiheit der vielen Einzelnen ist, versagt, entwickelt sich aus der Demokratie erst die Herrschaftsform verringerter Freiheit, dann die Aufhebung der Freiheit. Die Freiheit aber muß durch Erziehung, Überlieferung, Übung und Wagnis stets neu erworben werden.

In der Bundesrepublik würde die Militärdiktatur wieder eine andere, besondere Form annehmen. Sie würde vermutlich nicht als direkte Militärdiktatur in Erscheinung treten. Sie würde wahrscheinlich die endgültige Sicherung der Parteienoligarchie bedeuten, die tatsächlich auf das Militär sich stützen könnte, ihm alle Wünsche erfüllen würde. Die Parteienoligarchie würde sich der straffen Regierung durch gewählte Amtspersonen unterwerfen, eine militärische Lebensform aller fördern unter Aufrechterhaltung des Rechtsstaates für die Mehrheit der privaten Dinge, nicht aber für politische Aktionen und nicht für die Freiheit des Geistes.

(7) Die Notstandsgesetzgebung kann *nicht als Ergänzung des Grundgesetzes* bezeichnet werden. Sie bedeutet vielmehr die Legalisierung der Aufhebung der im Grundgesetz fixierten Grundrechte. Daher ist ihr Beschluß eine Verfassungsänderung, die nur mit Zweidrittelmehrheit erreichbar ist. Diese Mehrheit würde zwar nicht in Analogie zum Ermächtigungsgesetz von 1933 einen Beschluß fassen, der sie selber zugleich vernichtet, also politischen Selbstmord bedeutet, aber er würde das Gesetz schaffen, das in irgendeinem Augenblick diese Folgen hat.

(8) Brenner, der Vorsitzende einer großen Gewerkschaft, hat sich mit Entschiedenheit gegen alle Notstandsgesetze ausgesprochen. Man sagt, die SPD sei bei ihrer schon weitgehenden Bereitschaft, den mit Sicherungen gegen Mißbrauch versehenen Notgesetzen zuzustimmen, durch die gewerkschaftliche Haltung zurückgeschreckt. Brenners Äußerungen im Spiegel-Interview (1965 No. 24) sind interessant. Er berichtet: Als Schröder Innenminister war, antwortete er auf die Frage: Warum eigentlich braucht man ein Notstandsgesetz? »Wenn der Brenner solche Reden hält . . .« (Brenner hatte davon gesprochen, daß die Klassengesellschaft noch fortbesteht und daß eine immer stärkere Verfilzung wirtschaftlicher Machtgruppen mit dem Staatsapparat festzustellen sei). Paulssen, ein Vertreter der Unternehmer, antwortete auf die Frage (1962), warum denn die Unternehmer immer so nachgiebig wären gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen: »Das müssen wir eben, solange es kein Notstandsgesetz gibt. Da sind wir denen wehrlos ausgeliefert bei dieser Situation auf dem Arbeitsmarkt.«

Dann aber sagte Brenner: »Wenn man eine konsequente Politik treibt, die auf den Frieden ausgerichtet ist - wie z. B. Kennedy -, dann braucht man nicht die Menschen in einer dauernden Angst vor einer möglichen Aggression zu halten.« Welcher Irrtum! Vielmehr muß die Sorge, die nicht nur Angst zu sein braucht, sondern in aller Angst noch tiefer dringt zum Bewußtsein des Schicksals der Menschheit, heute Politik und Leben begründen. Die Angst kann mißbraucht werden zur Notstandsgesetzgebung, die gar keine oder falsche Sicherung bringt. Die Angst ist notwendig, um zur rechten Friedenspolitik zu kommen. Die Ausschaltung der Angst steigert die Gedankenlosigkeit und verhindert den Weg der großen, auf den Frieden gerichteten Politik. Wie Regierungs- und Wirtschaftsmächte die Angst mißbrauchen, um die Freiheit zu nehmen, so mißbraucht Brenner den Willen zum Daseinsgenuß im leeren Konsumieren und Produzieren, um Macht durch die

dumm gemachten Massen zu gewinnen. Er erniedrigt die Auffassung des Menschen von sich selbst. Er befördert die Verlogenheit gegenüber der faktischen Gewaltsamkeit in der Welt. Die Angst zu steigern durch wahrhaftiges Sehen der Realitäten, ist unerlässlich, um die Wege zum Frieden zu finden und bereit zu werden zu den Opfern, die auf diesem Weg gefordert werden. Zu ihnen gehört auch das Opfer des Machtwillens, der in der Gewerkschaftsführung nicht weniger grauenvoll begegnet als in der Staat- und Wirtschaftsführung. Macht hat Legitimität nur im Dienst der Vernunft. Allein von hier bezieht sie ihren Sinn, an sich ist sie böse.

(9) Das Bewußtsein, auf eine Katastrophe zuzugehen, ist heute der dunkle Hintergrund des Lebensgefühls. Was wird kommen? »Es muß anders werden«, um die Katastrophe zu verhindern. Man kann *den Zustand mit dem der zwanziger Jahre vor der Machtergreifung Hitlers vergleichen*.

Damals, als die Dinge trotz Reparationen eine Weile gut liefen, bereitete sich durch ein Gemenge von Ideologien bei Unzufriedenen und Deklassierten schon vor, was dann bei der wachsenden Arbeitslosigkeit zur Machtergreifung Hitlers führte. Die Ideologien waren ein Gemenge höchst heterogener Art. Sie wurden von Schriftstellern in metaphysischem Gerede gesteigert, ergriffen emotional, nicht einsichtig, bedeuteten so etwas wie einen Glauben in der Konfusion der Vernunftwidrigkeit. Es fehlte eine die Bürger der Weimarer Republik verbindende Denkungsart, die Widerstand zu leisten vermocht hätte. Trotzdem war damals der Zustand so wenig hoffnungslos wie heute.

Aber die Unterschiede sind groß: Damals Not und Arbeitslosigkeit, heute Wohlfahrt. Damals Wachsen eines Staates im Staate durch die Parteiorganisationen und bewaffnete Banden, heute das Fehlen beider. Damals eine verwirrende Unruhe mit ständigem Wechsel der ohnmächtigen Regierungen, heute eine Stabilität der Regierung (trotz allem Lärm des Parteienkampfes), die eine politische Kirchhofsruhe bedeutet (sogar bei einer möglichen »Verfassungskrise«, wie man die Situation dann etwas pompös nennt). Damals geschah der Umsturz zugunsten einer einzigen organisierten, totalitären Partei, eines einzigen Führers, jetzt würde er zugunsten der Diktatur einer Parteienoligarchie stattfinden. Damals wurde eine große Zahl der bisherigen Politiker ausgeschaltet, jetzt würde eine Sicherung der Positionen der bisherigen Parteienvertreter die Folge sein.

unterirdische Bauten die Möglichkeit des Überlebens haben, um dann neu zu gründen?

Während der Krieg etwas völlig anderes geworden ist, bewegen sich die Sicherungsmaßnahmen durch Notstandsgesetze in vergangenen Vorstellungen militärischen Denkens. Diese Realitäten von früher sind heute nicht mehr.

Wir dürfen uns nicht täuschen über das Ausmaß der totalen Zerstörung, zuerst der Zivilbevölkerung, ohne jede Proportion zu allem, was früher war.

Es gibt zwei Grundgesinnungen in der Politik: Entweder die Politik aus Verachtung des Volkes und aus der Angst vor dem Volk, oder die Politik, die im Ernst, und nicht nur in dem Gerede der öffentlichen Repräsentation, das Volk miteinbezieht, selber aus dem Volke und für das Volk denkt.

Anders gesagt: Die Politik, die Freiheit gar nicht will, ihr mißtraut, dem Menschen als Menschen mißtraut und darum diesen Menschen unter andere Menschen - aber doch immer Menschen - stellt, die vermeintlich zum Herrschen berufen sind und zwar als von Gott Beauftragte oder als von der großen Notwendigkeit der Geschichte Wissende als Avantgarde der Zukunft, - oder die Politik, die die Freiheit aller will und jede Handlung, jede Maßnahme, jedes Gesetz unter die Bedingung stellt, die Freiheit zu fördern.

Für den Machtwillen werden die sehr komplizierten Institutionen, Befugnisse, Zuständigkeiten, die alle gegen die möglichen Mißbräuche vorbeugen sollen, zu einer Fessel. Daher spürt man neben dem maßlosen Sicherheitswillen in den Entwürfen manchmal eine Lust bei dem Drängen zu den Notstandsgesetzen. Die Kompliziertheit der Rechte, sogar die Menschenrechte (Grundrechte) mit einem Schlage über den Haufen werfen zu können, das würde für einen unbeschränkten Willen alle Mittel der Vergewaltigung zur Verfügung stellen, einen Willen, der Befehlenden und Gehorchenden gemeinsam gefällt.

Die anderen aber meinen, durch Notstandsgesetze würde mit dem Staat ihre Freiheit gesichert, die Ahnungslosen! Es ist eine für unser politisches Dasein gefährliche Dialektik, die aus der Sicherung der Freiheit zur Aufhebung der Freiheit führt. Die Bevölkerung merkt es zunächst nicht. Es geht ja alles »legal« zu, wie 1933. Es wird beschlossen durch die demokratische Institution.

Der Ausnahmezustand wird zum Mittel, den Ausnahmezustand (Ausnahme gemessen an der Normalität von Freiheit und Demokra-

tie) zum Dauerzustand der Herrschaft zu machen, auch wenn die Entwürfe von faktischer, begrenzter Zeit reden.

Da alle Parteien und Regierungen durch Menschen wirken, und da die Macht als solche den Menschen verdirbt, ist die Einschränkung der Macht notwendig. Die Macht drängt nach mehr Macht, nach absoluter Macht. Sie trübt das Urteil. Sie wird böse, wenn sie nicht im Dienst der Idee steht, die ihr Gehalt gibt, von der sie ihren Sinn zu Lehen trägt.

Daher ist jede Sicherung, die die Macht absolut werden läßt, nicht mehr Sicherung, sondern Zerstörung gerade dessen, was gesichert werden soll.

Wir sehen den möglichen Weg: Von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat; vom autoritären Staat zum Diktaturstaat; vom Diktaturstaat zum Krieg. Aber keineswegs meinen wir ihn vorauszu sehen. Vielmehr soll der Entwurf seiner Möglichkeit die Denkenden veranlassen, alles zu tun, damit die Dinge nicht auf diesen Weg gelangen.

Wohin es geht, das kann in konkreter Anschauung niemand wissen. Die Möglichkeiten im Besonderen sind unendlich, die Wandlungen der Weltlage sind unabsehbar, die Motive anderer Staatsmächte, die unser Dasein betreffen, nicht vorauszu sehen.

Daß mächtige Tendenzen heute in den Parteien auf einen Punkt tendieren, an dem unsere Freiheit verloren geht, das halte ich für ebenso gewiß, wie es gewiß ist, daß es nicht dahin kommen muß. Wenn wir die Tendenzen rechtzeitig erblicken und sie in Klarheit nicht wollen, dann können wir sie abwehren.

Es ist fast unbegreiflich, daß die Mehrzahl der Politiker und die Bevölkerung nicht merken, was da geschieht, und nicht einmal die meisten derjenigen, die selber daran mitwirken (wie vor 1933).

Daß die Alliierten, die wirklichen Demokratien, ihre Rechte zum Eingriff im Falle des Notstandes aufgeben wollen, ist nur zu begreifen, weil sie grundsätzlich zum deutschen Volk der Bundesrepublik und zu dessen Politikern das Vertrauen haben, daß diese sich selbst helfen können, wie sie zu so vielen Völkern dieses unbegründete Vertrauen haben. Sie haben 1933 vergessen, wenn auch nicht die späteren Verbrechen des NS-Staats.

Dies Grundgesetz wurde vom Volk, das es nicht kannte und nicht begreifen konnte, weder diskutiert noch beschlossen, sondern nur durch das Parlament bestätigt.

(2) 1945 standen wir vor *der sittlich-politischen Aufgabe*, einen neuen Staat zu gründen. Diese Aufgabe ist *bis heute nicht erfüllt*. Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar durch Deutsche, aber im Auftrag der Alliierten, errichtet. Einige Deutsche wurden von ihnen, nicht durch das deutsche Volk, ermächtigt. Denn eine Abstimmung von Unwissenden in einem politisch dunklen Raum ist keine Ermächtigung.

Die Aufgabe von 1945 besteht fort. Sie ist nur innerhalb der institutionellen Formen zu erfüllen, durch die gegenwärtig unser Staat Bestand hat. Die Aufgabe ist schwerer als 1945 infolge des Gewichts der inzwischen konsolidierten institutionellen Realitäten, in denen Wege beschritten werden, die für unsere innere politische Verfassung und unser künftiges weltpolitisches Schicksal verhängnisvoll werden können.

Die Wiederherstellung der materiellen Voraussetzungen des Lebens war viel leichter zu gewinnen als die Freiheit des Denkens und des politischen Willens.

(3) Als das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat diskutiert, geschrieben und beschlossen wurde, waren die Männer, die das große Verdienst für dieses Werk haben, in einer ganz anderen inneren Verfassung und Stimmung als die heute regierenden Politiker.

Deutschland war ohnmächtig. Es war in großer Not. Das Wirtschaftswunder war noch nicht da und wurde von niemandem erwartet. Aufrüstung kam nicht in Frage. »Nie wieder« hieß es nicht nur in der Forderung der Alliierten, sondern auch im Planen der Deutschen. Militärischer Wille und Machtwille waren erloschen. Entschieden war aber der Wille, sich in die politische Freiheit des Westens durch die eigene republikanische Regierungsweise (republikanisch im Sinne Kants) in sittlich-politisch reiner Weise einzugliedern.

Es ist heute unser Glück, daß wir dies Grundgesetz besitzen (trotz der Mängel, die aus dem Mißtrauen gegen das Volk zu weitgehender Ausschaltung des Volkes geführt haben). Denn hier sind die unantastbaren Grundrechte klar formuliert. Hier sind die Bedingungen gegeben, unter denen wir die Chancen zur Entwicklung unserer Freiheit haben. Hier liegt der Fels, auf dem allein der freie Staat der

Bundesrepublik steht, solange der Fels hält. Das Grundgesetz muß eingeprägt werden in die Herzen der Staatsbürger. Die Politiker dürfen es nie vergessen. Den Regierenden und den Beamten muß es jeden Augenblick gegenwärtig sein. Wir haben keinen anderen festen Punkt in unserem Staatswesen. Das Rütteln an den Grundrechten läßt uns in die Anarchie der Niedrigkeiten fallen, aus der Gewalt und Diktatur der Ausweg sind.

Der gegenwärtige unheilträchtige Zustand wird gefördert dadurch, daß man die Grundrechte nicht immer ernst nimmt. Das Grundgesetz ist im Volke so gut wie nicht bekannt. Es fehlt das Bewußtsein, die Verletzung des Grundgesetzes sei das größte politische Verbrechen, weil es unser staatspolitisches Dasein in Frage stellt. Es ist das Verderben der Freiheit, wenn die Grundrechte beiseite geschoben werden. Es bedarf, wo es erlaubt ist, dies Gesetz zu ändern oder zu ergänzen, der größten Behutsamkeit, öffentlicher Diskussionen, der Teilnahme des Volkes, bevor eine Zweidrittelmehrheit entscheidet.

(4) In das *Fundament* unseres gegenwärtigen politischen Lebens sind *Unwahrheiten* dann eingeschlossen, wenn die faktische Herkunft unseres Staates, unsere noch unerfüllte Aufgabe und das Grundgesetz vergessen werden. Die Unwahrhaftigkeit aufzuhellen, ist Voraussetzung jeder gedeihlichen Entwicklung. Jetzt geht ein Zug von Verlogenheit durch unser politisches und damit auch persönliches Leben.

Die Lügen in ihrem Grunde sind das Gift der Staaten.

Bei uns aber gehen die Lügen viel tiefer, begegnen uns sozusagen auf Schritt und Tritt. Man kann sie vielleicht alle um die eine gruppieren: Die Deutschen waren eigentlich nie Nationalsozialisten. Sie sind einem bösen Verbrecher durch ein unbegreifliches Verhängnis in die Hände gefallen. Ihre Denkungsart mag durch den Terror, wie es menschlich ist, hier und da getrübt worden sein. Aber im Grunde waren sie immer anständig, wahrheitsliebend und friedfertig geblieben, waren es vorher und sind es heute.

(5) Man hat von einem *Vakuum* unseres politischen Bewußtseins gesprochen. Wir haben in der Tat noch kein in den Herzen gegründetes politisches Ziel, kein Bewußtsein, auf einem selbstgeschaffenen Grunde zu stehen, keine Beschwingtheit durch den Willen zur Freiheit. Wir haben nicht einmal das Bewußtsein von dem Felsen des Grundgesetzes, ohne das alles anarchisch oder diktatorisch würde. Die Bevölkerung

läßt sich eine Verletzung der Grundrechte, deren Sinn als Bedingung unserer Menschenwürde und Bürgerehre sie nicht begriffen hat, gefallen. Unser Volk ist noch nicht demokratisch gesinnt. Wir haben eine parlamentarische Regierungsform, die man Demokratie nennt, die sich jedoch so eingespielt hat, daß sie das demokratische Bewußtsein eher verdunkelt als fördert, das Verantwortungsgefühl der Bürger nicht nur nicht anspricht, sondern lähmt. Sie verhindert, »Bürgere« zu werden.

Das Vakuum wird nicht erfüllt durch ein Nationalbewußtsein. Dieses fehlt entweder oder ist künstlich. Dann ist es die Fesselung an die Vergangenheit eines endgültig verlorenen Deutschen Reiches, das man vergeblich wiederherstellen möchte. Es konzentriert sich in der Forderung der Wiedervereinigung. Diese spielt praktisch keine andere Rolle, als den Frieden mit den Oststaaten zu verhindern. Sie erzeugt keine eigene politische, dem Ziel sich nähernde, aufbauende Aktivität. Hier verpuffen Gefühle ins Leere und richten Unheil an.

Das Vakuum zeigt sich in der Ungewißheit und der Unsicherheit des politischen Bewußtseins der Bevölkerung und ebenso der Parlamentarier. Man hat keine Freude an der Regierung und keine am Bundestag. Man fühlt sich in beiden nicht eigentlich vertreten. Sie werden heimlich und von manchen Schriftstellern öffentlich verachtet. Sie werden aber andererseits als Regierungsgewalt im Untertanengeist respektiert wie in der wilhelminischen Zeit. Die Unsicherheit zeigt sich im Wechsel von forciertem Stolz und Mangel an Vertrauen zu sich und seinem Staat.

Vergeblich ist versucht worden, nationale Feiertage zu kreieren, an denen man sich der gemeinsamen Substanz bewußt würde. Das gescheiterte Attentat vom 20. Juli 1944, dessen politischer Sinn vieldeutig blieb, konnte ebenso wenig gefeiert werden wie das Scheitern des Arbeiteraufstandes in Ostberlin am 17. Juni 1953. Auch konnte der Tag der Verkündigung des Grundgesetzes, die fast unmerklich und ohne Widerhall im Bewußtsein eines seine Freiheit konstituierenden Volkes geschah, kein Feiertag werden. Als das vor langen Jahren einmal in den Schulen eines Landes versucht und die Richtlinien für die zu haltenden Ansprachen von dem Ministerium den Direktoren mitgeteilt wurden, kam, wie man mir berichtete, in dieser Rede das Wort Freiheit überhaupt nicht vor. Der Versuch scheiterte an der Unlust der Lehrer und Schüler.

Es gibt für uns noch immer keinen politischen Ursprung und kein

Ideal, kein Herkunftsbewußtsein und kein Zielbewußtsein, kaum eine andere Gegenwärtigkeit als den Willen zum Privaten, zum Wohleben und zur Sicherheit.

Es gibt Wege zur Überwindung des Vakuums: Erstens die Tilgung jeder Lüge im Grunde unserer politischen Bewußtheit; zweitens den Willen zur Freiheit auf dem Grunde der Freiheiten, die in unserer Geschichte vorkamen, aber verdarben; drittens das Ergreifen unserer Aufgabe in der Weltsituation heute.

(6) Die *Schriftsteller* eines Volkes sagen, was ist. Sie können das Denken eines Volkes in Bewegung bringen durch Wahrhaftigkeit. Sie können den Willen zur politischen Freiheit heller und entschiedener werden lassen. Aber sie reden in den Wind, wenn das Volk, die Politiker, die Regierungen sie nicht beachten. Wie ist das in der Bundesrepublik?

Vor fünf Jahren hatte ich über »Freiheit und Wiedervereinigung« geschrieben, nachdem vorher in einem Fernsehgespräch die These ausgesprochen war: Es kommt nicht auf Wiedervereinigung an, sondern darauf, daß die Deutschen im Osten frei werden. Für die Freiheit könnten wir auf Wiedervereinigung verzichten. Da schrieb mir ein Student, der mit einigen Kameraden nach Bonn gefahren war, um sich für Aufsätze, die in ihrer Zeitschrift geplant waren, zu informieren. Sie wurden von drei prominenten Männern der drei Parteien empfangen, deren Namen mir mitgeteilt wurden. Der Student schrieb: Wir mußten bei unseren Fragen immer wieder Bezug nehmen auf Ihre Schrift. Es wird Sie interessieren, daß die drei Politiker, unabhängig voneinander, dasselbe sagten: Über Jaspers' Thesen läßt sich diskutieren. Daß er aber seine privaten Meinungen durch Massenmedien (Fernsehen) verbreitet, ist zu verwerfen, mag das nun von ihm oder vom Fernsehen ausgegangen sein. - Als ich das las, an sich eine Bagatelle, ging mir doch auf, woran ich bisher nicht gedacht hatte. Der Instinkt dieser Politiker, und zwar aller Parteien dieser Parteienoligarchie, wehrt sich gegen den Einfluß des unabhängigen Geistes. Sie wollen die Bearbeitung der im Volke verbreiteten Meinungen allein in ihrer Hand haben. Der unabhängige Geist mag bestehen. Die Presse mit einer Auflage von 100 000 oder 300 000 ist für sie nicht aufregend. Sie erreicht ja doch nur eine relativ kleine Zahl. Bücher sind unwichtig. Denn sie werden doch nicht in irgend bedenklicher Breite bekannt. Aber die Massenmedien! Da beginnt ihre Empfindlichkeit. Da möchten

sie allein reden. Den gegnerischen Parteien zwar räumen sie das Recht ein, aber gemeinsam möchten sie, wenn sie es könnten, allen anderen, den unabhängigen Schriftstellern und Professoren, hier zu sprechen verwehren. Die Massenmedien sollen ihre politische Vorstellung als selbstverständliche einprägen und im übrigen politisch gleichgültige Dinge bringen. Noch haben sie ihr Ziel nicht erreicht. In Radio und Fernsehen sind bedeutende informierende und kritische Kräfte am Werk. Man findet andere Anzeichen derselben Gesinnung.

Im Bundestag konnte von Regierungsseite gegen Hochhuth Stellung genommen werden. Der Kanzler konnte ihn einen Pinscher nennen, allgemein von entarteter Kunst reden, von Banausen und Nichtkönnern unter den deutschen Dichtern, wenn sie politisch werden. Die politischen Schriftsteller werden disqualifiziert als Sachunkundige und Störenfriede. Es besteht also nicht einmal Achtung vor dem freien Geist, geschweige denn Freude an seiner Wirksamkeit. Dieser aber gibt der Öffentlichkeit Leben und bringt dem Staat in der Welt Prestige ein. Vor allem aber kann er für das Ethos und die Einsicht der Bevölkerung bestimmend sein.

Wo die sittlich-politischen Entscheidungen je im einzelnen Menschen fallen, wo die Umkehr gewonnen wird aus Irrtum, Illusion und verkehrten Antrieben, da ist der Geist als dritte Kraft zwischen Regierung und Volk gegenwärtig. Sie könnte auch das Denken in den Parteien mitbestimmen, es aus der Dumpfheit herausheben. Sie ist das Schöpferische und Erfinderische, wenn auch bloß in Gedanken und Vorstellungen. Sie ist die demokratische Öffentlichkeit, in der und mit der die Urteilskraft der Bürger geübt wird. Durch sie gewinnen die Menschen Liberalität und Vernunft zu eigen.

Regierung und Parteien haben bei uns bisher die Tendenz, diesen Geist als dritte Kraft, diesen Ursprung der Helligkeit des Denkens und Fühlens, unwirksam zu machen. Diese Tendenz scheint zu wachsen.

Die deutschen politischen Schriftsteller, soweit sie auf den Wegen vernünftiger Einsicht gehen, halten es für sinnvoll, die Tatsachen aufzudecken, um Wahrheit sich bedingungslos zu bemühen, die Öffentlichkeit ihres Denkens selber für ein Zeichen der Möglichkeit der Freiheit zu halten. Sie erwarten, ohne selber zu handeln, daß sie mitwirken am politischen Denken des Volkes und seiner Parlamentarier.

Im Volk ist noch nicht durchweg die Hellsicht für die wirklichen Gefahren da. Noch wächst nicht ein Wille, den Weg zu ändern. Noch hat die Leidenschaft derer keine Macht, die aus dem Ursprung ihres

Lebens suchen, was ihrem Dasein vor dem Tode Sinn verleiht. Noch ist nicht eine wirksame Tätigkeit der sich in bezug auf die große Aufgabe verbindenden politischen Menschen sichtbar.

Keineswegs sind die Schriftsteller gleicher Art. Es gibt die bloße Empörung, aus der heute zwar manches Richtige gesagt wird, die jedoch einen Zug des literarischen Spiels zu haben scheint, das den Feststellungen ihren Ernst nimmt.

Nur eine Realität möchte ich herausheben. Die Spiegelaffäre als Ereignis und ihre Folgen scheinen mir eine Wende im Gang der Bundesrepublik. Im Kampf gegen den ›Spiegel‹ sollte der unabhängige Geist getroffen werden. Er wurde von Staatsseite mit Mitteln der Illegalität und der Verlogenheit angegriffen mit dem Ziel, ihn zu vernichten. Aber der ›Spiegel‹ überstand den gefährlichsten Schlag, der einem Organ der Presse zugefügt werden konnte. Daß dieser Sieg möglich war, zeugt für die Kräfte des Realitätssinns und der Freiheit in der Bundesrepublik, die noch da sind, wenn es zu toll wird, und für die Rechtsstaatlichkeit.

Die Folgen waren: Erstens wurde etwas für die Freiheit des Geistes Gefährliches im großen offenbar. Von fast der gesamten Presse, wenn auch manchmal erst zögernd, wurde es erkannt und der Öffentlichkeit gezeigt. Es gab etwas wie eine Volksempörung gegen Unrecht, wie sie bei uns selten ist.

Zweitens offenbarten sich fragwürdige Typen unter den Politikern. Namen von Rang fielen dahin, aber andere - ein Symptom unseres Zustandes - blieben in ihren Stellungen.

Drittens stürzte, trotz der »Ohnmacht des Geistes«, an der Spiegelaffäre ein Minister. Das ausführende Organ war die FDP, denn nur eine politische Macht kann solchen Sturz bewirken. Aber der ›Spiegel‹ lieferte ihr die Waffen.

Doch nicht nur in der Bundesrepublik wurde etwas anders. Auch der ›Spiegel‹ scheint sich gewandelt zu haben. Er hat nicht nur triumphiert. Der Versuch, ihn auszulöschen, ist gemacht worden, mit dem Erfolg, daß der ›Spiegel‹ nun erst eigentlich zu sich selber kam. Augstein versagte nicht in der ihm von den geistig beschränkten Regierungsmächten aufgezwungenen Situation. Sein Kampf der Abwehr war maßvoll, zuweilen großmütig, aber unbedingt. Er hat triumphiert, ohne übermütig zu werden.

Der ›Spiegel‹ handelt nicht, außer durch Offenlegen von Tatsachen und durch Kritik. Er ist in der bundesdeutschen Welt vielleicht das

erste Blatt, das zum unabhängigen Machtfaktor geworden ist. Er bringt Ereignisse zur Kenntnis, von denen man sonst nichts erfährt. Er zeigt in diszipliniert geführten Gesprächen die Männer der Zeit, was sie denken und wie sie argumentieren. Er läßt in sich selbst die Widersprüche zu, denn er ist in der Bewegung, nicht im Besitz der Wahrheit.

Unangemessen aber wäre es, aus seiner Mitte, etwa in Augstein, einen kommenden handelnden Politiker zu erwarten. Es ist etwas ganz Anderes, aufmerksam zu machen, Kontrolle zu üben und zu verlangen. Es ist daher konsequent, daß der ›Spiegel‹ nicht eigentlich Stellung nimmt. Das habe ich ihm früher vorgeworfen, jetzt sehe ich darin seine Weisheit. Er soll für freie Menschen in einem freien Volk da sein. Sie wollen belehrt, nicht gegängelt sein.

Der ›Spiegel‹ ist zum großen, auch von fremden Geldmitteln und von den Inserierenden unabhängigen kritischen Oppositionsblatt geworden. Er ist da und wird bleiben, so ist zu hoffen, als Macht, solange die Bundesrepublik nicht mit Hilfe des Instruments der Notstandsgesetze eines Tages an die Diktatur und Unfreiheit verfällt. Der ›Spiegel‹ ist ein wesentlicher Faktor der öffentlichen Erziehung zum Tatsachensinn und unabhängigen Urteil.

(7) Der Zustand der Bundesrepublik heute liegt zum Teil an der *Auslese* der politisch führenden Persönlichkeiten. Es sind wahrscheinlich nicht die besten.

Bei der Gründung der Bundesrepublik haben die Unbelasteten, die in ihrer politischen Gesinnung jederzeit Unerschütterten, diese vielleicht 500 000 Deutschen nicht die Führung ergriffen oder nicht ergreifen können.

War es eine unlösbare Aufgabe? Ein Volk, das in der Mehrzahl seiner Glieder, wenn auch in verschiedenem Maß und in verschiedener Weise, schwer belastet ist, soll einen neuen Staat bilden, der den vorhergehenden als einen Verbrecherstaat verneint. Das Volk blieb zunächst dasselbe. Die Menge setzte sich durch. Die Minderheit wurde nicht aktiv und schwieg. Diese Minderheit war in einzelnen Figuren den anderen zunächst willkommen, weil sie den Siegern gegenüber als Vertreter des neuen Deutschland gleichsam zum Schutze der Mehrzahl diente. Die Großmut oder der Opportunismus dieser Unbelasteten kam den Belasteten zu Hilfe mit Duldsamkeit. Diese Unbelasteten selber hatten die Radikalität der notwendigen Umkehr nicht begrif-

fen, trieben gemütliche, bequeme Politik, gewannen ihre hohen Stellungen durch Zustimmung der Belasteten, weil sie mit ihren Forderungen eines wirklich freien Staates nicht eigentlich ernst machten, sondern sich mit dem Rhetorischen begnügten. Sie waren erwünscht, solange bis der neue, in der Gesinnung alte Staat selbständige Macht gewonnen hatte, und immer weniger als ein neuer Staat sich zeigte. Nun wurden sie überflüssig.

Jene schätzungsweise 500 000 aber, die stets ihr klares Urteil bewahrt hatten und unbelastet blieben, wurden in der Folge eher beiseite gedrängt oder mußten dulden, daß ihre Freiheitsidee nicht verwirklicht, sondern stillschweigend bekämpft wurde.

Für den Neubau des Staates aber war es vorläufig entscheidend, welche Menschen in der Breite der führenden Schichten Ämter annahmen und wer die weitere Personalpolitik beeinflusste. Der Tatbestand ist nicht zu leugnen, wenn auch schwer statistisch und in voller Anschaulichkeit zu fassen: Einst prominente Nationalsozialisten wurden wieder wirksam und maßgebend. Sie haben sich nicht begnügt, öffentliche Berufe redlich zu erfüllen. Sie haben vielmehr mit der ihnen eigenen Rücksichtslosigkeit und ihrem unbekümmerten Selbstbewußtsein Ansprüche erhoben und diese ständig gesteigert. Es gab ein unausgesprochenes Zusammenhalten, das sich auch gegen Unbelastete, gegen freie Menschen wandte, deren Dasein als solches ihnen ein Vorwurf war.

Es gibt eine faktische, wenn auch nicht organisatorisch geplante Interessenpolitik aller, die sich belastet und irgendwie möglicherweise angreifbar fühlen, weil irgendetwas in ihrer Vergangenheit ist, das sie wegwünschen.

Ein einzelner, aber besonders wichtiger Fall ist die Bundeswehr. Sie ist aufgebaut und geführt von Offizieren, die in der nationalsozialistischen Armee gedient haben, Hitler gefolgt sind, am Geiste dieser Armee teilnahmen, das Attentat vom 20. Juli verwarfen. Aber man hatte keine anderen Offiziere. Wollte man eine Armee, mußte man sich ihrer als der technisch-sachkundigen Leute bedienen. Analog liegt es bei den Richtern, den Professoren, der Polizei usw.

Dies Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundbrechen der inneren Verfassung der Bundesrepublik. Alle verdammten sie Hitler, alle behaupten, nicht eigentlich Nationalsozialisten gewesen zu sein. Die Amerikaner sagten 1945 spöttisch: In ganz Deutschland ist kein Nationalsozialist zu finden. Wie kleinlaut waren sie 1945!



Sie rechtfertigten sich, sie seien mißbraucht worden. Wie bescheiden und vorsichtig noch 1948! Seitdem wurden sie mit der Macht der Wirtschaft und der neuen Geltung des Staates in der Welt immer selbstbewußter als Mitlenker einer scheinbar wieder aufrückenden Großmacht.

Mit ihnen im Bunde waren die Unklaren, in dieser für die Bundesrepublik wesentlichen Frage nicht eigentlich Entschiedenen. Sie begriffen die Notwendigkeit der Umkehr nicht. Wenn sie davon hörten, hielten sie es für ein irrealistisches Geschwätz. Sie wichen dieser Grundentscheidung aus, die den konkreten Entscheidungen in der Situation des neuen Staatswesens vorhergehen mußte.

Adenauer gab das verhängnisvolle Vorbild, als er, selber unbelastet, durch seine Autorität an Globke festhielt. Daß dieser, obgleich bloßgestellt, doch in dem hohen Amte blieb als für Adenauer brauchbares Werkzeug, das sich durch Tüchtigkeit und völlige Abhängigkeit von ihm empfahl, das ermunterte zu ähnlichem Verhalten.

Aber der neue Staat kann nicht gedeihen, wenn die Beteiligung an höheren Stellen im NS-Staat heute nicht absolut disqualifiziert zur politischen, sittlichen, geistigen Mitwirkung am neuen Staat. Beteiligung am NS-Staat hat stattgefunden z. B. durch Mitwirkung an bestimmten rechtswidrigen Maßnahmen, etwa als Richter oder Staatsanwalt an Todesurteilen, ferner durch schriftstellerische Begründung und Rechtfertigung der NS-Grundsätze, von der Rassentheorie und der Beurteilung der Juden bis zur Interpretation des Satzes: »Der Wille des Führers ist das höchste Gesetz.« Hier handelt es sich zwar nicht um Verbrechen im kriminellen Sinn, sondern um Taten, die den Charakter des Menschen zur Erscheinung brachten in einem Sinne, der ihn von der Prominenz im neuen auf Freiheitsbewußtsein zu gründenden Staate ausschließen mußte. Das institutionelle Verfahren der Denazifikation erwies sich als falsche Methode. Das Verfahren gab den Denazifizierten, wenn sie auch noch so belastet waren, das Papier in die Hand, das sie von jeder weiteren Befragung oder Nachforschung befreite. Das Papier galt als Beweis. Behörden konnten sich bei Einstellungen von Beamten auf dieses Papier berufen und fühlten sich - auch bei besserem Wissen - von der persönlichen Verantwortung entlastet.

In der faktischen Auslese der heute führenden Personen liegt die Herkunft der Widerstände gegen die freie Gestaltung unseres Staates. Die Impulse, die zu ihnen drängen, werden gelähmt. Ein der

fen, und genießt das. Diese Kritik wird Selbstzweck und damit böse. Da in ihr so vieles richtig ist, wird sie zur Verführung, ein verantwortungsloses Leben zu ergreifen und nichts zu sein.

Es kommt auf die bewußte *Grundentscheidung* an. Die Bundesrepublik ist da. Von ihrem Dasein ist auszugehen. Halte ich sie für im Prinzip schon völlig verdorben, ihr Dasein für verkehrt, dann wäre die Konsequenz: Vorbereitung der gewaltsamen Revolution zur Vernichtung dieses Staates. Diese Verneinung ist ernsthaft nur, wenn sie ein Ziel hat, d. h. wenn sie weiß, was sie durch gewaltsame Staatsumwälzung verwirklichen möchte. Ich sehe nichts, was diesen Charakter hätte, und nichts, was in der Bundesrepublik einen gewaltsamen Umsturz überhaupt als möglich erscheinen ließe. Daher ist die Voraussetzung eines sinnvollen politischen Denkens das Ja zur Bundesrepublik mit dem Willen, sie aus sich selber zu wandeln, das heißt die Revolution der Umkehr im inneren Handeln der Staatsbürger, dann im Staat durch die legalen und legitimen Mittel der Demokratie zu verwirklichen. Ich verwerfe nicht den Staat, sondern die Wege, die die Regierung geht.

In einer gewaltsamen Revolution sehe ich nur Unheil, vor allem in der bei uns bisher allein gefährlichen Revolution von oben, wie sie 1933 am Ende der Weimarer Republik geschah, und wie sie durch ein Notstandsgesetz wieder herbeigeführt werden könnte. Die Revolution von unten, die wir nie gehabt haben, ist bei uns ein fiktiver Schreck, mit dem allen denen, die Ruhe und das Bestehende wollen, für ihr Eigentum und ihr Leben fürchten, Angst eingejagt wird. Sie werden gefügig gemacht für die Revolution oder die Gewalt von oben. So ist es bei uns nach den Freiheitskriegen, vor allem aber seit 1848 immer wieder, sogar 1918/1919, geschehen. Aber die Möglichkeit der »legitimen Revolution« von unten ohne Gewalt ist Bedingung der Freiheit des Staats und seiner Bürger: Sie kann geschehen durch politischen Streik, durch Massenproteste, durch Verweigerung der Mehrzahl, die Wahl auszuüben, durch unmittelbare legale Aktionen aus dem Volke.

Die echte Revolution ist die Revolution der Denkungsart, die keine Gewalt will, sondern überzeugt. Sie braucht die Gewalt des bejahen Staats zum Schutz der legalen und legitimen Formen politischer Wandlung, aber nicht die Gewalt für ihren eigenen Sinn. Sie greift nicht den Staat, sondern im Namen des Staats die Regierung an.

## A. Die Institutionen

Institutionen sollen das politische Leben in Bahnen halten, Sicherungen gegen Chaos und Willkür bringen. Um die Politik als lebendiges, verantwortliches Handeln zu erhalten, ist es notwendig, auf tödliche Sicherungen zu verzichten, die Öffentlichkeit maximal zu erweitern, die Geheimnisse der Ämter einzuschränken, sittlich-politische Zensur in der Personalpolitik zu verwirklichen, die aus dem Volke mögliche Spontaneität anzuregen. Einige Vorschläge:

### 1 *Parlament und Parteien, Geheimhaltung, Landesverrat, Kontrollen*

*Erstens:* Abschaffung der 5%-Klausel, des konstruktiven Mißtrauensvotums, der Finanzierung der Parteien aus der Staatskasse.

Der Sinn ist: Durchbrechung der Parteienoligarchie. Eine Gefahr, daß bei Anarchie der Parteien eine Hitlerdiktatur sich wiederholt, besteht nicht. Wohl aber besteht die Gefahr, daß aus der Parteienoligarchie ein autoritärer Staat und aus ihm die Diktatur erwächst. (Diese Gefahr wird erhöht, wenn man die Angst vor der nicht bestehenden andern Gefahr festhält.

*Zweitens:* Einführung der Tradition, daß der Bundeskanzler, dem nach dem Grundgesetz die Wahl seiner Minister zusteht, nach seinem Ermessen auch parteilose hervorragende Persönlichkeiten oder sogar Männer aus der Oppositionspartei zu Ministern ernennen kann.

Der Sinn ist, die besten Männer an die Regierung zu bringen, auch hier die Parteienoligarchie zu durchbrechen.

*Drittens:* Die Voraussetzung für einen freien Staat ist ein Maximum an Öffentlichkeit. Nur sie ermöglicht das Maximum von Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Es darf keine wesentliche und dauernde

selber Partei sind, sondern in freiem Urteil öffentlich ihre politischen Untersuchungen und Beurteilungen mitteilen und auf Anforderung die Regierung, die Parlamentarier, die Parteien beraten. Es gibt in den USA ein »National Committee for an effective Congress« (ich danke Herrn Agree für seine Informationen). Diese organisierte freie Gruppe bedeutender Einzelpersönlichkeiten tritt nicht für eine Partei ein, sondern zeigt bei Wahlen die Qualitäten der einzelnen politischen Persönlichkeiten aus beiden Parteien, setzt sich ein für die Besten, gleichgültig, zu welcher Partei sie gehören. Ihr integres Verhalten hat ihr ein großes Ansehen verschafft und ihr Urteil bei Wahlen zu anerkannter Wirkung gebracht. Erhebliche Geldmittel fließen ihr aus privater Quelle zu dank dem guten Willen für das gemeinsame Beste seitens amerikanischer Bürger. Es entsteht eine Atmosphäre der Zusammenarbeit über die Parteien hinweg. Die Sachlichkeit ist überzeugend. Man versteht sich auf die dafür nötige Sprechweise. Diese wird nicht durch aggressive Impulse und nicht von geistreichen Einfällen auf Kosten von Gegnern bestimmt.

Eine solche Organisation läßt sich nicht ohne weiteres in gleicher Form in der Bundesrepublik machen (schon weil Verfassung, Parteien, Wahltechnik anders sind als in den USA). Die große Schwierigkeit in der Bundesrepublik ist, daß zu solchen, von keinem anderen verborgenen Interesse als allein von dem für das allgemeine Wohl (für die Politik freier Menschen) gelenkten, Organisationen eine sehr geringe Neigung besteht. Sie erscheinen als unreal. Man glaubt nicht an ihre Wirkungsmöglichkeit, begegnet ihnen vielmehr mit Mißtrauen.

Wenn es solche Gruppen bei uns gibt, wie die, die sich auf die Lehren von Artur Mahraun (Nachbarschaftsbewegung) gründen und ihr verdienstvolles Organ in »Ruf und Echo« haben, so meint man in ihrer Unabhängigkeit doch auch den Ton einer bestimmten Weltanschauung zu hören. Ich möchte sie nicht gering achten. Sie überzeugen durch Redlichkeit, guten Willen, Freiheit von materiellen Interessen. Es ist gut, daß sie da sind. Und doch scheinen sie mir im Ganzen befangen durch Doktrinen, so daß sie die in den USA mögliche Freiheit noch nicht erreichen. Sie bezeugen, daß in der Bundesrepublik solche Initiative möglich, aber auch, wie groß unsere Neigung zu grundsätzlichen Anschauungen ausschließenden Charakters ist, wie stark die Freude an Heilsprogrammen, wie gering der Sinn für die Persönlichkeit ist. Wir können uns darin ändern. Das liegt in der Erziehung des ganzen Volkes.

## V. Die Bundeswehr

Die Bundeswehr ist das größte, mächtigste, geschlossenste Instrument der Bundesrepublik. Infolge der allgemeinen Wehrpflicht begegnet der Bürger in ihr dem Staate mehr als ihm irgendwo sonst fühlbar ist. Er muß Opfer bringen, die anders einschneiden als bloßes Steuerzahlen.

Die Bundeswehr ist unerlässlich. Sie ist notwendig für das Bündnis mit Amerika, das uns schützt, wenn wir selbst an diesem Schutze teilnehmen. Adenauers Entscheidung - entgegen allem, was er vorher gesagt hatte - für Wiederaufrüstung und dadurch für das Zugeständnis einer relativ großen Souveränität, hielt ich und halte ich heute für unumgänglich, wenn auch hart. Der Gedanke einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands ohne deutsche Armee war eine Illusion. Wer wünschte sich nicht einen solchen paradisischen Zustand der Ruhe und des Wohlergehens in der Sicherheit eines garantierten Friedens. Dieser Zustand hätte vielleicht eine kurze Weile bestehen können, aber faktisch in größter Unsicherheit. Wenn die anderen Mächte in Krieg miteinander geraten, wären wir ihrem Zugriff wehrlos preisgegeben. Die Bundeswehr muß sein, weil auch Neutralität nur dann möglich ist, wenn sie gegen gewaltsamen Angriff mit Gewalt verteidigt werden kann.

Was die Bundeswehr sei und sein sollte, ist vielleicht die wichtigste, weil folgenreichste Frage in der Bundesrepublik. Es kann keine Rede davon sein, daß sie gelöst wäre, aber auch nicht, daß heute eine Lösung überzeugend zu entwerfen wäre. Vorläufig können nur die Probleme rückhaltlos aufgeworfen und erörtert werden. Man darf sie nicht beiseite schieben, nicht durch Scheinlösungen aus einer unreal gewordenen Tradition verdecken. Man darf sich nicht zufrieden geben mit einer bloßen Praxis der Bundeswehr, die unklar in ihrer Aufgabe und ihren Zielsetzungen ist, und die keinen Geist entwickelt, der ihr Sinn und Zusammenhalt gibt.

lich ihr Ziel gar nicht erreichen, weil Rußland Abwehrmittel hat; gewiß aber würde innerhalb weniger Stunden Frankreich eine leblose Wüste sein. USA und Rußland sind auf einer Höhe, der gegenüber alle anderen immer tiefer abfallen. Diese können mit ihren Mitteln nicht nachkommen. Jetzt stehen die beiden im Weltraum allein in Konkurrenz. Niemand kann ihnen bisher dahin folgen. Vielleicht wird aber dort ein Weltkrieg entschieden, wenn auch heute alle erklären, den Weltraum nicht zu militärischen Zwecken zu benutzen.

Der Abstand der beiden Großmächte, die es sich wegen ihrer Macht und der wirtschaftlichen Kraft ihres technischen Vorrusses leisten können, von allen übrigen ist nicht nur heute sehr groß, sondern wird immer größer. Nur die beiden Großen stehen in Konkurrenz zu einander und schreiten, miteinander wetteifernd, voran. Diesen Wettlauf mitmachen zu wollen, ist für andere nicht möglich. Wenn es zum Krieg kommt, sind sie doch verloren, soweit nicht eine der Großmächte sie schützen kann unter Mitwirkung der eigenen kleinen Militärmacht.

(c) Die Großmächte denken in unbeschränkten Räumen. Denn ihre Kriegstechnik wirkt über den Erdball hin. Die Strategie wird zur Weltstrategie. Und die weltstrategische Lage ändert sich ständig. Vor allem dann, wenn China als Atommacht in Frage kommt, wird die Situation wieder neue strategische Möglichkeiten entstehen lassen. Aber schon vorher, solange nur die zwei Großmächte planen und alle Möglichkeiten durchdenken, bleibt infolge der Wandlung der Waffen wenig gleich.

Alle Anderen, die Kleinen, werden in dieser Weltstrategie mitbedacht als abhängige Figuren in dem großen Spiel. Welchen Anteil sie nehmen, oder wie weit einzelne vorläufig außerhalb bleiben, das wird von den Großmächten bestimmt.

(d) Ein Weltkrieg droht zur Zeit jedenfalls nicht unmittelbar. Der Weltkrieg bräche heute nur dann aus, wenn USA und Rußland gegen einander Krieg führen würden. Das ist möglich, wird aber immer unwahrscheinlicher. Das »Gleichgewicht des Schreckens« hat so ungeheure Maße angenommen, daß beide Mächte wissen, der Krieg sei für sie Selbstmord. Das höchst Erstaunliche ist geschehen, daß dieser Krieg durch die Entwicklung der Waffentechnik fast unmöglich geworden zu sein scheint. Wäre keine Atombombe, hätten wir wahrscheinlich heute schon wieder den europäischen Krieg. Dieser Zustand erzeugt ein stillschweigendes Abkommen der beiden Groß-

mächte, die im Frieden zugleich, wenigstens vorläufig, Todfeinde zu sein scheinen.

Anders die *lokalen Kriege*. Sie sind nicht nur möglich, sondern ständig wirklich. Sie werden entsetzlich, grausamer als je, aber ohne Atombomben geführt.

Für die Bundeswehr ist die Frage entscheidend wichtig: Ist ein lokaler europäischer Krieg möglich, oder würde ein europäischer Krieg (ein Angriff Rußlands auf den Westen, ein Angriff der Bundesrepublik gegen Osten, um die alten deutschen Grenzen zurückzugewinnen) sofort Weltkrieg bedeuten? Muß die Bundeswehr auf einen lokalen europäischen Krieg vorbereitet sein, oder nur auf den Weltkrieg oder auf beides?

Welche Rolle kann die Bundeswehr in einem Weltkrieg spielen? Jedenfalls nicht die der aktiven Teilnahme an der Weltstrategie, zu der ihr alle Voraussetzungen fehlen, sondern nur im Rahmen der von den USA und Rußland bestimmten Strategie, in die sie irgendwie von diesen Großmächten, nicht durch eigene Planung einbezogen wird.

Was im Pentagon in fast endlosen Möglichkeiten und in bezug auf den ständigen Wandel der Situation durchdacht und abgewogen wird, und was dort immer von neuem ansetzen muß, daran hat die Bundeswehr vermutlich keinen wesentlichen Anteil.

Die Bundeswehr muß sich Fragen stellen: Was ist überflüssig, unnütz, vergeblich? - Was wird versäumt? - Wer sich als Laie aus Berichten informiert, kommt zu keinem Bild, außer dem, daß er die einfachen Grundtatsachen sieht. Er erfährt nicht, welche Konzeptionen für die Bundeswehr maßgebend sind, und ob sie dort überhaupt einheitlich entwickelt werden. Wird dort realistisch und sinnvoll gedacht? im Wissen von der eigenen Lage in Welthorizonten? Man muß es vermuten, aber weiß es nicht. Der Bundesbürger hat auch nicht den Schatten einer Vorstellung. Alles ist Geheimnis, auch das, was nicht Geheimnis zu sein brauchte.

(e) Zur neuen Situation gehört eine Forderung, die in dieser Form in der gesamten menschlichen Geschichte noch nie dagewesen ist. Der Krieg galt früher als unausweichlich, der ewige Friede als eine Idee, deren Verwirklichung die gequälten Völker sehnsüchtig herbeiwünschten, die aber in einer unendlich fernen Zukunft lag. Heute ist der Krieg als Weltkrieg der Bombenmächte von einer Art, daß alle Denkenden überzeugt sind: *Im Atomzeitalter darf der Krieg nicht mehr als unausweichlich gelten.*

Früher hieß es: Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor (si vis pacem para bellum). Das war nicht nur unehrlich. Heute aber ist der Gedanke ehrlich, doch fast nicht zu verwirklichen: Rüste mit den besten Mitteln, erwerbe mit dem Einsatz aller deiner Kräfte die höchste Geschicklichkeit im Gebrauch der Zerstörungswaffen, jedoch mit dem ebenso ernsten Willen, sie nie zu gebrauchen. Wenn es aber nie ernst wird, wie kann dann der Apparat noch zum Lebensinhalt werden? Das aber ist heute der Sinn der militärischen Rüstung.

Im Berufsoffizier liegt die begreifliche Tendenz, seinen Beruf im Kriege zu bewähren. Was ihm die heutige Lage zumutet, scheint widersinnig. Und doch besteht heute die Forderung, auch der Ansatz einer Gesinnung, die durch ihr Verhalten einen Krieg auslösen könnte, muß in der Bundeswehr aufs schärfste bekämpft werden. Ein General etwa, der sagen würde: »Wir werden unsere Grenzen im Osten wiedergewinnen, sei es im Frieden, sei es durch Krieg«, wäre sofort cum infamia zu entlassen.

2. Der in der Bundesrepublik notwendige *Wandel der militärischen Gesinnung* ist gefordert durch die neue Aufgabe der Armee für die innere Verfassung des demokratischen freien Bürgers.

(a) *Gehorsam und Lebensform*. - Die Bundeswehr verlangt notwendig Autorität, die als Zwang zum Gehorsam im Dienst sich verwirklicht. Es gehört zur Natur der Sache und ist erträglich, wenn es sich auf den bestimmten Zweck begrenzt und nicht in die Lebensverfassung der Persönlichkeit eindringt. Daher ist scharf vorzugehen gegen die Tendenz, diesen Gehorsam und diese Autorität über den Bereich des Dienstes hinaus auszudehnen. Außerhalb des Dienstes muß das Tragen von Zivilkleidern erlaubt sein. Lebensführung, Gesinnung, Meinung dürfen nicht kontrolliert, nach Konfession und Parteizugehörigkeit darf nicht gefragt werden. Jeder Soldat ist freier Bürger, der sich den Notwendigkeiten militärischen Dienstes im Bereich dieses Dienstes unterwirft. Bei Übertragen der Gehorsamspflicht auf den außerdienstlichen Bereich erfolgt die Militarisierung des Lebens.

Die Zusammenfassung der Kräfte des Volkes in der Hand der militärischen Gewalt und Zielsetzung darf nicht zur Tendenz entarten, das Volk als das Material für die Aufgabe der Gewalt anzusehen und es zu verwandeln durch Militarismus.

Denn wenn die militärische Gewalt an sich absolut gesetzt wird,

so führt dies zum Verlust dessen, was zu schützen der alleinige Sinn der Gewalt ist: das Dasein in der Selbstbehauptung der Freiheit.

(b) *Freiheit in der Armee.* - Die Freiheit ist nur möglich, wenn sie in der Armee selber ihren Raum behält und maßgebend bleibt. Der Gehorsam hat seinen abgegrenzten Bereich. Offiziere und Mannschaft sind außerhalb des Dienstes und in allem Materiellen gleich. Sie verhalten sich als Gleiche, wenn sie die Gemeinschaft Freier sind.

Die Freiheit wird aufgezehrt, wenn die Menschen ihr Selbstbewußtsein erst durch Teilnahme an der Befehlsgewalt gewinnen. Das Verlangen der Freiheit des Soldaten wird in dem allgemein anerkannten Wort Baudissins ausgesprochen: »Bürger in Uniform«. Aber es bestehen Tendenzen, die dergleichen als vorübergehende Redensarten ansehen, die man nun einmal vorläufig in Kauf nehmen müsse. Weil die Menschen solcher Tendenz die Sache nicht ernst nehmen, während die Forderung sehr ernst gemeint ist, werden sie verlogen.

(c) *Offiziere keine bevorzugte Klasse.* - Die militärische Formierung ist Aufgabe eines Berufes, der Offiziere und Unteroffiziere. Der Beruf ist notwendig. Aber die Tendenz, diesen Beruf als bevorzugten anzusehen, ihn anderen überzuordnen, ihm einen besonderen Glanz zu geben, ist unberechtigt. Die Klage, daß der Offiziersberuf heute disqualifiziert werde, entspringt der Gesinnung von Offizieren, die das alte und in den ethischen und politischen Folgen verderbliche gesellschaftliche Ansehen der Offiziere der Kaiserzeit und noch der Hitlerzeit entbehren. Damals waren sie herausgehoben als eine besondere, den anderen voranstehende Klasse. Man trug lieber Uniform als Zivil. Erst als Reserveoffizier fühlte sich der Bürger als vollwertiger Mann. Das ist vorbei und soll nicht wiederkehren im freien Staat der Demokratie.

Einst fiel auf die Offiziere der Glanz, daß sie ihr Leben einsetzten. Die Zivilbevölkerung blieb außer Lebensgefahr. Das machte in der Tat einen qualitativen Unterschied. Heute ist es umgekehrt. Die relativ sicherste Lage in einem Krieg ist die der Offiziere. Der Anteil der Zivilbevölkerung an der Zahl der Toten ist gegenüber der Armee viel größer, bis zum Vielfachen geworden. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Anteil der Zivilbevölkerung ständig gewachsen. Sie genießt keinen Schutz mehr.

3. *Die Gefahren für den Geist und die sittliche Verfassung in der Bundeswehr (für das, was man heute »innere Führung« nennt) sind vor allen drei:*

(a) Die Bundeswehr konnte nur mit den Offizieren aufgebaut werden, die in Hitlers Armee gehorsam gedient hatten und in der überwältigenden Mehrzahl Gegner des Attentats vom 20. Juli waren. Andere Sachkundige hatte man nicht. Ohne sie war es nicht möglich, eine Bundeswehr aufzubauen. Wie stark dieser Geist heute noch wirkt, zeigte der erleuchtende Aufsatz der Gräfin Dönhoff in der »Zeit« über den Geist Guderians. Das Maß des Widerspruchs gegen die durch Tatsachen begründete Charakteristik des hervorragenden Panzerfachmanns Guderian als Mann Hitlers war erschreckend.

Die Frage ist noch offen: Ist die Bundeswehr mit ihren in der Tat ganz anderen und neuen Aufgaben noch von den alten Vorstellungen, den alten Manieren des Umgangs in Befehl und Gehorsam, dem alten Geist durchdrungen, die der Erfüllung der neuen Aufgaben ebenso im Wege stehen wie der bewußten Würde des Staatsbürgers? Diese Grundfrage wurde von Admiral Heye gestellt, blieb aber ohne Antwort.

Es ist die Frage nach der *Tradition*. Man will mit Recht Leitbilder und Vorbilder. Da ist zunächst unumgänglich die Antwort: Die unmittelbare Tradition aus der Zeit der Hitlerarmee seit 1933 ist radikal abzubrechen. Umkehr ist nötig.

Wie sehr die deutsche Armee zu Hitlers Zeiten nach anfänglich schwacher Abwehr sittlich entartet ist, braucht nach den zahlreichen Veröffentlichungen des Faktischen nicht mehr begründet zu werden. Eine Szene greife ich heraus, die vertretungsweise für alles andere gilt. Kunrat Frhr. von Hammerstein berichtet in seinem »Spähtrupp« (S. 193): Am 25. 1. 1944 waren 250 Wehrmachtsgenerale (und Admirale) von allen Fronten in Posen durch Himmler und Goebbels versammelt. Himmler sagte ihnen, daß alle Juden, auch die Frauen und Kinder, ausgemerzt würden: Die »Endlösung« war »der größten im Krieg veranstalteten Zusammenkunft deutscher Generale offenbart. Ein Teil von ihnen wußte seit 1942, daß jüdische Bevölkerungsgruppen in den besetzten Ostgebieten durch Massenerschießungen ausgerottet wurden. General Reinicke trat in Posen nach Himmlers Rede ans Podium und dankte unterwürfig... Hinten im Theater versuchte ein General zu zählen: fünf, die nicht klatschten.«



Auf Grund seines Wissens, das heute das Wissen aller sein könnte, schrieb Hammerstein gegen einen Artikel von Adalbert Weinstein (in der FAZ vom 13. 12. 1955) der Redaktion (Spähtrupp S. 194): »Die Gefahr, daß mit den neuen Truppen auch das Vergessen einziehen und ein Hitler-Mythos entstehen könnte, scheint mir verhältnismäßig gering zu sein. Sie scheinen jedoch . . . einen Mythos der Feldmarschälle des Dritten Reiches für diejenigen schaffen zu wollen, die heute die neue Armee aufbauen. Diesem Unterfangen kann nach meiner Auffassung nicht scharf genug widersprochen werden. Ihre Frage, wie ein Krieg ohne Hitlers Einmischung abgelaufen wäre, ist falsch gestellt. Denn der Krieg hätte überhaupt nicht stattgefunden, da keine deutsche demokratische Regierung einen Krieg begonnen hätte, wie Hitler es getan hat. Die meisten Heerführer des Zweiten Weltkriegs kannten diesen Ausgangspunkt des Krieges sehr genau, und sie kamen auch früher oder später zu der Überzeugung, daß der Krieg . . . niemals gewonnen werden konnte. Sie haben trotz dieser Erkenntnis bis auf die wenigen bekannten Ausnahmen - vielleicht manchmal widerwillig - die Operationen . . . nach dem Willen Hitlers geführt. Einen Versuch zur Rettung ihres Volkes durch die Beseitigung Hitlers haben die Herren Feldmarschälle bis auf die rühmlichen Ausnahmen nicht gewagt. Die Heerführer des Zweiten Weltkriegs, die in der Mehrzahl keine Nationalsozialisten waren, tragen auf Grund ihrer umfassenden Kenntnis der Lage, ihrer Erziehung und ihrer Stellung für das Schicksal ihres Volkes eine sehr schwere Verantwortung, die sie nicht auf Hitler abwälzen können. Deshalb sollte man keinen Heerführer-Mythos erfinden, um ausgerechnet den Aufbau der neuen Wehrmacht zu fördern.«

Ich wiederhole: Eine Tradition aus der Hitlerzeit verdirbt den Geist der Bundeswehr in der Wurzel. Diese Tradition ist radikal abzubrechen. Eine neue Tradition ist zu begründen. Für sie ist Voraussetzung die Abkehr vom Geist der Generale und Offiziere der Nazizeit. Der neuen Tradition kann ethisch helfen der Geist der großen Militärs: Gneisenau, Scharnhorst, Clausewitz, der alte Moltke. Sachlich entsteht etwas ganz Neues, dessen eigentliche Schöpfung noch Aufgabe ist: unter den Bedingungen der Waffentechnik, der Weltstrategie und der politischen Weltsituation eine Armee mit neuem Sinn zu werden.

Die vernebelnde Gleichsetzung der Generale mit den Soldaten hat zum Mißverständnis verführt. Der Offizier befiehlt oder gibt Be-

fehle weiter; der Soldat befiehlt nicht, sondern gehorcht. Ich denke an Männer, die ich kannte: einen Altphilologen, der im Ersten Weltkrieg Reserveoffizier war, sich, als der Hitlerkrieg vom Zaun gebrochen war, stellte, aber erklärte, er wolle sich dem Schicksal der Deutschen nicht entziehen, bäte jedoch, ihn nicht als Offizier, sondern als Soldaten einzustellen. Er fühlte sich außerstande, in diesem Deutschland einen Befehl zu geben oder weiterzugeben. Ein anderer sagt: Es ist im Grund gleichgültig, wer siegt, nicht aber, ob ich unter Lebensgefahr dem Kameraden Nahrung und Wasser bringe. Die Behauptung von Generalen, sie seien mißbraucht worden, ist nicht richtig. Sie hatten die Verantwortung von Befehlenden; sie machten mit. Daß ihr Mut bis zur Opferung für ein Phantom mißbraucht wurde, das gilt wirklich nur von Soldaten. Was von den vielen Deutschen solcher Gesinnung gilt, gilt grade nicht von den Generalen. Sie waren vielmehr - mit den großartigen, an Zahl sehr wenigen Ausnahmen wirklichen Heldentums, das sie in den Galgentod trieb, der durch Mitwirkung von Generalen selber oder durch ihre Passivität ermöglicht wurde - in tieferem Sinne feige, ohne Vorbildlichkeit, ohne Recht, in die Tradition aufgenommen zu werden. Dies einzusehen, ist die Grundlage für die Umkehr, in der eine neue Tradition gegründet werden kann.

Welche starken Kräfte aus der Nazizeit dem entgegenstehen, zeigte der späte Tagesbefehl General Heusingers, in dem er die Anerkennung des hohen Opfers der Attentäter vom Juli 1944 forderte. Wenn jetzt schließlich diese Widerstandskämpfer zur Grundlage des militärischen Selbstbewußtseins werden sollen, als Eckstein, auf den man bauen könne, als Rechtfertigung benutzt werden, so ist das verlogen. Die Heldentaten weniger ausgezeichneten Männer wurden von der Mehrzahl der Generale verneint, noch nach der Katastrophe von 1945.

(b) Die mächtige Entwicklung der Bundeswehr hat eine Folge gehabt, die eine Gefahr für den Frieden wird. Manche Deutsche sind mit der Lage der Bundesrepublik nicht zufrieden. Sie stehe, wie sie meinen, als Warenproduzent und als Besitzer einer Wehrmacht am Ende im Dienst fremder Interessen. Wie die Bundesrepublik behandelt wird, das *verletzt ihren Stolz*. Sie wollen wieder Geltung in der Welt als selbständige Großmacht. Sie wollen mehr als die gegenwärtige Geringfügigkeit ihrer Bedeutung. Aber woher dieses Mehr? Es kann allein aus der Eingliederung in die Weltgeschichte der Freiheit entspringen: durch Teilnahme an der Entwicklung und Selbstbehauptung

tung dieser Freiheit, vorläufig noch unter der Drohung der gewaltigen Überzahl der nicht freien Menschheit. Nicht mehr aus politisch-nationalen und aus staatlichen Souveränitätsmotiven, sondern allein aus dieser Eingliederung in die Geschichte der Freiheit kann der Sinn und Zweck der Bundesrepublik klar werden. Damit erst kann die Bundeswehr sich auf würdigem Niveau verstehen. Das andere Verlangen eines Mehr würde in ein Weniger führen durch den Sturz in die Diktatur, in das Militärwesen, den absoluten Souveränitätsanspruch, in das luziferische falsche Risiko und den schließlichen Untergang.

Schon der Wille, durch militärische Stärke und wirtschaftliche Macht einen Druck auszuüben, gefährdet den Frieden auch dann, wenn man den Krieg nicht will (wie vor 1914).

Solange die Bundeswehr wie heute in die Nato eingebaut ist, kann sie nicht selbständig agieren, auch wenn sie es wollte. Schon aber kann man Stimmen hören, die mit dem Gedanken spielen, sie aus der Nato herauszuziehen und selbständig zu machen, wie es de Gaulle mit der französischen Armee tut. Sollte das geschehen, so wird die Bundeswehr zu einer Gefahr für die Bundesrepublik und für die Welt.

(c) Die Bundeswehr als eine Armee der Bundesrepublik ist zusammen mit der Armee der DDR eine Gefahr, heute wie zu den Zeiten der Kriege zwischen deutschen Staaten. Die Bundeswehr darf niemals gegen Deutsche, nicht einmal als Druckmittel eingesetzt werden.

Dann: Revolutionäre Bewegungen und Wandlungen sind für die Erhaltung der Freiheit notwendig. Nicht die falschen Revolutionen durch Putsche und Gewalt. Wohl aber die Revolution auf legalen Wegen bis zum politischen Generalstreik. Gegen Putsche genügt die Polizei. Wenn diese selber an der Volksbewegung teilnimmt und ihre Zuverlässigkeit verliert, hat die falsch fixierte Staatsorganisation ihr Recht verloren. Dann ist entscheidend: Die Bundeswehr darf nie beteiligt werden, um die »Ordnung« wiederherzustellen. Wird die Bundeswehr gegen das deutsche Volk eingesetzt oder gegen Bewegungen in ihm, derer die Polizei, wenn es zur Gewalt kommt, nicht Herr wird oder nicht Herr werden will, dann ist die Freiheit verloren. Wo liegt die Garantie, daß das nicht geschieht? Nur die Soldaten, die im Geiste der Freiheit und Demokratie leben und ein Geist der Bundeswehr, der diesen vertritt, würden den Gehorsam verweigern, wenn sie nach innen gegen Deutsche eingesetzt werden sollten.

Auf dem Wege der Umkehr sind wir keineswegs soweit, daß wir uns als neu gegründet, unserer selbst und unseres Freiheitswillens

und unserer Vernunft sicher fühlen könnten. Wir sind noch weitgehend dieselben wie vor 1933 und in den Jahren der NS-Herrschaft. Daher sind wir verpflichtet, immer noch mit der Möglichkeit des Äußersten bei uns zu rechnen. Wir stehen vor uns selber mit einer aus unserer Erfahrung entspringenden Furcht. Wir fürchten uns vor den Kräften in unserem Volke, die so Entsetzliches bewirkt haben. Nicht auf gleiche, aber auf andere Weise kann es wiederkehren. Regierung und Armee der Bundesrepublik könnten noch einmal einem Wahn verfallen. Wir haben doch dies alles erlebt: den Glauben gegen Tatsachen und Augenschein, die totale Vernunftwidrigkeit, die Magie des Extrems, den Rausch, in den man sich stürzt, blind, zu jedem Opfer bereit. Und dann die zur Vollkommenheit gesteigerte technische Rationalität, gepaart mit gleich vollkommener politischer Dummheit, die einen Sieg errechnet, rein militärisch ohne Zweck und Ziel denkt und das Volk vergewaltigt, das es sich sogar eine Weile gern gefallen läßt und dann bis zur Selbstvernichtung gehorsam bleibt.

Wir hören die Argumente: Man dürfe den Stolz einer Nation nicht kränken; man dürfe die Stimmung des Volkes nicht durch die ständige Wiederholung der schlimmen Tatsachen niederdrücken - nein, die volle Wahrheit muß durchdringen, es darf kein Rest von Selbsttäuschung und Zweideutigkeit bleiben, damit wir unseren begründeten Stolz wiedergewinnen und den verlogenen Stolz abwerten können. Man dürfe, so heißt es, lügen im Interesse des Ganzen, weil ohne das in der Realität nicht durchzukommen ist, - nein, allein die rückhaltlose Wahrhaftigkeit bringt uns zur Umkehr und kann unseren endgültigen Untergang verhindern.

#### 4 Das Wissen von den Problemen und die Kontrolle der Bundeswehr

Den planenden Militärs der Bundeswehr kann es wohl angesichts der nicht übersehbaren Möglichkeiten in der ständig sich wandelnden Kompliziertheit der Fragen ratlos zumute werden. Sie können auf die Fragen nach der militärischen Planung im Ganzen keine Antwort geben. Was sollen sie tun? Was sollen sie lassen? Was hat Sinn und in welchem Falle? Was ist überflüssig oder vergeblich? Was könnte von großer Bedeutung im Ernstfall sein?

Keines der Probleme ist gelöst. Zunächst müssen sie jedenfalls völlig bewußt werden. Jeder Soldat und jeder Offizier und jeder Staatsbürger soll die Fragen stellen nach der Weltsituation und dem

Sinn der Bundeswehr in ihr. Denn sein Wissen wird, durch die Folgerungen, die er daraus zieht, mitbestimmen über Krieg und Frieden. Er ist verpflichtet zur Mitwirkung an allem, was dem Frieden förderlich ist, und soll entgegenwirken allem, was den Krieg bringen könnte.

Damit ist die Frage nach dem Geist der Bundeswehr, nach der »inneren Führung« gestellt. Die Bundeswehr ist verpflichtet nicht nur zur Ausführung der vom Staat gestellten militärischen Aufgabe, sondern darüber hinaus zur Durchführung des vom Staat verlangten demokratischen und liberalen Geistes in der täglichen Praxis, mit Hilfe von Lehre und Erziehung.

Man hat gesagt, die Armee könne nicht besser sein als die Demokratie, der sie dient. Das ist angesichts der Realität unserer Demokratie ein schlimmes Urteil. In der Tat können Bundeswehr und Regierung nur gemeinsam hervorbringen, was notwendig ist für die Freiheit der Bürger nach innen und außen. Nur gemeinsam können sie die Umkehr finden, mit der der Weg zur Wiederherstellung beschriftet wird.

Die Sache der Armee erfordert, daß ihre »innere Führung« durch politische Persönlichkeiten geprägt werde, die den Sinn der Armee in der Sicherung der Freiheit in der Welt sehen, nicht in einem beschränkten nationalen Machtinteresse.

Die Kontrolle der Bundeswehr, der Generäle und des Offizierskorps ist eine der ernstesten Aufgaben des Parlaments. Daß es diesen Ernst bisher nicht begriffen, vielmehr im konkreten Fall (dem Fall Heye) versagt hat, ist eines der schlimmen Symptome unseres staatlichen Zustandes.

Als gelegentlich die Bundeswehr ein Staat im Staate genannt wurde, war der Protest allgemein. Es ist im Augenblick auch nicht richtig. Wahr aber ist, daß sie die potentiell an Macht allem überlegene, vom Staat fast verschwenderisch dotierte Organisation ist, die als einzige in sich nicht wackelt. Ohne die Sorge, daß sie zum Staat im Staate werden könnte, ohne Rückblick auf die deutsche Geschichte, in der das immer wieder geschehen ist, wird man nicht verhindern, daß sie es wird.

der Weltgeschichte stand, endgültig abdankte. Europäische Staaten können nicht mehr entscheiden, ob der Weltkrieg gewagt werden solle oder nicht, und sie können nicht den Weltfrieden stiften, wie es das unausgesprochene Bündnis zwischen USA und Rußland vermag. Die europäischen Nationalstaaten könnten nur lokale Kriege führen, im Schatten der Großmächte, sofern diese es ihnen gestatten. Es wären zwar mörderische und für sie selbst sinnlose Kriege, die aber die Menschheit nicht zu gefährden brauchten. Die europäischen Staaten könnten durch die Entwicklung ihrer inneren Freiheit Vorbild werden oder nach ihrer großen Vergangenheit durch ihr Versagen Gegenbild sein.

Auch ein geeintes Europa würde keine dritte Großmacht bilden können. Aber Europa im Bunde mit USA würde dem Abendland weiterhin ein Übergewicht in der Weltgeschichte geben, wenn diesem großen Bunde eine gemeinschaftliche Außenpolitik gegenüber der andern Welt möglich wäre.

3. *Wodurch halten die Völker zusammen, und wodurch stoßen sie sich ab, solange es noch nicht die verbindende Idee der einen Menschheit gibt?*

Die relativ weitesten Zusammenhänge der Sympathie sind kulturelle und religiöse. Noch immer formt die biblische und antike Grundlage das Abendland, die hinduistische und buddhistische Grundlage die asiatischen, der Ursprung des Islam die mohammedanischen Welten in Asien und Afrika. Die Herkunft der gemeinsamen Kultur und der Sitten bindet.

Die großen Rassen der Weißen, der Gelben, der Schwarzen machen sich geltend. Obgleich man es vermeiden oder gar grundsätzlich abstreiten möchte, werden die Rasseninstinkte eher mächtiger als Ursprung der leidenschaftlichsten Gegnerschaft. Rußland macht die Erfahrung mit den Schwarzen, die es zum Studium nach Moskau eingeladen hat, und noch erschreckender mit den Chinesen. In den USA ist das Negerproblem durch die Kombination mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen fast hoffnungslos verwickelt. Aber es zu lösen, ist dort Lebensfrage, und würde zum Wegweiser für die Welt werden.

Entscheidend aber ist der Wille zur politischen Freiheit. Hier gibt es kein Mittleres. Die Totalitären können sich weitgehend »liberalisieren«, sie bleiben im Prinzip das, wodurch sie staatlich geboren wurden, es sei denn, daß irgendwann eine Umkehr im politischen Prinzip zur politischen Freiheit erfolgt. Die freien Staaten dagegen

hellem Bewußtsein eingliedert, gibt ihr ihren Sinn. Dieses Ganze hat im Konfliktfall den Vorrang.

Die wirkliche Lage in der Welt muß von den Regierenden, den Parlamentariern, den Politikern, der Presse immer wieder dem Volke gezeigt und als Wissen eingepägt werden. Wenn dies nicht geschieht, vielmehr verschleiert wird, dann ist das Volk den Illusionen und Wünschen fast wehrlos preisgegeben, es sei denn, es höre auf seine Schriftsteller, was nicht der Fall ist, da diese nur in sehr begrenzte Kreise dringen.

In der Bundesrepublik ist, zum Teil infolge der immer reicher werdenden Konsumwirtschaft, das Streben auf eine »Normalisierung« der Politik gerichtet. Das läuft darauf hinaus, die Weltsituation zu vergessen. Der Betrieb in der Atempause wird zum »normalen« erklärt, die vordergründigen Realitäten des Augenblicks für die ganze Wirklichkeit gehalten. Diese vordergründigen Realitäten reduzieren sich dann auf Parteiinteressen, auf Karriere der einzelnen Politiker. Politik wird zu einem Gewebe von Intrigen und Erpressungen unter Verlust sachlichen Gehaltes. Die Außenpolitik wird unbeweglich, rennt sich fest in gemeinsam für richtig gehaltene Sackgassen, erhebt unerfüllbare Ansprüche, erreicht nichts Substantielles. Denn wo die Orientierung am Äußersten - das sich doch schon gezeigt hat und da ist - verloren geht, da kann keine durch einen hohen Sinn aus dem Ganzen bestimmte große Politik gedeihen.

1. Was kann die Bundesrepublik außenpolitisch tun? In der bisherigen Geschichte folgte auf Niederlagen und Gebietsverlust, wenn nur die geringste Möglichkeit bestand oder geglaubt wurde, stets der Wille zur Revanche. Das Verlorene sollte wiedergewonnen werden. In dem neuen Zeitalter der Atombombe ist das bisher Normale in einem bestimmten Sinn verbrecherisch geworden. Heute haben die *Resultate der bisherigen politischen Geschichte* in den *Bildungen der Staatsgrenzen* etwas *Endgültiges*. Die Erde ist verteilt. Die Völker, die im Besitz gewaltiger Territorien, ganzer Kontinente sind, sind bevorzugt. Die Kleinen auf ihren winzigen Landgebieten müssen sich bescheiden. Immer ist die Alternative Weltkrieg, Atomkrieg, Vernichtung der Menschheit.

Das Ergebnis des eindeutig durch Hitlerdeutschland vom Zaun gebrochenen Krieges - die Errichtung neuer Staatsgrenzen - muß als Faktum übernommen und anerkannt werden. Es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Gewalt, die der Gewalt gefolgt ist. Wer als Ge-

walttätiger mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen.

2. Wer jedes Recht vernichtet, darf nachher nicht für sich aus einer Vergangenheit, die nun nicht mehr ist, *Rechtsansprüche* erheben. Er muß, wenn die Gnade des Siegers ihn am Leben gelassen und nicht sein Auschwitz mit einem neuen Auschwitz gegen ihn beantwortet hat, aus dem jetzt Gegebenen sein neues Dasein gestalten.

Gegen die durch rechtlose Gewalt hervorgerufenen, durch den Sieger entschiedenen neuen Grenzen *Rechtsansprüche* zu erheben, das bedeutet die Verschleierung des Willens zu künftiger neuer Gewaltanwendung. Auf dem Weg der Gewalt verlorene Rechte sind nicht mehr Rechte. Nicht wer das durch den Krieg Erworbene festhält, sondern wer Wiederherstellung eines Vergangenen verlangt, bedroht den Frieden. Wer Frieden will, muß Tatsachen anerkennen, welche ohne Gewalt nicht zu ändern sind.

Die Haftung aller Staatsangehörigen für die Handlungen des Staates, auch des Verbrecherstaates, bedeutet den Anspruch, mit dem realen Ergebnis sich abzufinden und die eigene Zukunft unter Voraussetzung dieses Ergebnisses zu sehen. Was »in Frieden und Freiheit« vielleicht an Änderungen herbeigeführt werden kann, das kann nur in reiner Gesinnung ohne *Rechtsansprüche* offen begründet und aus Vernunft zu Vernunft erörtert, nicht einseitig verlangt werden.

Die Bundesrepublik, ein Teil des früheren Deutschland, der getrennt wurde durch den Willen der Besatzungsmächte und hervorgegangen ist aus dem Deutschland, das bedingungslos kapitulierte, hat keine *Rechtsansprüche*. Das Potsdamer Abkommen bedeutet ein Abkommen unter den Siegern, keine Verpflichtung gegenüber den Besiegten. Sich auf eine künftige Friedenskonferenz und einen dann erst zu erreichenden Friedensvertrag zu stützen, bedeutet Täuschung durch eine Fiktion. Der Friedensvertrag, der zwanzig Jahre nicht geschlossen wurde, wird nie geschlossen. Der Friede ist da ohne ihn.

Der Krieg hat neue Tatsachen und mit diesen neue Rechtsvorsatzungen geschaffen, nicht durch Vertrag, sondern durch den Kriegsausgang. Diese Folgen sind nicht durch das Recht zu begründen, vielmehr begründen sie selber neue Rechte.

Die Alternative dazu ist nur eine: Aus der Natur der Sache folgt es, die Veränderung der territorialen Grenzen, die jetzt »in Freiheit und Frieden« erlangt werden sollen, einst, wenn es möglich ist, durch Gewalt zu erreichen. *Rechtsansprüche* sind dort, wo sie nicht

hingehören, Kampfakte, die den Willen zur Gewalt, um das »Recht« durchzusetzen, nur verbergen wegen der derzeitigen Ohnmacht des Fordernden.

Die Forderungen treten mit einer sich unwiderstehlich gebenden Energie auf: Sie sollen auf einem »unabdingbaren« *Rechtsanspruch* beruhen. Aber *Rechtsansprüche* gibt es dort nicht mehr, wo politisch der Zustand auf der Gewalt eines Krieges gegründet ist. Der gegen einen Zustand Revoltierende beruft sich auf ein Recht aus einer durch einen Krieg abgeschlossenen Vergangenheit; der Siegende legitimiert seinen Sieg durch sein Recht. Doch hier wird mit juristischen Argumentationen eine falsche Ebene betreten. Es handelt sich nicht um Legitimierung oder um Beschuldigung. Dem durch die Tat Gewordenen gegenüber gibt es vielmehr nur die Alternative: Entweder der Wille zu neuer Gewalt oder zur Versöhnung auf der Grundlage des Faktischen.

Die falschen *Rechtsansprüche* werden zu Barrieren gegen jede Möglichkeit wirklichen Friedens. Man sagt in der Bundesrepublik: die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Linie und die Verweigerung der Wiedervereinigung sei eine Gefahr für den Frieden. Aber doch allein dadurch, daß die Bundesrepublik die Ergebnisse der Handlungen Hitlerdeutschlands und die politische Haftung aller Deutschen für sie nicht anerkennen will. Der Wille zu jener territorialen Änderung gegen den Willen der Besitzenden zur Erhaltung der gegenwärtigen Grenzen ist als solcher potentielle Kriegsgefahr. Die Kriegsgefahr geht von dem aus, der bestehende Grenzen ändern, nicht von dem, der sie bewahren will.

Man muß sich klar sein: Die Tatsachen, daß führende Politiker, die die *Grenzen Deutschlands von 1937* zurückverlangen, - daß ein Minister, der bundesdeutsche Ansprüche auf das Sudetenland öffentlich erhebt und nicht sofort aus seinem Amt entlassen wird, daß Verbände der Vertriebenen unter staatlicher Beteiligung und Zustimmung ihre Heimat zurückfordern, - diese Tatsachen sind nicht nur eine Provokation der östlichen Staaten, sondern sie verstärken das Mißtrauen und steigern ihre außerordentliche, durch die Vergangenheit begründete Furcht vor Deutschland. Feindschaft ist die Folge und das Begehren nach Schutz gegen Deutschland. Sie können begreiflicherweise nicht vergessen, was sie von Deutschland erlitten haben, und was sie daher in Zukunft erwarten.

Die Behauptung, das Ausbleiben der Wiedervereinigung sei Ge-

derung der Wiedervereinigung seitens der Bundesrepublik? Zunächst handelt es sich keineswegs um die heroische Selbstbestimmung der einen Staat gründenden und strukturierenden Freiheit. Weder Westdeutschland noch Ostdeutschland sind durch einen Akt der freien Selbstbestimmung erwachsen. Beide wurden von äußeren Mächten errichtet, in den Formen und mit den Anordnungen, die den sehr abweichenden Staatsgesinnungen des Westens und Rußlands eigen sind. Im Westen, wenigstens in den USA, gilt die Selbstbestimmung. Im Osten gilt sie für den Raum, den er faktisch beherrscht, nicht.

Deutschland hat in der Vergangenheit diese Selbstbestimmung praktisch nicht anerkannt. Das Hitlerreich ging über sie als nicht existierend hinweg. Die böse Polenpolitik Preußens, Rußlands und Österreichs hatte machtpolitische Gründe. Auch Bismarck war absolut gegen eine Wiederherstellung Polens aus Gründen der Macht Preußens und, wenn man diese Macht Preußens an sich als wünschenswert anerkennt, mit dem Recht des »Machtwillens«, nicht mit dem sittlich-politischen Völkerrecht.

Selbstbestimmung als Wahl des Staats, zu dem man gehören will, kann nur wirklich sein, wenn die Staaten, zwischen denen entschieden wird, untereinander darüber einig sind, daß das Ergebnis der Abstimmung von beiden anerkannt werden soll. Ist das nicht der Fall, dann ist es keine Rechtsfrage, sondern eine politische Machtfrage.

Wir wünschen eine Volksabstimmung in Ostdeutschland (eine Gesamtabstimmung von West- und Ostdeutschland gemeinsam wäre selbstverständlich falsch, weil das Ergebnis als Majorisierung durch Westdeutschland aufgefaßt werden müßte). Da aber die Stellung zum »Recht« solcher Abstimmung eine Machtfrage ist, kann sie als Rechtsfrage nicht gelöst werden. Denn für den Gegner gilt ein anderes Recht. Findet also keine Versöhnung statt, in der die großen Mächte, in diesem Falle Rußland und USA, sich einigen über eine neutral kontrollierte Volksabstimmung, dann haben wir tatsächlich nichts zu sagen. Vielmehr müssen wir in der realen Lage die Wege suchen, auf denen bei den Ostdeutschen ein Maximum der persönlichen Daseinsfreiheit und des Lebensstandards erreichbar scheint. Was darüber hinausgeht, ist Gewaltwille, verschleiert unter Rechtsansprüchen, die man einseitig für sich aufstellt.

4. Die »Bewältigung der Vergangenheit« findet nicht statt durch Vergessen, nicht durch eine »Scham«, in der doch eine heimliche Entschuldigung verborgen ist, sondern allein durch die Umkehr, die sich

unter anderem bezeugt in der rückhaltlosen Anerkennung der Kriegsfolgen. Dann werden die Grenzen anerkannt, die zwar durch Gewalt, aber durch eine Gewalt gegen die zuerst von der Übermacht Deutschlands ausgehende durch nichts zu rechtfertigende Gewalt entstanden sind. Dann ist die Antwort ausgeschlossen, die ein angesehener Deutscher gegen Ende des Ersten Weltkrieges auf die Frage gab: Was tun, wenn wir die Niederlage erleiden? - Vom ersten Tag an den nächsten Krieg vorbereiten.

Die Anerkennung der neuen Ausgangspunkte hat unumgängliche Folgen für die Voraussetzungen politischer Zielsetzung der Bundesrepublik, wenn sie den Frieden will.

1. Die Oder-Neiße-Linie ist endgültig. Das Land im Osten ist von Polen bewohnt, die fast zur Hälfte schon dort geboren sind und ihre Heimat haben.
2. Die Sonderstellung der Sowjetischen Besatzungszone ist endgültig, solange Rußland es will. Die DDR ist einer der Satellitenstaaten und wird es bleiben, solange die anderen Satellitenstaaten da sind.

Diese beiden Realitäten noch als Verhandlungsgegenstände zu betrachten, ihre Anerkennung als »Vorleistung« zu verwerfen (Ziffer 1) oder für immer abzulehnen (Ziffer 2), das wird von Rußland und den Satellitenstaaten nicht nur nicht anerkannt, sondern als Bedrohung des Friedens aufgefaßt. Wollen wir mit östlichen Nachbarn Frieden und im Rahmen des Möglichen Freundschaft haben, so dürfen wir nicht von Rechtsansprüchen reden, die der Partner als Rechtsansprüche nicht anerkennt und nicht anerkennen kann, weil sie nicht existieren.

5. Die Heimatvertriebenen aus den Provinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie hat ein schlimmes Schicksal getroffen. Der Verlust der Heimat ist ein Bruch im Leben. Ich weiß es nicht nur von den Deutschen, sondern auch von vielen aus Deutschland in fremde Sprachgebiete vertriebenen jüdischen Deutschen. Sie verwinden nicht, ihre Heimat verloren zu haben, und sind nirgends noch eigentlich zu Hause. Erst die nächste Generation fühlt anders. Die Kinder der Vertriebenen haben eine neue Heimat.

6. Die Wiedervereinigung. - Die Deutschen in der DDR haben es schwer, mit Ausnahme der beträchtlichen Schicht der Regierenden. Sie können den in der modernen abendländischen Welt normalen Lebensstandard nicht gewinnen. Sie können, obgleich Deutsche und ebenso

tüchtig wie die Deutschen im Westen, wegen der wirtschaftlichen Auswirkung des kommunistischen Systems, nicht zu der Produktivität gelangen, die heute möglich ist. Sie werden von Rußland ausgebeutet. Sie entbehren die Freiheit, soweit ihnen an Freiheit etwas gelegen ist.

Die Ungerechtigkeit ist offenbar. Warum leiden die Ostdeutschen, nicht die Westdeutschen? Es ist das geographisch bedingte Schicksal. Diese Ungerechtigkeit kann, wie so viele Ungerechtigkeiten in der Welt, nicht völlig aufgehoben, aber vielleicht gemildert werden. Die Westdeutschen, statt den vergeblichen Anspruch auf Wiedervereinigung zu erheben, müssen sich vielmehr gegenwärtig fragen, wie den Ostdeutschen zu helfen möglich ist, und dies tun.

Verhandlungen nach den Methoden einer gerissenen Diplomatie, das Aushandeln nach dem Prinzip *do ut des*, das Geheimhalten dessen, was man schließlich zu geben bereit ist, der Beginn mit Maximalforderungen, das alles kann in der Entscheidung der Grundfragen zu nichts führen. Was kann dann geschehen?

Aus den Motiven einer durch Umkehr gewonnenen inneren politischen Verfassung die Situation wandeln durch Handlungen, die die Voraussetzungen schaffen, aus denen die Folgerungen zum Vorteil aller Beteiligten sich ergeben:

(a) Die jetzige Politik der Bundesrepublik geht zu Lasten des Lebensstandards der Ostdeutschen und der möglichen Liberalisierung des dortigen Zustandes. Die wirklichen, lebenden Deutschen leiden für eine Politik, die imaginären Deutschen dienen soll.

Wir müssen Ostdeutschland wirtschaftlich helfen, damit es trotz des produktionshemmenden kommunistischen Regimes zu möglichst großem Wohlstand gelangt. Man sagt: das stärkt doch nur das Ulbricht-Regime. Das tut es in der Tat, aber diese Stärkung müssen wir in Kauf nehmen, denn ohne sie kann der höhere Lebensstandard der Ostdeutschen nicht erfolgen, den zu fördern wir unseren Landsleuten, den deutschen Nachbarn schuldig sind. Die gegenwärtige Politik, den wirtschaftlichen Verkehr mit der Ostzone als Druckmittel gegen Ulbricht zu brauchen, ist vergeblich. Sie bringt die DDR nur in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland, die ihre Ausbeutung zur Folge hat. Sie ist zum Schaden der Deutschen im Osten. Aber die Politik der Bundesrepublik will die nicht zu erzwingende Wiedervereinigung, ein Phantom; sie will nicht wirkliche Hilfe für die Ostdeutschen.

Wenn wir alles tun, um die DDR im wirtschaftlichen Aufschwung

zu fördern, so helfen wir mehr als durch die gegen unsere Landsleute grausame Abkehr von der DDR, die sie mit ihrem niedrigen Lebensstandard bezahlen müssen, und bei der sie einer möglichen Liberalisierung verlustig gehen.

(b) Verzicht auf Wiedervereinigung (oder wie einige jetzt sagen: Neuvereinigung). Wir sind zufrieden mit einem möglichst hohen Maß persönlich freien Lebens und wirtschaftlichem Wohlstand.

(c) Mitwirken an möglicher Liberalisierung, soweit das indirekt möglich ist und aus dem Zustand der Satellitenstaaten folgt. Der Zustand in Ostdeutschland ist viel schlechter als in Polen oder der Tschechoslowakei. Die terroristische Vergewaltigung allen Sprechens und Schreibens, des privaten Daseins, dem keine Einsamkeit und Besinnlichkeit vergönnt ist und das stets gegängelt wird, ist offenbar unerträglich. Das muß an einer besonderen Konstellation liegen und ist nicht für den Satellitenstaat als solchen notwendig. In Ostdeutschland ist es wie bei den Nazis, in Polen und der Tschechoslowakei nicht. Die Konstellation könnte sich durch die Politik der Bundesrepublik ändern, wenn diese auch nicht einfach errechenbar ist.

Nicht aber dürfen wir direkt in die inneren Verhältnisse der DDR eingreifen. Wir dürfen nicht eine freiheitliche Politik der anderen verlangen. Sie müssen sie sich selbst verschaffen ohne Forderungen und Eingriffe vom Westen her.

Wir müssen unterscheiden zwischen einem totalitären Terrorstaat, den es unter Stalin und Hitler gegeben hat, und einer kommunistischen Staats- und Lebensordnung, dieser Lebensform der östlichen Staaten, die wir als Faktum respektieren müssen. Wir haben keine Hilfe für Umstürze zu leisten und dürfen diese nicht einmal fördern wollen.

(d) Anstreben einer Gemeinschaft geistigen Lebens in der großen geschichtlich gegebenen Kulturgemeinschaft Europas einschließlich der Satellitenstaaten, die jetzt unter russischer Besatzung stehen.

(e) Verzicht auf die Hallstein-Doktrin. Vielmehr müssen wir zu den Satellitenstaaten die wirtschaftlichen und kulturellen und die freundschaftlichen Beziehungen stärken ohne Rücksicht darauf, daß sie, wozu sie ohnehin durch Rußland gezwungen waren, die DDR anerkannt haben. Die Hallstein-Doktrin ist eine selbst hervorgebrachte Fessel unserer aktiven Politik. Sie entspringt einem abstrakten Rechtsdenken, das in der Realität gar nichts ändert, aber verhindert, mögliche wünschbare Änderungen zu erwirken.



(f) Sollen wir die DDR anerkennen oder nicht? Mir scheint, daß dies eine Frage des Zeitpunkts ist. Solange die Mauer in Berlin und der Stacheldraht an den Grenzen stehen, können wir die DDR nicht anerkennen. Wenn aber unsere Politik dazu führen sollte, daß beide fallen und der Grenzübergang frei wird, dann würde die Anerkennung der DDR der tatsächlichen Situation entsprechen. Die Deutschen beider Staaten können wieder frei miteinander verkehren, ohne daß sie begehren, einem einzigen größeren Staat anzugehören, der doch eine Illusion ist, die die faktischen politischen Chancen zerstört.

(g) Alles in allem: Vertrauen erzeugen, daß den Satellitenstaaten und der DDR vom Westen keine Gefahr droht.

Auf diesen Wegen kann schließlich vielleicht ein Zustand eintreten, wenn es auch lange dauern mag, der es Rußland vorteilhaft erscheinen läßt, seine Besatzungen aus den Satellitenstaaten zurückzuziehen. Es würde denken: Diese Staaten wollen die kommunistische Wirtschaftsform von sich aus erhalten, vielleicht auf je eigene Weise, werden aber nicht Verbündete des Kapitalismus gegen Rußland sein. Rußland kann sich dann politisch mit dem gesamten Westen angesichts der neuen Gefahr durch das totalitäre und imperiale China verbinden.

Was jetzt geredet wird von »kleinen Schritten« und vermeintlich überboten wird durch »mittlere Schritte«, scheint völlig nichtig. Solche Rederei setzt voraus, daß hier überhaupt ein Weg beschritten wird, auf dem voranzukommen ist. Das ist nicht der Fall. Es kommt auf eine radikale Grundentscheidung an, aus der ganz andere erfolgreiche Wege beschritten werden.

Wir gelangen bei redlichem Willen zur Freundschaft mit den Oststaaten. Die Satellitenstaaten nichtdeutscher Art begehren ihre eigene Freiheit von Rußland, wünschen den Abzug der russischen Truppen aus ihrem Gebiet. Ihr Verlangen wird dringlicher, wenn sie von Deutschland her nichts mehr zu fürchten haben. Das braucht Zeit, in der sie auf Grund der verwandelten, ständig sich bezeugenden Politik Vertrauen zu uns gewinnen.

In den Satellitenstaaten erfolgt, wie in Rußland selber, eine Liberalisierung des Daseins. Unter Druck dieser faktischen Liberalisierung von Osten her kann sich die DDR immer schwerer der Liberalisierung entziehen. Ostdeutschland ist einer der Satellitenstaaten, dessen Schicksal mit dem der anderen Satelliten Ähnlichkeit hat. Unser Verzicht fördert, worauf es allein ankommt, die Freiheit der Ost-

schen: Der Anspruch auf Wiedervereinigung ist für den Osten ein feindlicher Akt. Kann man vom Osten erwarten oder verlangen, nach dem Vergangenen (und nach gegenwärtigen Stimmen in Deutschland) die Furcht vor Deutschland aufzugeben, wenn nicht in Deutschland ein radikaler Wandel der Politik gegenüber den Oststaaten stattfindet?

Wenn ich meinen Weg vorher mit Knüppeln versperre, dann muß ich zuerst die Knüppel wegschaffen, bevor ich ihn gehen kann.

Eine Politik, die Frieden verlangt und zugleich Wiedervereinigung, verhält sich wie das Kind, das im Laden die Semmel bekommt, den Groschen aber behalten will.

9. ~~Daß wir nicht längst die Oder-Neiße-Linie anerkannt und auf Wiedervereinigung verzichtet haben~~, das hat uns politisch in eine Sackgasse geführt, in der die Außenpolitik sich nicht nur bewegungslos festgefahren hat, sondern einer schlimmen Niederlage entgegengeht, die unnötig ist und schwer schadet.

Heute, nach jahrelangem Versäumen, beginnen Leute, die immer geschwiegen haben und daher nur eingeschränkte Glaubwürdigkeit besitzen, sich nunmehr für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auszusprechen. Es geschieht unter Druck. Man kann den Opportunismus angesichts der unvermeidlichen politischen Niederlage nicht verkennen, da sie durch die Erkenntnis der eintretenden Zwangslage veranlaßt ist. Ihre Stimme ist von halber Kraft.

Noch ist es vielleicht nicht zu spät, wenn der Entschluß nicht verklausuliert, sondern ganz und eindeutig gefaßt wird. Der Entschluß ist sittlich und politisch nur wirksam, wenn er *in Freiheit* radikal, und dann auch für die Frage der Wiedervereinigung, gefaßt wird. Nur durch ihn werden wir innerlich frei. Nur dann erwerben wir die Freundschaft der Satellitenstaaten. Unsere Verbündeten sind erleichtert und brauchen den verborgenen Groll gegen uns nicht wachsen zu lassen. Indem wir die Freundschaft unserer Nachbarn im Osten erwerben, werden wir uns in dem, was wir haben und was wir sein können, behaupten. Wir müssen das Ergebnis des von Deutschland entfesselten Krieges einfach anerkennen, weil alle Deutschen, auch die unschuldigen, als Staatsangehörige dafür haften, was der Staat getan hat.

Was im freien Entschluß würdig ist und Freundschaft einträgt, das wird als widerwillige Handlung unter Druck unwürdig, und es verfehlt die politische Wirkung, weil das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik und die Angst vor ihr erhalten bliebe.

stimmung der Wähler ermächtigt war, solange er das Amt hatte. Nicht um den Willen des französischen oder des deutschen Volkes handelt es sich, sondern um die äußere Politik, die die Völker notgedrungen hinnehmen, auch wenn die Politik de Gaulles für Frankreich, die Adenauers seit seiner Abwendung von den USA für Deutschland außenpolitisch ein Unheil ist.

De Gaulles Gebärde, als ob er mit dem Bluff seiner kleinen Bombe uns schützen könnte, ist lächerlich. Sollen wir die Hegemonie der USA, die der einzige wirkliche Schutz sind, verwerfen zugunsten einer Hegemonie de Gaulles, der es für falsch hält, daß man Deutschland wieder aufrüsten ließ?

Wir leben durch die USA. Sie verdienen auf Grund der uns erwiesenen Leistungen die Treue. Wir dürfen nicht zweideutig werden. Was gegen die USA gerichtet ist, dürfen wir nicht dulden. Wir können nicht sagen: USA und Frankreich, sondern nur: USA und dann, im Rahmen der amerikanischen Hegemonie, Freundschaft und Bund mit Frankreich. Die Alternative ist nicht zu umgehen: Entweder sind die USA ganz und gar und bedingungslos Vormacht und Schutz oder sie sind es nicht. Wir können Vertrauenswürdigkeit gewinnen oder in einem alles Vertrauen vernichtenden Zickzackkurs isoliert werden.

Adenauer, der mit vielen älteren Politikern in Kategorien der wilhelminischen Zeit denkt, aber auch die Kniffe beherrscht, die man zur Machtgewinnung in einem parlamentarischen Staat braucht, und der von Wertschätzungen aus jener Welt sich leiten läßt, spricht von »Einkreisung Deutschlands«. Was ist das? Vor 1914 war sie Folge der Sorge vor der großen Militärmacht, deren kaiserliche Regierung alle nacheinander prahlend vor den Kopf stieß. Jetzt ist sie, wenn man das Einkreisung nennen will, die Selbstverständlichkeit, daß man eine illusionäre Außenpolitik der Bundesregierung nicht ernst nehmen kann und sich nicht in deren Fesseln begeben mag. Die Bundesrepublik isoliert sich selbst, sie wird nicht eingekreist. Daher sind die Westmächte zwar höflich in der für sie kostenlosen Anerkennung von vermeintlich deutschen Rechtsansprüchen. Das hat aber keine Folgen. Denn sie wollen für die Wiedervereinigung und für die alten Grenzen nichts tun, weil sie es gar nicht können, und weil jedes Handeln in dieser Richtung Gefahr für den Frieden ist, den zu erhalten allem andern vorgeht.

13. *USA und die freien Staaten.* - Ich wiederhole: Die freie Welt wird sich nur behaupten können, wenn sie außenpolitisch der gesam-

ten übrigen Welt gegenüber gemeinsam handelt. Die Selbstbehauptung vollzieht sich unter der faktischen Hegemonie Amerikas, unter Mitspracherecht aller Verbündeten. Die Bundesrepublik hat ihren einzigen Schutz in Amerika.

Die Politik der Westmächte war einige Jahre durch diese Tatsachen bestimmt, solange nämlich die Bedrohung von Rußland her akut war. Seitdem aber Rußland unter dem Druck Chinas (das sich allein auf sich selbst stellt und seine zukünftige gewaltige Macht entwickelt) seine Expansion nach Westen vorläufig aufgegeben hat, es um Berlin zur Zeit ruhig geworden ist, hat die »Entspannungspolitik« eingesetzt. Nun haben die Westmächte sich sogleich auf ihre alten nationalen Souveränitäten besonnen - welche kurzsichtige politische Torheit! Sie wollen Amerika gegenüber selbständig sein. Sie verhalten sich der übrigen Welt gegenüber jeder aus seinem eigenen, nicht aus dem gemeinsamen abendländischen Interesse. Sie stehen im Kampf um Einfluß und Vorteil unter Umständen gegeneinander, analog ihrem Verhalten im Kolonialzeitalter.

In der Tat aber hat sich die Bedrohung der freien Welt garnicht geändert. Hinter Rußland ist China aufgetaucht, viel rücksichtsloser und gefährlicher noch als Rußland, wenn auch noch nicht für den Augenblick heute.

Weltpolitisch stehen die USA am Scheideweg. Sie können auf die Dauer ihre Positionen in Vietnam, d. h. aber in Ostasien, vermutlich nicht aufrecht erhalten. Es fragt sich nur, wie und wohin sie sich zurückziehen, nicht aus einer Position der Schwäche, sondern frei, wenn sie ihre Stärke erwiesen haben. In den USA breitet sich die Meinung aus, sie könnten und sollten nicht der »Weltpolizist« sein. Zur Selbstbehauptung der freien Welt ist aber die Barriere gegen chinesische und russische Expansion notwendig. Wo sie liegt, das hängt vom Willen der freien Völker ab. Aus dem Willen zur Selbstbehauptung braucht die Bundesrepublik und braucht Berlin die Anwesenheit amerikanischer Truppen. Auch Japan braucht sie. Daß diese Staaten und Völker das bejahen und nicht unwillig den Abzug der »Fremden« wünschen, ist ein Zeichen ihrer politischen Einsicht oder, wenn nicht, ihrer eigensinnig nationalen Dummheit. Australien und Neuseeland sind bedroht. Wie die USA sich aus Gebieten unfreier Völker, die in der Tat ihre Anwesenheit nicht bejahen, zurückziehen, ist eine Frage der Methode und der einzelnen Schritte und der Situation.

Die Bundesrepublik verfolgt ihr eigenes Interesse, wenn sie sich

Aber wir sind darin. Sie zu behandeln, als ob sie nicht sei, macht eng und führt gewiß ins Verderben. Sie in ihrem Wandel zu sehen und in ihren Möglichkeiten, erweckt Hoffnung und fördert den Mut freien Eingreifens.

*Ich wiederhole die Grundtatsachen:*

(a) Wir haben den Krieg verschuldet und haben ihn verloren, und zwar gerade in dem Augenblick der Weltgeschichte, in dem ein Krieg als solcher die Gefahr totalen Untergangs wie nie zuvor bringt. Ein Krieg darf nicht mehr stattfinden.

Daher müssen wir moralisch und politisch das Ergebnis des von Deutschland angezettelten Krieges annehmen. Tun wir es nicht, so sind wir Friedensfeinde.

(b) Wir haben ein kleines Territorium, dessen Kleinheit sich in Zukunft mit der technischen Entwicklung und dem dadurch möglichen Aufschließen der Schätze der großen Kontinente immer mehr fühlbar machen wird. Die jetzige Wirtschaftsstellung der Bundesrepublik als Macht nächst den zwei Größten ist zeitlich begrenzt und nicht der Ausgangspunkt für eine in die weitere Zukunft blickende Politik.

(c) Wir haben keine Atomwaffen und werden sie nicht haben wie die USA und Rußland. Das Äußerste, was vielleicht erreichbar ist, wäre, daß sie uns unter ständiger Kontrolle der USA in die Hand gegeben werden, aber so, daß ihr Einsatz von dem Entschluß der USA abhängt. Wohl kann uns ein Mitspracherecht in Atomfragen gegeben werden, volle Teilnahme an Beratungen, niemals aber das Recht zu selbständigem Entschluß und eigener Entscheidung.

(d) Wir leben in der Gefahr, von Osten her überrannt und vernichtet zu werden (hinter Rußland droht China). Wir können uns gegen diese Gefahr nicht selbst auf uns gestellt schützen. Nur die USA können uns schützen.

Aber seitdem die Russen die interkontinentalen Raketen haben und amerikanische Städte vernichten können, wird Amerika die Atomwaffe nicht mehr einsetzen, außer wenn es selbst bedroht ist. Es wird nicht zur Verteidigung der Bundesrepublik oder Europas das Risiko des eigenen Atomtods eingehen. Daher die Theorie von der »flexiblen Antwort« auf einen russischen Angriff gegen Berlin, gegen die Bundesrepublik, gegen Europa: eine Zwischenpause, ein Abwarten, ein Versuchen, dem Vordringen durch politische Mittel eine Grenze zu setzen.

Die Tatsache, daß wir am Ende schutzlos sind, soweit nicht die

er Amerika den Vorrang gibt, sondern verdient den Vorwurf, daß er es nur halb tut und daß er die Steuer der deutschen Außenpolitik nicht herumwirft. Er hat keine klare Überzeugung gewonnen und überzeugt daher das bundesdeutsche Volk nicht von der einfachen Wahrheit. Seine und seiner Gegner Außenpolitik ist nur in Nuancen und Nebensächlichkeiten verschieden.

Hier scheinen sich heute alle Politiker unter den Bundesrepublikanern in Gegenseitigkeit zu täuschen. Von denen, die es spüren, wagt niemand, es auszusprechen. Gemeinsam will man blind sein. Alle auswärtigen Mächte sehen das und sagen es nicht. Die Bundesrepublik isoliert sich selbst, aber nur in dem Sinn, daß man sie in ihrer wahnhaften Politik allein lassen muß und nicht unterstützen kann. Das ist keine Einkreisung der Bundesrepublik (wie die Deutschlands vor 1914), sondern eine Selbsteinkreisung des in der Außenpolitik sich kundgebenden autistischen Denkens. Kein anderer Staat kann sich dem anschließen. Vertrauen zur Bundesrepublik kann nicht aufkommen.

In der Politik der Bundesrepublik handelt man von Fall zu Fall ohne Führung durch eine Idee. Man setzt sich falsche Ziele, man will schlau sein; man läßt sich erpressen; man erfährt Demütigungen über Demütigungen und vergißt das schnell. Weil man weder eine Grundauffassung der politischen Weltlage, noch eine Konzeption des republikanischen Staates in seiner Struktur hat, lebt man weder in der Realität noch im Willen zur Freiheit. Man lebt im Reagieren, nicht durch eigenes Agieren. Man unterwirft sich den Zufällen, statt sie für gehaltvolle politische Zwecke zu nutzen. Das ist Geistlosigkeit und politisch ohne Charakter.

Was ich darstellte, halte ich am Maßstab der Realität und des Freiheits- und Friedenswillens für logisch zwingend, obgleich es angesichts der gegenwärtigen Meinungen in der Bundesrepublik absurd erscheint. Aber was als weltfremd verworfen wird, könnte, wenn viele es mitdenken, bald selbstverständlich werden. Ich weiß, daß ich nichts Neues sage. Die Deutschen sind nicht so dumm, daß sie das Einfache nicht sehen. Aber sie sagen es sich nur unter vier Augen untereinander. So war es zur Kaiserzeit, so war es 1918, als nur Max Weber von der sogenannten Revolution als »blutigem Karneval« sprach und das in der »Frankfurter Zeitung« nicht drucken konnte. So war es in der Zeit der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus (hier zusätzlich durch den Terror und die Lebensgefahr bedingt). So ist es wieder heute.

gut, besser als jemals in unserer Geschichte. Diese Auffassung war zwar töricht, aber angesichts dessen, was die SPD jetzt bot, für viele einleuchtend.

Schließlich hat die SPD keine einzige Persönlichkeit gezeigt, die als solche Eindruck gemacht hätte. Brandt zu wählen, war schwer. Nicht wegen der niederträchtigen Angriffe gegen seine Person (Herkunft - Emigration), sondern wegen des Mangels an überzeugender Gestalt. Er schien anfällig in den Nerven, unsicher in seinen Schritten, forciert, ohne Atmosphäre um sich, sich darstellend in einer fatalen Mimikry des großen Kennedy. Da schien vielen, daß Erhard als Persönlichkeit vorzuziehen sei. Seine politische Schwäche und seine selbstgewisse missionarische Denkungsart sind von Gauss (»Bonn ohne Regierung«) in einer ausgezeichneten, von Beobachtungen gesättigten Analyse gezeigt. Erhard hatte nicht nur das unzerstörbare Prestige durch das »Wirtschaftswunder«, sondern er hat wirklich einmal den Mut des Entschlusses gehabt, als er - gegen die Amerikaner - mit einem Schlag die Zwangswirtschaft abschaffte, womit der Grund für das Wirtschaftswunder gelegt war. Er hat dazu etwas von einer Aura um sich, die ausstrahlt durch einen Glauben, mag dieser noch so töricht sein. Er ist der einzige, der seit vielen Jahren öffentlich gegen Adenauer mutig aufgetreten ist, sich darin durch nichts hat beirren lassen, bis er gegen alles Erwarten über Adenauer triumphierte. Er gehört zu den wenigen, die nicht intrigieren. Er wendet sich unmittelbar an das Volk, wenn auch mit verblasenen moralischen Allgemeinheiten, denen sein Handeln nicht entspricht, aber mit einem Vertrauen zum Volk, das dies spürt. Beide Parteien haben nach einem »Zugpferd« gesucht. Die SPD hatte entweder keinen Mann, der dem Volk Eindruck gemacht hätte, oder sie hat dem Zufall vertraut, daß Brandt als Bürgermeister Berlins öffentlich und nicht unrühmlich bekannt geworden war.

4. Die politische Sterilität der CDU und Erhards selber und der FDP setzte sich fort in den Verhandlungen über die Ministerliste. Die sachlichen Probleme traten in den Hintergrund, wenn auch von den Beteiligten als wesentlich behauptet. Die sachlichen Differenzen waren faktisch gar nicht groß, wirkten künstlich im Kampf um die Macht der beiden Parteien und der Personen innerhalb der CDU/CSU zur Besetzung der Ministerposten. Intrigen waren das Mittel, nicht sachliche Positionen. Das Ergebnis war ein uneinheitliches Kabinett voll innerer Spannungen. Beim Zustandekommen fehlte die sichtbare Len-

schieden im Vordergrund stand, konnten sie ihn jetzt nicht einfach fallen lassen.

Trotzdem las man schon in den Wochen, die zwischen Wahlsieg und Kanzlerwahl lagen, von den Besprechungen höchstgestellter Leute, die sich gegen Erhard wandten und berieten, zunächst erfolglos. Dann wurde er, zum Kanzler gewählt, ironisch behandelt.

Das Volk der Bundesrepublik steht vor dem Ergebnis: Der Mann, den es gewählt hat, wird lächerlich gemacht. Damit wird indirekt das Volk selber lächerlich. Welch große Chance für Erhard! Er steht in der Situation, in der er politisch denken, handeln und wagen könnte, was zu tun unausweichbar wird. Mit dem Volk, das ihm vertraut, könnte er durchsetzen, was die Parteien aus Angst vor den nächsten Wahlen nicht riskieren.

Im Augenblick wirkt Erhard trotz seines Triumphes als erbarungswürdige Gestalt. Warum? Er macht keine Politik. Er sucht, von allen Seiten unter Druck gesetzt, bisher den Ausweg jeweils des geringsten Widerstandes. Er scheint nicht zu wissen, was er will. Man hört seine moralischen Reden mit seinen allgemeinen nebelhaften Vorstellungen. Die gewaltige Machtposition, die er für den Augenblick errungen hat, verspielt er, weil er sie nicht nutzt.

Der Weg, Erhard los zu werden und einen andern CDU-Mann zum Kanzler zu machen, führt allein über die Große Koalition. Mit den Stimmen der SPD könnte man den Kanzler stürzen, wenn man der SPD zugleich eine ihr genügende Anzahl von Ministersesseln gibt.

Adenauer, der bisher die SPD als Staatsfeind bekämpft hatte, deutete schon im Wahlkampf die Möglichkeit einer Großen Koalition an. Erhard aber erklärte mit Entschiedenheit immer wieder, daß eine Große Koalition für ihn nicht in Betracht komme. Jetzt hört man, daß in privaten Gesprächen zahlreiche führende Köpfe eine Regierung Erhard auf längere Zeit für nicht tragbar halten.

Kann Erhard unter solchen Umständen bleiben? Es ist keineswegs gewiß, wenn auch möglich, daß er vier Jahre Kanzler ist. Ein von den Parteigenossen heimlich verworfener Kanzler wird es schwer haben, es sei denn, daß er wider Erwarten Entschlüsse zu fassen und durchzuführen wagt, die zeigen, daß er weiß, was er will. In der Lage der Bundesrepublik, die durch Adenauer und durch ihn selber außenpolitisch in eine Sackgasse, innenpolitisch in ein Treibenlassen geraten ist, würde er den Weg finden müssen.

Vergegenwärtigen wir die Möglichkeiten:

*Erstens:* Möglich ist die Große Koalition oder gar die Allparteien-Regierung. Erhard würde gestürzt. Die Parteienoligarchie wäre ohne Opposition an der gemeinsam zu verantwortenden, das heißt faktisch unverantwortlichen Herrschaft. Die außenpolitische Niederlage würde sie gemeinsam hinnehmen, die innenpolitische Verwandlung gemeinsam ihren Gang gehen lassen, wie es ohne eigentliche Regierung durch bloße Verwaltung erfolgt. Sie können tun, was sie wollen, denn da sie kollektiv haften, kann bei den nächsten Wahlen nicht eine Partei gegen die andere unter Hinweis auf die schlechte Regierung Stellung nehmen. Niemand kann anklagen, was er selber mitgetan hat.

Aber das scheint nur so. Diese Regierung würde in sich uneins sein. Die Parteien kämpfen in ihr ständig gegeneinander. Jede Partei wird sich vorbehalten, im nächsten Wahlkampf auf das hinzuweisen, was sie nicht gewollt, sondern bekämpft habe, daß sie im Kabinett überstimmt sei. Diese inneren Kämpfe wird man wahrscheinlich schon sehr bald nicht mehr verschleiern können. Der Blick auf die nächsten Wahlen wird doch schnell wieder zum mächtigen Motiv. Auf Loyalität kann niemand rechnen.

Das Volk sieht sich regiert von einer Gesellschaft, vor der aller Respekt verschwindet. Anarchie führt zur Diktatur. Das Komplott zur Errichtung einer Allparteien-Regierung mit einem andern Kanzler ist nur der erste Schritt. Vielleicht wird der zweite der Ruf nach dem »starken Mann« sein.

Wie die Wähler in Erhard den moralisch zuverlässigen, von einer Aura der Eigenständigkeit umgebenen, durch das Wirtschaftswunder fast magisch wirkenden Mann gewählt haben, so wählten sie einst Hitler und so werden sie vermutlich, nach dem Offenbarwerden von Erhards Schwäche, einem neuen »starken Mann« zujubeln. Dafür schafft die Allparteien-Regierung die Vorbedingung, nämlich die Gesetze für den inneren Notstand. Die Allparteien-Regierung ist zwar unberechenbar, aber wahrscheinlich der Anfang des größten Unheils.

*Zweitens:* Es ist möglich, daß Erhard bleibt, weil die Parteien sich doch nicht einigen können. Erhard wird vier Jahre regieren. Es wird die Zeit vielleicht einer anarchischen Politik. Die Wirtschaft wird vielleicht durch sich selbst in Gefahren geraten, Rezessionen erleiden. Die schleichende Inflation wird wachsen, Schwierigkeiten werden entstehen, Ängste. Aber es wird vermutlich keine totale Katastrophe erfolgen, wenn nicht eine Weltwirtschaftskrise eintritt, deren Art und Folgen man sich schwer vorstellen kann, und wenn nicht ein

Die neue Chance der SPD wäre die Umkehr zu wirklicher Opposition mit klarer positiver Alternative gegenüber den derzeitigen Regierungsparteien. Sie würde nicht mehr die Kalkulation bodenloser Politiker, sondern die bis ins Einzelne gehende Entfaltung der Demokratie sein. Sie würde jede für Freiheit und Persönlichkeit drohende Gefahr abwehren, daher gegen Notstandsgesetze sein, für jede nur mögliche Kontrolle der Regierungsakte, für Offenlegung der Regierungsintentionen; sie würde für den Frieden und für alles, was ihn fördert, gegen alles, was ihn im geringsten gefährden könnte, denken und handeln. Sie würde rücksichtslos vorgehen gegen jede Minderung der Grundrechte; sie würde für Wissenschaft und Bildung und die Freiheit des öffentlichen Geistes wirken und die Persönlichkeiten achten und gedeihen lassen, sie würde alle Schulen fördern von der Volksschule bis zu den Universitäten. Sie wäre für Begrenzung des Etats der Bundeswehr, die im Rahmen der faktischen Situation unter den gefährlichen Bedingungen eine genügende Stärke hat, nicht stärker zu werden braucht; sie würde die Bundeswehr mit dem Geist der Freiheit erfüllen, für deren Schutz sie da ist. Sie würde den Nationalismus abwehren, der heute zuerst in Frankreich und England, dann auch in der Bundesrepublik wieder mächtig wurde und bei uns in entsetzlichem Wachsen begriffen ist.

Nur die in ihrer Bodenlosigkeit Verzweifelten der SPD werden zu neuer Kalkulation greifen und dann bei den nächsten Wahlen wiederum verlieren. Solchen Politikern würde im Fall einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe keinerlei Vertrauen geschenkt werden. Denn mit jener Kalkulation erwachsen keine glaubwürdigen Persönlichkeiten. Ohne Entwurf von politisch gehaltvollen Zielen wird die Partei niemals die Wähler anziehen. Denn sie beschwingt nicht. Erst durch etwas, auf das man auch in der Not blicken kann, würde ihr Gewicht und schließlich vielleicht die Macht geben.

In der Opposition könnte sie aus dem Fonds ihrer Gesinnung eine wirkliche Politik entfalten gegen den widerspruchsvollen Wirrwarr der gegenwärtigen Regierung. Dann wäre der erste Gedanke, wie die Politiker noch in der Opposition dienen könnten der Freiheit und dem Frieden, der Ehrlichkeit und der Zuverlässigkeit des bundesdeutschen Staates. Dann würde in der Selbstaufopferung der Partei die politische Erziehung des Volkes durch die Weise der überzeugenden Opposition stattfinden. Dann würde die Reinheit des politischen Willens bezeugt, aber von ihr nicht geredet werden. Die ängstliche



selber liegt? Die Erfahrungen seit Ende des vorigen Jahrhunderts lehren: Immer wurde Vertrauen zur Regierung verlangt. Dies Vertrauen wurde moralisch gefordert. Es ist jedesmal enttäuscht worden. Auf Vorschuß einer Regierung Vertrauen zu schenken, scheint mir für Deutsche, die diese Erfahrungen nicht vergessen, unmöglich zu sein. Vertrauen muß erworben werden und kann erworben werden. Wer es wagt, an der Regierung teilzunehmen, muß ein Mensch sein, der das Recht dazu hat durch sein Ethos und seine Urteilskraft.

(d) Beide Parteien stehen vor derselben Aufgabe: Statt fortzufahren, außenpolitisch in der Sackgasse vergeblich zu strampeln, innenpolitisch zuzusehen, wie der Weg über die Parteienoligarchie zur Diktatur geht, vielmehr die politische Vernunft im Volke wachzurufen und für sich zu gewinnen. Nur durch solche Regeneration könnte es anders werden.

Es würde die Politik aus den großen Ideen Freiheit und Gerechtigkeit geführt auf dem Boden der Realitäten statt mit Illusionen. Es würde eine politische Gesinnung entstehen. Die Folgerungen bis in die konkreten Einzelheiten würden gezogen werden. Statt des starken Mannes käme die Vernunft zur Herrschaft, damit Wahrheit und Maß. Sie würden die Wähler gewinnen, wenn politische Persönlichkeiten glaubwürdig in ihrem Denken, Handeln und ihrer Erscheinung sind. Nicht nur ein Hitler, auch ein Max Weber kann als Demagoge die Massen gewinnen. Ich habe es 1919 in Versammlungen erlebt, als Max Weber zunächst fast niedergeschrien wurde als Kapitalist und Bourgeois und als im Laufe der Rede auf überzeugende Argumente und Darstellungen von Tatsächlichem durch die ebenso schlagende wie einfache Weise diese Menschen überzeugt wurden und ihm am Ende zujubelten, weil sie teils sich überzeugen ließen, teils ihm glaubten. Es würde eine Gemeinschaft der Besten entstehen, die sich die Bälle zuwerfen, die in der Führung wechseln, zurücktreten und wiederkehren. Vielleicht eine Utopie, aber doch eine wahre Idee!

Diese regenerierte deutsche Politik würde in der Außenpolitik das Steuer herumwerfen, in der Innenpolitik die gefährlichen Notstandsgesetze ablehnen. Sie würde auf die Wege des Friedens führen, nationalpolitische Motive verschwinden lassen, den republikanischen Staat der Freiheit als ihre eigentliche und allein von ihr abhängige Aufgabe fortschreitend verwirklichen. Sie würde wirtschaftlich das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumption herstellen durch die Gesinnung, die das Sparen einschließt und lieber eine Sen-

kung des Lebensstandards in Kauf nimmt, als im Schwindel einer Konjunktur auf Grund wachsender Inflation mit dem öffentlichen Betrugszustand irgendwann in die Situation zu taumeln, in der das Kartenhaus zusammenbricht.

(e) Wenn aber keine Partei sich regeneriert und wenn nichts getan wird, dann geschieht doch etwas und Entscheidendes. Was geschieht, ist die schrittweise Vorbereitung des neuen Obrigkeitsstaates und der Diktatur. Wenn nicht demokratisch regiert wird, erwächst eine neue Herrschaftsform innerhalb der Demokratie, die von ihr ausgehöhlt wird. Die Analogie des Weges, der zu Hitler führte, ist offenbar. Nur würde der Weg und der dann erreichte Zustand heute ganz anders aussehen: Persönliche Sicherung der gegenwärtigen Politiker, nicht ihre Vernichtung; - Regierung durch sie, die nun bloße Funktionäre oder Beamte werden, nicht mehr Politiker sind. Ähnlich aber würde sein: Aufrüstung; - Außenpolitik durch Stärke; - Druck auf den Osten zwecks Wiederherstellung der Grenzen von 1937; - Krieg; - Untergang.

Die Bundesrepublik, stark geworden durch Wirtschaft und Bundeswehr, gelenkt vom Geist der Wirtschaftsführer und der Illusion aus der Vergangenheit, möchte wiederum zur Weltmacht werden, zunächst jedenfalls mehr als bisher eine aktive Rolle in der Weltpolitik spielen. Sie beansprucht Mitspracherecht und Mitwirkung im Rat der großen Mächte. Aber sie will nicht wissen, was ist, und hält wider besseres Wissen für möglich, was unmöglich ist. Bisher traten blinde nationalistische und antikommunistische Gesinnungen auf und der Machtwille als solcher ohne Gehalt. Die Bundesrepublik kooperiert ständig weniger mit anderen Staaten. Sie bockt mit ihren unerfüllbaren Ansprüchen. Sie isoliert sich.

Erhard wird, wenn er sein bisheriges Verhalten fortsetzt, die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Es wird wahrscheinlich geschehen, was die Unternehmer wollen. Nur ihr Begehren nach den Gesetzen für den inneren Notstand, um durch ihn die Arbeiter vollends in Abhängigkeit zu bringen, wird hoffentlich nicht erfüllt. Doch es bleibt die Gefahr: Der Weg zur stärkeren Herrschaft der Unternehmer, der Parteienoligarchie, am Ende der Weg zur Diktatur und gesteigerten Kriegsgefahr koinzidieren.

Doch keineswegs muß es so kommen. Noch ist Zeit. Aber nur eine grundsätzliche Umkehr der Politik kann das Unheil, den Verlust der Freiheit und des Daseins selber verhüten.

Demagogik - 76, 184

Amstald - 51

NS verbieten - 54

man of 30 "fulg - 68 - , 217

The basic lie - 177

Wiedervereinigung - 178

Sprachreform - 181

Die Unbekannten - 182

Nemmer 148 ff, 167, 182-4, 245, 248

Notstandsparagraf - 158

Unrechtsregime 167

Verfassungsänderung 168

Von der Reichsministerialrat → antiautoritär  
Staat → Diktatur → Weg

Agree - 159

Gesetzgebung 217, 233,

Wahrnehmung finden - 215

Bundeswehr - 218

Furcht vor dem eigenen Volk 219

Grenzen von 1937